



Politische Berichte

In dieser Ausgabe: EKD: Eingliederung des DDR-Kirchenbundes * Großbritannien: Widerstand gegen Niedriglöhne * Linkes Wahlbündnis in Schweinfurt * Westberlin: Kita-Streik geht weiter * Ansätze revolutionärer Jugendpolitik

Nummer 3 / 11. Jahrgang

2. Februar 1990

G 7756 D Preis 1,50 DM

Aktionen gegen das Ausländergesetz

Regierung will Gesetzentwurf im Eilverfahren durchsetzen/Protestaktionen am 10. Februar

Entgegen dem von Innenminister Schäuble in der Öffentlichkeit gezielt vermittelten Eindruck, der Gesetzentwurf „beinhaltet ausschließlich Verbesserungen“, nimmt die Kritik vor allem bei ausländischen Organisationen und Gewerkschaften an dem Gesetzentwurf zu. Weil die Bun-

desregierung jetzt die Durchsetzung des Gesetzes im Eilverfahren betreibt, ruft die türkische Organisation DİDF für den 10. Februar zu Aktionen gegen das Ausländergesetz in mehreren Städten auf. Gefordert wird die Abschaffung des reaktionären Ausländergesetzes.

Dem Bundesrat und dem Bundestag sind der Gesetzentwurf als „eilbedürftig“ zugewiesen worden. Am 16. Februar wird der Bundesrat Stellung nehmen. Ohne diese Stellungnahme jedoch abzuwarten, wie im normalen Gesetzgebungsverfahren üblich, soll der Entwurf aber bereits am 9. Februar in erster Lesung im Bundestag behandelt werden. Im März soll es dann zu einer Anhörung im Innenausschuß und im Mai schließlich zu einer endgültigen Verabschiedung des neuen Ausländergesetzes in dritter Lesung durch den Bundestag kommen. Den Entwurf jetzt ohne großes parlamentarisches Aufhebens über die Bühne zu bringen, läge, so Schäuble, vor allem im Interesse der Ausländer.

Wegen dieses Eilverfahrens bereiten in verschiedenen Städten Aktionsein-

heiten Protestaktionen gegen dieses reaktionäre und rassistische Gesetz vor. Die türkische Organisation DİDF ruft dazu auf, am Samstag, den 10. Februar Demonstrationen in Bremen, Hamburg, Westberlin, Duisburg, Frankfurt und Stuttgart durchzuführen, und fordert alle antifaschistischen und demokratischen Organisationen und Leute auf, sich an den Demonstrationen zu beteiligen. Außerdem führt DİDF eine bundesweite Unterschriftensammlung gegen den neuen Ausländergesetzentwurf durch, in der es heißt, der Entwurf sei im Ergebnis „ein ordnungs- und polizeistaatliches Gesetz, das die Sonderbehandlung der hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer fortsetzt. Mit der rassistischen und nationalistischen Tradition der deutschen Ausländergesetzgebung, von der Reichspoli-

zeiordnung bis zum sogenannten „Arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Notstandsgesetz“ von 1965, wird nicht gebrochen.“ Gefordert wird „die Abschaffung des Ausländergesetzes“ und „die soziale und politische Gleichstellung aller hier lebenden Menschen“. Für diese Forderungen soll auch bei den Aktionen demonstriert werden.

Auch der gewerkschaftliche Widerstand gegen das Gesetz nimmt zu. Deutliche Worte fand Yilmaz Karahasan, im Vorstand der IG Metall für Ausländerfragen zuständig, gegen den Schäuble-Entwurf. „Insbesondere die Erweiterung und Verschärfung der Ausweisungstatbestände, das fast völlige Verbot politischer Betätigung, die weitere Spaltung der EG- und Nicht-EG-Ausländer und die Trennung der Familie in erste und folgende Generation und nicht zuletzt die gesetzliche Einführung des Rotationsprinzips bei künftiger Einreise und Beschäftigung von „Ausländern“ sind Regelungen, die sich nicht nur gegen die Bürgerinnen und Bürger nicht-deutscher Nationalität, sondern gegen die abhängig Beschäftigten und ihre gewerkschaftlichen wie gesellschaftlichen Organisationen insgesamt richten.“ Das „Festhalten am nationalistischen Gesellschaftsbild im politischen Handeln“ ist, so Yilmaz Karahasan, mit eine Ursache dafür, „daß die Ausländerfeindlichkeit und der Fremdenhaß weiter um sich greifen. Dies ist zugleich der Nährboden für das Wiedererstarken rechtsextremistischer und faschistischer Kräfte und Organisationen. ... Wir brauchen ein Gesetz, das nicht die polizeistaatliche Tradition des Nazi-regimes fortsetzt, sondern ein Gesetz, das das gleichberechtigte Zusammenleben aller Menschen in der Gesellschaft zum Ziel hat ... Dieser Entwurf ist nicht verbesserungsfähig. Deshalb sind alle Korrekturvorschläge sinnlos.“

Dies ist an die Adresse der SPD gerichtet, die einen eigenen Entwurf vorgelegt hatte, bei dem Schäuble „in den Sachpositionen wenig Differenzen“ sieht. Mit der parlamentarischen Durchpeitschung seines Entwurfs im Schnellverfahren will er eine „breite Zustimmung über die Koalitionsfraktionen hinaus“ für sein reaktionäres Machwerk erreichen. Der Aufruf von DİDF, jetzt Protestaktionen durchzuführen, muß daher unbedingt unterstützt werden. — (rac)



Die Bundesregierung will den Baukapitalisten erlauben, jährlich bis zu 10000 polnische Bauarbeiter mit Werksverträgen anzuwerben. Diese Woche verhandelt Blüm mit dem polnischen Arbeitsminister Jacek Kuron darüber. Gleichzeitig soll das 1975 geschlossene Sozialversicherungsabkommen mit Polen geändert werden, um die Rentenansprüche von Übersiedlern aus Polen in die BRD zu senken. — (rül)

Schäuble greift Niedriglöhner an

Niedriger Abschluß im öffentlichen Dienst

Nach einer Nachtsitzung hat die Gewerkschaft ÖTV die Tarifverhandlungen über die Erhöhung der allgemeinen Zulage abgeschlossen. Die in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes tätigen Gewerkschaften haben sich dem Abschluß angeschlossen. Die Übernahme des Tarifabschlusses auf den Beamtenbereich wurde vom Bundesinnenministerium zugesagt.

Bereits 1988 hatten die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst zugestimmt, sich 1990 mit Einkommenssteigerungen von 1,7 % abspesen zu lassen und damit die stufenweise Einführung der 38,5-Stunden-Woche zu einem Wucherpreis erkaufen. Die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere das erneute Anziehen der Lebenshaltungskosten, führte diesen faulen Kompromiß endgültig ad absurdum. Daran mochte auch die Taktik der ÖTV, für einzelne Beschäftigtengruppen (Pflegepersonal, Lohnempfänger) bessere Eingruppierungen zu verlangen, nichts ändern. Eine allgemeine Erhöhung wurde unumgänglich. Die Große Tarifkommission der ÖTV gab sich der Lächerlichkeit preis, als sie die Erhöhung der allgemeinen Zulage um 33 DM auf einheitlich 100 DM forderte. Insbesondere die Deutsche Postgewerkschaft, bei der viele Beamte des einfachen Dienstes organisiert sind, ließ sich das nicht bieten. Die Große Tarifkommission der ÖTV mußte zu einer Sondersitzung zusammenzutreten und korrigierte ihre Forderung nach oben: Erhöhung der allgemeinen Zulage auf einheitlich 200 DM!

Das war eine Forderung, für die es sich zu kämpfen gelohnt hätte. Für die unteren und mittleren Lohngruppen bedeutete sie 133 DM mehr, für gehobene Einkommen 100 DM mehr.

Diese besondere Anhebung der unteren Einkommen hat Bundesinnenminister Schäuble mit den Argumenten abgetan, die öffentlichen Dienstherren hätten keine Probleme, Personal für diese Lohnzone zu bekommen. Deshalb sollen sie sich jetzt mit einer Erhöhung von 60 DM zufriedengeben, während die mittleren Einkommen 83 DM mehr bekommen. Die erst 1986 abgeschaffte Dreiteilung der allgemeinen Zulage ist damit wieder eingeführt. Was Schäuble den unteren Einkommensgruppen vorenthält, das wird an den höheren Dienstverteilten. Der höhere Dienst erhielt bisher keine allgemeine Zulage und die Gewerkschaft hatte das auch nicht gefordert. Schäuble zahlt ihm zukünftig 60 DM.

Der Abschluß kann auch nicht dadurch beschönigt werden, daß die Tarifverhandlungen über die Reduzierung der Lebens- bzw. Dienstaltersstufen und über bessere Eingruppierung der Arbeiter/innen im öffentlichen Dienst noch ausstehen. Bei Lage der Dinge ist die Gefahr groß, daß die Ansprüche der unteren Einkommensgruppen auch in diesen Auseinandersetzungen von den Gewerkschaften nicht verteidigt werden gegenüber den Unverfrorenheiten der Dienstherren, es sei denn, sie selber melden sich in ihren Gewerkschaften jetzt massiv zu Wort. — (kar)

Spanien: Hungerstreik politischer Gefangener



Nach Meldungen vom 30.1. befinden sich viele für ihre Zusammenlegung und bessere Haftbedingungen kämpfende Gefangene aus PCE(r) und GRAPO im Präkoma und werden durch die Zwangsernährung immer wieder aus diesem gerissen. Ein Gefangener, Francisco Cela Seoane, liegt zeitweilig im Koma. Es gab bereits zahlreiche Kundgebungen und Protestaktionen, u.a. auch von Ärzten. In der BRD sind viele politische Gefangene im befristeten Solidaritätshungerstreik. Bild: Solidaritätsaktion vor der spanischen Botschaft in Bonn. — (jeh)

Postvertriebsstück G 7756 D

Prozeß gegen Angehörigen-Info verlagt

Der Prozeß gegen Christiane Schneider, presserechtlich verantwortliche Redakteurin des Angehörigen-Infos, ist auf den 18.4. verlagt. Angeklagt ist die Verunglimpfung der BRD (§ 90a), weil das Hungerstreik-Info Nr. 4 eine Erklärung von Rolf Heissler veröffentlichte. In der nächsten Verhandlung sollen Zeugen zur Erklärung und ihrer Verbreitung gehört werden. Rolf Heissler begründete darin seine Beteiligung am Hungerstreik gegen Isolationshaft und griff die Verantwortlichen wegen der Unterdrückung der hungerstreikenden Gefangenen und der Inhaftierung des haftunfähigen Bernd Rösner an. — (uld)

Bundessozialgericht: Auch Halbtagsarbeit „zumutbar“

Das Bundessozialgericht hat entschieden, daß Arbeitslose auch dann eine angebotene Stelle annehmen müssen, wenn sie vorher ganztags beschäftigt waren, die neue Stelle aber eine Halbtagsbeschäftigung ist und sie nur wenig mehr verdienen, als sie bisher an Arbeitslosengeld beziehen. Arbeitslose müßten jede zumutbare Gelegenheit

wahrnehmen, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen, um dadurch die Allgemeinheit von finanziellem Aufwand zu entlasten, urteilte das Gericht. Es wies damit die Klage einer Frau ab, die ganztags gearbeitet hatte und zuletzt wöchentlich Arbeitslosenhilfe von 195,60 DM bezogen hatte, bevor ihr das Arbeitsamt eine Halbtagsstelle für 1180 DM zuwies. Aktenzeichen BSG 7 RAr 150/88, nach Handelsblatt, 30.1. — (rül)

Saar-Wahl: SPD gewinnt, über 100 000 DM für Rep

Die SPD hat mit 54,4 % der abgegebenen Stimmen einen klaren Sieg errungen. Meinungsforschungsinstitute waren vor einer Übertragung des Ergebnisses auf den Bund. Die Grünen kamen erneut nicht in den Landtag: mit 2,7 % erreichten sie weniger Stimmen als die Republikaner. Diese werden mit 3,3 % bzw. 23 140 Stimmen über 100 000 DM Wahlkampfkostenersatzung kassieren. Die NPD, die 1985 4659 Stimmen bekommen hatte, erreichte nun 1631 Stimmen — mehr als die DKP, die 919 Stimmen (1985 2317 Stimmen) erhielt. Die SPD kann sich nun als Sieger gegen „Extremisten von links und rechts“ aufspielen. Man muß befürchten, daß

daraus im Bundestagswahlkampf vor allem ein Kampf gegen die Grünen wird. Deren Vorstandssprecher Fücks grenzte sich vom SPD-Wiedervereinigungskurs ab: Eine rot-grüne Koalition sei nur bei Anerkennung der DDR möglich. — (rül)

Radikale Linke: Am 17. Juni nicht nach Westberlin

Ein Treffen der Radikalen Linken in Köln hat in der Linken umlaufende Vorschläge, am 17. Juni in Westberlin „gegen Wiedervereinigung“ zu demonstrieren, abgelehnt. U.a. ruft die MLPD zu solch einer Demonstration auf. Die „SoZ“ berichtet: „230 Menschen hatten sich am 20./21. Januar in Köln zum ersten offenen Treffen der Radikalen Linken versammelt. Die Bilanz u.a.: Eine Erklärung zum neuen deutschen Chauvinismus und ein Demoauffruf „Nie wieder Deutschland“ ... Sie soll sich richten: „Gegen Wiedervereinigung! Für die Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR! Für radikale Abrüstung in ganz Europa!“ Als Termin festgelegt wurde „vor Mai 1990“ ... Der Demo-Ort — Frankfurt (am Main!) oder Köln oder ? — wird noch bekanntgegeben ...“ — (W.W.)

IG Medien beschließt hohe Lohnforderung

Die Tarifkommission der Fachgruppe Druckindustrie der IG Medien beschloß am 25.1.90 eine Forderung von 10,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt, Laufzeit zwölf Monate. Die Lohn- und Gehaltstarife laufen zum 31. März 1990 aus. Parallel dazu wird die Arbeitszeit verhandelt, die IG Medien fordert die 35-Stunden-Woche. Die betrieblichen Forderungen hatten bis Ende 1989 noch zwischen 8,5 bis 10 Prozent gelegen. Seit Januar sei ein deutlicher Trend nach oben zu verzeichnen. Viele Ortsvereine, Bezirke und Landesbezirke hätten 10 bis 13 Prozent festgelegt. Aus zwei Landesbezirken seien Stimmen gegen eine zweistellige Forderungen gekommen. Die Hauptargumente in der Tarifkommission für die Höhe der Forderung: Nachholbedarf für die niedrigen Lohnabschlüsse seit 1984; Riesenprofite in der Druckindustrie; volle Auftragsbücher. Selbst der Sachverständigenrat gehe von tariflichen Lohn-erhöhungen von jeweils 5,5 Prozent für 1990 und 1991 aus. Überlegungen, eine zu niedrige Lohnforderung schwäche den Kampf um die Arbeitszeitverkürzung, spielten auch eine Rolle. — (hao)

Aktuell in Bonn

Politische Rentensperre

Mit einem von Arbeitsminister Blüm eingebrachten Gesetz zur Änderung des Fremdrentengesetzes, das schon im März verabschiedet sein soll, wollen die Regierungsparteien Rentenansprüche nach diesem Gesetz für Personen, die „gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen oder die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik bekämpft haben“ (FAZ, 26.1.), aufheben. Gemeint seien vor allem Stasi- und SED-Funktionäre aus der DDR, heißt es. Tatsächlich wird damit der Grundsatz ins Rentenrecht eingeführt, daß Verstoß gegen die fdGo zur Aufhebung des Rentenanspruchs führt.

Übersiedler

In der zweiten Januarhälfte ging in Bonn der Streit um den Sonderstatus von Aus- und Übersiedlern weiter. Innenminister Schäuble betonte, daß seit Jahresbeginn das Eingliederungsanpassungsgesetz gilt, welches eine Reihe von Leistungskürzungen beinhaltet. Am 24.1. forderten SPD und Grüne die Abschaffung des Vertriebenengesetzes, die Grünen auch die des Fremdrentengesetzes, zugunsten eines BRD-Beitrags zur Sicherung der Sozialsysteme in der DDR. Am vergangenen Wochenende sicherte Schäuble den Ländern weitere 500 Millionen DM für den Bau von „Übergangswohnheimen“ zu. 720 000 kamen 1989 von der DDR und anderen osteuropäischen Ländern in die BRD, zur Zeit sind es aus der DDR ca. 2 000 täglich.

FDP-Wahlprogramm

Letzte Woche hat die FDP den Entwurf ihres Bundestagswahlprogramms vorgelegt. Schwerpunkte des Entwurfs sind weitere Angriffe auf Schutzrechte der Lohnabhängigen und Steuersenkungen zugunsten der Kapitalisten und Bezieher hoher Einkommen. So verlangt die FDP die Aufhebung aller Ladenschlußzeiten und weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit, also in die Nacht und ins Wochenende. Bundesbahn und Lufthansa sollen privatisiert werden, Autobahnen zwecks noch mehr Transportmöglichkeiten für Konzerne sechsspurig ausgebaut werden. Die wichtigsten Steuergeschenke: Senkung des Spitzensteuersatzes und der Körperschaftsteuer auf 46%, Abschaffung der Gewerbesteuer und der betrieblichen Vermögensteuer, Halbierung der Erbschaftsteuer bei Betriebsvermögen.

DDR-Zeitplan des BDI

Vor dem Wirtschaftsrat von CDU/CSU hat BDI-Präsident Tyll Necker am 23.1. einen Zeitplan für die Annektion der DDR entwickelt. Danach soll bis zum 6. Mai das Recht auf Privateigentum an den Produktionsmitteln in der DDR garantiert sowie das Außenhandelsmonopol beseitigt sein. Bis 30.9. 1990 müsse ein „straffer Staatshaushalt“ verabschiedet und mit der Privatisierung von Staatsbetrieben begonnen sein. Bis 1.1.1992 sollten die Preissubventionen aufgehoben und die DDR-Mark „konvertibel“ sein. Als letzter Schritt sollte bis 31.12.1992 alle DDR-Mark gegen D-Mark eingezogen und die DDR-Notenbank der Kontrolle der Bundesbank unterstellt sein.

Polizeiwillkür

In einer Entschließung zum Zusatzabkommen zum Schengener Abkommen, die am 20.12.1989 als Drucksache 11/6119 in Bonn veröffentlicht wurde, beschloß das EG-Parlament in Straßburg mehrheitlich, daß dieses Abkommen zur Polizeizusammenarbeit so nicht unterzeichnet werden soll. In der Begründung wird vor negativen Folgen für Flüchtlinge und Wanderarbeitnehmer gewarnt, da man sich offenbar auf der Ebene der restriktivsten bestehenden Regelungen einigen wolle. Außerdem drohe Polizeiwillkür und Datenbeschaffung.

Schleppnetz

Am 17.1. bestätigte die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen hin, daß im November 1989 nach Aktionen der IRA gegen die britische Rheinarmee täglich bis zu 20 Kontrollstellen zur „Schleppnetzfahndung“ eingerichtet worden seien. Daß „weder Tatverdächtige ergriffen noch Beweismittel sichergestellt“ wurden, besage nichts zur Bewertung der Fahndungsmethode.

DKP-Militär?

In einer Stellungnahme zu den faden-scheinigen „Enthüllungen“ des „Spiegels“ über eine angebliche „Militärorganisation“, die die DKP in Zusammenarbeit mit der SED aufgebaut habe, erklärte die Bundesregierung am 17.1. im Innenausschuß, daß weder beim Verfassungsschutz noch beim Bundesnachrichtendienst derartige Erkenntnisse vorliegen. Bei den Ferienkamps am Springsee in der DDR, an denen häufig DKP-Mitglieder teilgenommen hätten, habe es sich „kaum um ein geheimes Trainingslager handeln“ können.

Was kommt demnächst?

Am 8.2. soll der Bundestag die UN-Anti-Folterkonvention verabschieden und Anträge von SPD und Grünen zur Reform des Namensrechts sowie ein Anti-Diskriminierungsgesetz der Grünen erstmals beraten. Am 9.2. folgt eine Beratung über ein weltweites Chemiewaffenverbot und die erste Lesung des Ausländergesetzentwurfs der Bundesregierung. Am 13. und 14.2. wird DDR-Ministerpräsident Modrow zu Besuch in Bonn erwartet. Am 16.2. berät der Bundesrat über den Ausländergesetzentwurf, über Gesetzentwürfe zur Senkung der Sozialhilfe und Arbeitspflicht für Asylbewerber sowie über die Abschaffung der Börsenumsatzsteuer und der Kapitalverkehrsteuer.

BRD-Enteignungspläne in der DDR

Sachverständigenrat der Bundesregierung legt Sondergutachten zur DDR-Annektion vor

Am 20. Januar hat der Sachverständigenrat der Bundesregierung ein Sondergutachten vorgelegt: „Zur Unterstützung der Wirtschaftsreform in der DDR: Voraussetzungen und Möglichkeiten“. Darin entwickeln die Gutachter für Bundesregierung und Kapitalisten einen Plan, wie man die DDR marktwirtschaftlich überrollen und die Produktionsmittel in westdeutsche Konzerne hände bringen könnte.

„Über den Reformweg besteht in der DDR noch weithin Unklarheit und teilweise auch Uneinsichtigkeit“, beklagen sie. Und: „Die in der DDR gebrauchte Leitbildvorstellung ‚sozialistische Marktwirtschaft‘ und die Ablehnung einer nicht staatlicher Lenkung überantworteten Wirtschaft als ‚Rückfall in die frühe Phase des Kapitalismus‘ lassen vermuten, daß in den sich politisch artikulierenden Kreisen eher ein durch Marktelemente ergänzter Staatsdirigismus angestrebt wird als die konsequente Ablösung der Kommandowirtschaft durch marktwirtschaftliche Steuerungsmechanismen.“ Es gilt also, einen Weg zu finden, wie der offensichtlich stark eingeschätzte Widerstand in der DDR gegen die Rückkehr der alten monopol-kapitalistischen Eigentümer gespalten und gebrochen werden kann.

Erstes Ziel ist dabei die Zerschlagung der DDR-Kombinate und die Rückverwandlung der werktätigen Klassen in der DDR in dem kapitalistischen Arbeitsmarkt unterworfenen Arbeitskräfte. Die Beibehaltung der Kombinate sei „mit der Entfaltung des Wettbewerbs auf den Märkten unvereinbar“. „Die

Zerlegung der Kombinate in kleinere Einheiten ist aus diesen Gründen ein wichtiger Schritt der Unternehmensreform. Die dabei entstehenden Unternehmen sollten grundsätzlich nicht weiter im Staatseigentum verbleiben, sondern privatisiert werden. Der einfachste Weg ist die Umwandlung in Kapitalgesellschaften, deren Anteile dann an Bürger der DDR verkauft werden können“.

Die so erworbenen „Eigentumstitel“ sollen dann veräußert, vererbt, kurz: frei handelbar sein. Auf diesem Wege soll im ersten Schritt die DDR-Bevölkerung wieder klar in Werktätige auf der einen und Besitzer von Produktionsmitteln auf der anderen Seite gespalten werden. Die Gutachter polemisieren auch gegen Produktionsgenossenschaften: „Dringend abzurufen ist hingegen von der Umwandlung in Produktionsgenossenschaften ... bei denen die Mitgliedschaft an die Zugehörigkeit zum Unternehmen als Arbeitnehmer gebunden ist. Hierbei entstehen keine klar abgegrenzten Eigentumsrechte; die Koppelung des Anteilsrechts an die Stellung als Arbeitnehmer führt zu Fehlanreizen.“ Gemeint ist z.B. der „Fehlanreiz“, Weltmarktgeschäfte zu vermeiden, keine ausländischen (Billig-)Lohnarbeiter einzustellen, vor allem aber der Fehlanreiz, die eigene Arbeitskraft und Gesundheit zu schonen.

Gelingt dieser große Coup, die Enteignung der arbeitenden Klassen in der DDR und ihre Spaltung in eine kleine Personengruppe von Unternehmensanteile besitzenden und mit solchen Anteilen handelnden Leuten auf der einen

und einer vom Verkauf ihrer Arbeitskraft lebenden großen Mehrheit auf der anderen Seite, soll sogleich der nächste Angriff folgen, das „Recht auf Enteignung“. „Autonome Unternehmen, die sich im Wettbewerb auf Märkten behaupten müssen, können nicht zur Aufnahme von Arbeitskräften gezwungen werden; ebenso kann ihnen nicht verweigert werden, Arbeitskräfte freizuzulassen ... Deshalb ist es unvermeidlich, daß Arbeitslosigkeit entstehen kann.“ Gleichzeitig sollen Löhne und Einkommen erheblich differenziert werden: „Mit einer Lohnfindung unter Marktbedingungen und einer Ausbreitung unternehmerischer Tätigkeit wird sich eine erhebliche Spreizung der Einkommensskala ergeben.“

Die neu entstandenen „Eigner“ in der DDR wären für die westdeutschen Konzerne kein ernsthaftes Hindernis. Sie wären schon bald ruiniert, ausge-trickst, aufgekauft, bestenfalls Filialleiter oder Juniorpartner, eben Kompradoren der BRD-Monopole.

Wer der Gewinner und wer der Verlierer der zugleich propagierten Preisreform wäre, ist einigen Zahlen im Anhang des Gutachtens auch zu entnehmen. So liegen westdeutsche Bruttomonatslöhne (DM zu DDR-Mark im Kurs 1:1 gerechnet, andere Kurse würden die folgende Rechnung nicht ändern) zweieinhalb- bis dreimal so hoch wie DDR-Bruttolöhne. Anhebung der DDR-Löhne auf BRD-Niveau würde also bedeuten, diese auf das Zweieinhalb- bis Dreifache zu steigern. Bei den Preisen für Grundnahrungsmittel und Mieten in der DDR würde eine Anhebung auf BRD-Niveau dagegen bedeuten:

für	Teuerung um ca.
Kartoffeln:	500%
Roggenbrot:	500%
Heizbriketts:	500%
Straßenbahn:	900%
Briefe:	300%
Strom:	über 400%
Mieten:	über 500%

Billiger würden dagegen die Preise für Bohnenkaffee, Tabak, langlebige Haushaltsgüter, also auf Gebieten, wo die DDR bisher nicht wie die BRD von den neokolonialen Austauschverhältnissen mit der Dritten Welt profitierte oder von Billiglöhnpfroduktionen mit ausländischen Lohnabhängigen.

Leidtragende einer solchen „Preisreform“ wären also alle die Lohnabhängigen, die mit ihren geringen Einkommen im wesentlichen Grundnahrungsmittel und Wohnung bestreiten, während diejenigen, die schon jetzt wegen höherer Einkommen größere Teile ihres Einkommens für sogenannte langlebige Waren ausgeben können, diese durch die Einbindung der DDR in den Weltmarkt billiger bekommen.

Quellenhinweis: Sondergutachten des Sachverständigenrats, 20.1.1990 — (rül)



Die BRD-Konzerne wollen sich die Fabriken der DDR komplett wieder aneignen. Bild: Volkseigener Betrieb (VEB) Polygraph-Druckmaschinen.

Eingliederung des DDR-Kirchenbundes in die EKD

Zwei Milliarden Mark für die evangelischen Kirchen in der DDR tragen Früchte

Nach einer Klausurtagung im niedersächsischen Kloster Loccum beschlossen am 17.1.1990 die Kirchenleitungen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK)

und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), die selbständige Organisation der DDR-Kirchen zu beseitigen und diese Kirchen der EKD einzuverleiben.

„Wir wollen, daß die beiden deutschen Staaten zusammenwachsen“, erklärten die Kirchenleitungen. Das zielt auf die Einverleibung der DDR in die „freiheitlich-demokratische“ Ordnung der BRD.

Die Kirchenführer schrieben in Loccum: „In unseren kirchlichen Verfassungen haben wir uns zu der ‚besonderen Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland‘ bekannt. Diese besondere Gemeinschaft wurde jahrzehntelang in zahllosen Verbindungen gelebt ... So hat sich diese Gemeinschaft als kräftige Klammer zwischen den Menschen im geteilten Deutschland erwiesen. Das hat sich politisch ausgewirkt.“

Die jahrzehntelange Arbeit und die zwei Mrd. DM, die von den westdeutschen Kirchenleitungen in die DDR-Kirchen seit 1949 für die „kräftige Klammer“ investiert worden sind, derzeit jährlich 100 Mio. DM, („Evangel. Pressedienst“, „Kölner Stadtanz.“ 26.1.1990) sollen sich jetzt auszahlen.

Seitdem der deutsche Imperialismus auf dem westdeutschen Restterritorium

seine Macht wiederhergestellt hatte, war sein Ziel: „Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die der Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist“ (Deutschlandvertrag, 1952). Die EKD, in der nach 1945 die Kirchen der BRD und der DDR noch zusammengefaßt waren, setzte sich kräftig für dieses Ziel ein:

Bei der westdeutschen Wiederbewaffnung lehnten die EKD-Synodalen eine Erklärung gegen die Aufrüstung ab. Stattdessen schloß die EKD 1957 einen Seelsorgevertrag mit der Nato-Bundeswehr. In ihm wird die Staatsleitung festgelegt: „Der Staat sorgt für den organisatorischen Aufbau der Militärseelsorge und trägt ihre Kosten.“ Und: „Zur Wahrnehmung der zentralen Verwaltungsaufgaben der evangelischen Militärseelsorge wird am Sitz des Bundesministeriums für Verteidigung ein ‚Evangelisches Kirchenamt für die Bundeswehr‘ eingerichtet, das dem Bundesministerium unmittelbar nachgeordnet ist.“

Für diese innige Verquickung der EKD mit dem westdeutschen Staat, dessen Ziel die Beseitigung der DDR war (und ist) — der Beseitigung einer Gesellschaftsordnung, in der die Großgrundbesitzer enteignet, die Herrschaft des auf Expansion und Aggression gerichteten Großkapitals beseitigt, die Trennung von Staat und Kirche in wesentlichen Punkten vollzogen und der Anspruch auf die Herrschaft der Werktätigen erhoben war — hatten auch die Vertreter der DDR-Kirchen gestimmt. Daraufhin brach die DDR-Regierung die Beziehungen zur EKD ab und forderte, daß die Kirchenorganisation sich auf das Staatsgebiet der DDR beschränke. 1969 gründeten die DDR-Kirchen den „Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR“, betonten aber ihre „besondere Gemeinschaft“ der Christen „in Deutschland“.

Die jetzige Forderung nach „einer Kirche in Deutschland“ ist sicher auch deswegen rechtzeitig platziert worden, um festzuhalten: die Trennung von Staat und Kirche in der DDR soll rückgängig gemacht werden. — (gba)

Statt Angebot Forderungen!

Erste Tarifverhandlungen in der Metallindustrie

Die ersten Tarifverhandlungen sind im Lauf des Januars über die Bühne gegangen. Angebote haben die regionalen Verbände von Gesamtmetall nicht gemacht, sondern im Gegenteil ihre Forderungen präsentiert: Keine Verkürzung der Arbeitszeit, sondern Verlängerung für „Fachkräfte“. Keine Beschränkung der Arbeitswoche, sondern Ausdehnung der Regelarbeitszeit für Teile der Belegschaften auf den Samstag. Keine ausreichenden Lohnerhöhungen mit Mindestbeträgen, sondern Lohnsteigerungen nur im Umfang der erwarteten Produktivitätssteigerung.

Zeitgleich wurden die ersten Plakate des Unternehmensverbands in der Öffentlichkeit platziert. „Im Wettbewerb zählt jede Stunde“, läßt Gesamtmetall z.B. da einen müde, überarbeitet, direkt krank wirkenden Angestellten mitteilen. Unterordnung unter den Wettbewerb ist alles, erträgliche Arbeits- und Lebensverhältnisse dagegen sind nichts — lautet die Botschaft.

Zugleich nehmen willfährige Journalisten die IG Metall politisch unter Beschuß: „In der prekären Lage, in die die Bundesrepublik bei einem weiteren Zustrom von Menschen aus der DDR kommen könnte, würde eine solche Auseinandersetzung (ein Streik —

Verf.) fatale Folgen haben ... Die Turbulenzen freilich waren schon 1984 erheblich. Welche Folgen sie 1990 haben könnten, wagt man sich kaum auszumalen.“¹⁾ Der Vorstand der IG Metall registriert diese Drohungen. Klaus Zwickel erklärt, „man solle sich darauf einstellen, daß die Arbeitgeber die gegenwärtige ‚nationale Stimmungslage‘ ohne Skrupel nutzen werden, um scheinbar eine ‚gemeinsame Interessenslage‘ bei der anstehenden Tarifbewegung zu konstruieren.“²⁾

Zu den Zielen der IG Metall hat Klaus Zwickel auf einer Veranstaltung in Hannover bekanntgegeben, die IGM werde keinen Tarif unterschreiben, der nicht die „35“ enthalte.“³⁾ Damit hat er bei der Verkürzung der Arbeitszeit die Latte hoch gelegt. Mit einer simplen Kampagne etwa nach dem Motto „35 — sonnenklar“ könnte diese Auseinandersetzung aber nicht erfolgreich geführt werden. Gesamtmetall will das ganze Leben der Lohnabhängigen in die Expansion des Kapitals eingepaßt haben. Dagegen muß der gewerkschaftliche Widerstand auskömmliche Arbeits- und Lebensverhältnisse in einem umfassenden Sinn als Zielpunkte verfolgen.

Quellenhinweis: ¹⁾ Stuttgarter Ztg., 10.1.1990. ²⁾ metall 1/90: 3. ³⁾ SZ, 22.1.1990 — (rül)

Flottillenadmiral E. Schmähling in den Ruhestand versetzt

Auseinandersetzung um Militärstrategie: Nato, WEU oder bewaffnete Neutralität — drei Konzepte, ein Ziel?

Im Januar wurde Elmar Schmähling, Chef des Amtes für Studien und Übungen der Bundeswehr, in den vorzeitigen Ruhestand versetzt. Er hatte seine militärpolitischen Vorstellungen häufig öffentlich vertreten. — (chl, jok, maf)

Die einstweilige Versetzung in den Ruhestand ist an sich nicht unbedingt etwas Ungewöhnliches. Sie ist im Soldatengesetz ausdrücklich vorgesehen. „Der Bundespräsident kann die Berufs-offiziere vom Brigadegeneral an aufwärts jederzeit in den einstweiligen Ruhestand versetzen“, heißt es da.¹⁾ Soldaten dieses Ranges seien nun einmal politische Beamte mit entsprechender Verantwortung und entsprechendem Risiko, so die Meinung des pensionierten Generals Wolf Graf Baudissin, Vater des Konzeptes vom „Staatsbürger in Uniform“, zum Fall Schmähling.²⁾ Eine Begründung für die Entlassung in den vorzeitigen Ruhestand muß dem Betroffenen nicht gegeben werden.

Sollten es politische Gründe gewesen sein, so könnten die Ausführungen Schmählings im „Spiegel“ ein Grund gewesen sein, auch wenn sie schon etwas zurückliegen.³⁾ Schmähling spricht angesichts der Veränderungen in Ost-europa von einer „Legitimationskrise der westdeutschen Streitkräfte“. Das gelte auch für die Strategie der nuklearen Abschreckung. Den abgelösten Verteidigungsminister Rupert Scholz bringt er in Zusammenhang mit dem vergeblichen Versuch, „deutsche Streitkräfte als Ausdruck des Selbstbehauptungswillens eines souveränen Volkes zu erklären“. Schmähling spricht Widersprüche zwischen den Interessen der BRD und denen der Nato an: „Später war es dann ganz im Sinne der Sieger, die wachsende Wirtschaftskraft der Bundesrepublik für die militärische Verteidigung des ganzen Westens zu nutzen. Die Deutschen sollten sich nicht heraushalten aus dem West-Ost-Konflikt und ruhig ihren Geschäften nachgehen. Die deutsche Wiederbewaffnung war die Eintrittskarte in den Klub der westlichen Demokratien, das deutsche Interesse immer nur eine Untergröße der Interessen der westlichen Siegermächte.“ Am Schluß führt Schmähling in Zusammenhang mit der gültigen Nato-Strategie ein 20 Jahre altes Zitat des damaligen SPD-Fraktionschefs Erler an: „Die Drohung, bei einem Angriff Selbstmord zu begehen, ist nicht gerade überzeugend.“

Im Januar 1990 erschien in der von einem ehemaligen NPD-Mitglied (jetzt Rep) herausgegebenen Zeitschrift „Europa vorn“ ein Interview mit Elmar Schmähling, wo dieser auch die zu große „Friedensstärke“ der Bundeswehr und die Tiefflugübungen kritisiert. Er sprach sich gegen die Konzeption der offensiven Luftkriegsführung der Nato aus und stimmte der Frage von „Europa vorn“, ob denn die Bundesrepublik überhaupt militärisch souverän sei, im Prinzip zu: „... Ich bin der Auffassung, daß heute zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Nato-Ländern, die Truppen auf unserem Staatsgebiet stationiert haben, Verhältnisse hergestellt werden müssen, in denen die Bundesrepublik Deutschland die volle Souveränität erlangt ...“⁴⁾

Damit gehört Schmähling nicht automatisch zum rechten Rand, richtigerweise weist er darauf hin, daß bezüglich der Souveränität der BRD auch Stimmen aus der SPD kommen. Bezüglich Blockfreiheit und „Neutralität“ sind sowieso die Grünen Vorreiter, ihr Appell von Hof mit den Forderungen nach Abbau von Bundeswehr und Volksarmee. Abzug aller fremden Truppen aus BRD und DDR, Annäherung der beiden deutschen Staaten in gesamteuropäischer Integration, Anerkennung der Westgrenze Polens und Auflösung von Nato und Warschauer Pakt muß in dieser Kombination die Bildung eines neuen Blockes hervorbringen, der dann unter deutscher und französischer Vorherrschaft stehen wird.

Innerhalb der staatstragenden Parteien der BRD gibt es drei militärpolitische Konzepte, die alle nicht im Widerspruch zu den Interessen des Kapitals stehen, die aber unterschiedliche Wege vorschlagen. Gezeigt hat sich das deut-

lich auf der Wehrkundetagung am 28./29. Januar 1989 in München.⁵⁾

Der Nato-Generalsekretär Wörner will Rüstung, Modernisierung und Abrüstung in ein „Konzept der Allianz für die Gestaltung der globalen Politik und der Ost-West-Beziehungen“ einbinden. Wörner unterstrich auf der Wehrkundetagung den politischen Charakter der Nato. Er vertritt damit den Flügel, der die Durchsetzung der imperialistischen Interessen der BRD über die Nato für möglich hält.

Alfred Dregger, ebenfalls CDU, favorisierte „eine europäische Sicherheitsunion, einen sich zur Selbstverantwortung erziehenden Kontinent der Westeuropäischen Union“. In dieser Sache ist er sich mit der SPD einig, die ja die Entstehung der Achse Bonn-Paris maßgeblich in die Wege geleitet hatte, dem Kern der WEU.

In Teilen der SPD, bei den Grünen und am rechten Rand stellt man sich am liebsten ein blockfreies Deutschland bzw. Mitteleuropa vor. „Blockfrei“ bedeutet dann aber einen neuen Block, denn auch wenn die Bundeswehr erheblich abrüsten würde, wäre ein wiedervereinigtes Deutschland in jeden Fall die stärkste Wirtschafts- und Militärmacht in West- und Mitteleuropa. Die Folgen des Ersten und Zweiten Weltkrieges wären dann beseitigt, es gäbe wieder die früheren Mittelmächte: (Gesamt)Deutschland, Österreich, Ungarn. Es fehlen zwar einige Gebiete im Osten, dafür ist man dort wirtschaftlich gut vertreten, und was noch nicht ist, kann (wieder) werden. Diese Variante hat für sich, daß guten Gewissens von Abrüstung, Überwindung der europäischen Teilung usw. gesprochen werden kann, daß trotzdem aber dieses Konzept den imperialistischen Interessen in nichts im Wege steht.

Elmar Schmähling ist nach seinen bisherigen Ausführungen ganz klar dem letzteren Konzept zuzuordnen. Er ist

übrigens nicht der erste, der in der Auseinandersetzung um das militärpolitische Konzept der BRD den kürzeren zog. Der damals noch amtierende Verteidigungsminister Scholz stimmte mit seinen Umstrukturierungsvorschlägen auf der angesprochenen Wehrkundetagung in zu vielen Punkten mit den USA überein, die die westlichen militärpolitischen Interessen am liebsten alle unter einen Hut bringen und für moderne Rüstung, straffe Kostenkalkulation und Lastenverteilung eintreten. So würden aber die eigenen imperialistischen Interessen der BRD zu kurz kommen. Bei der Verfolgung dieser Interessen will sich die BRD nicht mehr wie früher das Kaiserreich oder Hitlerdeutschland auf eine Konfrontation mit Frankreich einlassen, sondern kooperieren.

Wohl nur das WEU-Konzept kann die verschiedenen militärpolitischen Ansichten unter einen Nenner bringen, ist eine Art Kompromiß. Und wer sich nicht integrieren läßt, der wird abgesetzt, siehe Scholz, siehe Schmähling, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Durch seinen Gang in die Öffentlichkeit war Schmähling eine Gefahr für die Achse Bonn-Paris. Frankreich muß

durch die beabsichtigte Einverleibung der DDR in den BRD-Staat sowieso viel schlucken, da darf das Essen wenigstens nicht so scharf sein.

Am 3./4. Februar findet die nächste internationale Wehrkundetagung in München statt. Man darf gespannt sein, ob es gelingt, ohne den totalen Bruch mit den USA und ohne das Auseinanderbrechen der WEU das Schlucken der DDR über die Bühne gehen zu lassen. Bush hat als Preis für die deutsche Einheit die Einbindung der DDR in die Nato gefordert, was sowohl dem WEU-Konzept wie auch der Idee einer bewaffneten „Neutralität“ konträr gegenübersteht. Der Sowjetunion dürfte eine bewaffnete „Neutralität“ am liebsten sein, mit der WEU kann sie möglicherweise leben. Das Konzept „bewaffnete Neutralität“ ist mit Elmar Schmähling noch nicht vom Tisch. Die Entlassung ist lediglich ein Zugeständnis an die französischen Interessen, denn nur mit Unterstützung Frankreichs wird die BRD sich von der Nato lösen können.

Quellen: ¹⁾ Soldatengesetz § 50; ²⁾ „Kölner Stadtanzeiger“, 18.1.90; ³⁾ „Spiegel“ Nr. 22/89; ⁴⁾ „Europa vorn“ Nr. 5, Jan. 1990; ⁵⁾ „Münchener Lokalberichte“ Nr. 4/89



Elmar Schmähling: „Ich verstehe ... auch General Kießlings Anliegen so, daß er um jeden Preis gegenüber den Supermächten ... sicherstellen will, daß Gesamtdeutschland weder dem einen, noch dem anderen ‚Lager‘ zur Verfügung steht.“

Debatte um Bundeswehrstruktur

Wehrdienstverlängerung zurückgenommen, aber Anteil von Zeit- und Berufssoldaten steigt

Die Bundesregierung hat bekanntlich beschlossen, in Hinblick auf die Wiener Abrüstungskonferenz den Friedensumfang der Bundeswehr von knapp 500 000 auf ca. 420 000 Soldaten zu reduzieren und auf die beschlossene Verlängerung des Wehrdienstes zu verzichten. Dies ist weder von Militärs noch von den rechten Freunden der Bundeswehr im Parlament kritisiert worden, obwohl zu Zeiten der Minister Wörner und Scholz der bestehende Umfang der Bundeswehr als heilige Kuh galt. Daraus läßt sich bereits erkennen, daß es sich bei diesem Schritt um einen sorgfältig erarbeiteten Plan handelt, der keineswegs die Kriegsfähigkeit der Bundeswehr antastet, aber als schlüssige Reaktion erscheint auf die Abrüstungsbereitschaft des Warschauer Paktes und den sich daraus im eigenen Land ergebenden Rechtfertigungszwang.

Die Armeeverringerung geht einher mit einer neuen Aufrüstungswelle und einer neuen Struktur des Heeres, die Ende 1996 abgeschlossen sein soll.

Waffentechnisch ist die Bundeswehr inzwischen in der Lage, den bereits länger geforderten „Schlag in die Tiefe“ zu führen. Durch das neue Artilleriesystem Mars kann hochspezialisierte Munition ins Feindesgebiet geschossen werden, Kamfdrohnen können gepanzerte Fahrzeuge bereits vernichten, bevor sie überhaupt zum Einsatz kommen. Neue Aufklärungs- und Rechensysteme können Schwerpunktbildungen und gezielte Schläge ungeheuer beschleunigen und die Wirkung erhöhen. Die Rüstungsindustrie hat die gestellten Aufgaben erfüllt, die Entwicklungsarbeit soll aber forciert werden.

Vor dem Hintergrund dieser gesteigerten Kampfkraft der Bundeswehr wird in den nächsten Jahren die Armee umstrukturiert. Auffallend ist dabei, daß trotz weniger Soldaten die Einhei-

ten nicht weniger werden. Die jetzige wie die neue Armee ist in zwölf Divisionen unterteilt. Statt bisher einer werden dann aber drei als Luftlandedivisionen ausgerüstet, hochmobil, zu schneller Schwerpunktbildung oder zum Kommandoeinsatz an jedem Ort der Erde bereit. Auch die Zahl der Brigaden, der kleinsten selbständig agierenden Einheiten, bleibt erhalten. Die gleiche Zahl der Großverbände belegt, daß trotz der Verringerung der Friedensstärke die Kriegsaufgabe der Bundeswehr entlang der Grenze nach Osten erhalten bleibt. Ein tatsächlicher Abrüstungsschritt wäre erst dann gegeben, wenn z.B. einige Brigaden ersatzlos aufgelöst würden, wenn also tatsächlich Kampfkraft reduziert würde.

Ein großer Teil der Bundeswehreinheiten wird also nach der Strukturreform nur noch zu einem bestimmten Prozentsatz mit aktiven Kadern bestückt sein. Zum Herstellen der größtmöglichen Einsatzbereitschaft ist dann die Auffüllung mit Reservisten erforderlich. Nach verschiedenen Truppenversuchen wird dies für möglich gehalten, wenn die „Führerdichte“ erhöht und die Ausbildung intensiviert wird. Mehr Unteroffiziere und Offiziere in die Kampfeinheiten, ist das Motto. Dies wird für machbar eingeschätzt, denn die Reduzierung des Heeres betrifft ja ausschließlich den Wehrpflichtigenanteil, und die drastisch gesteigerten Einsätze als Reservist sollen vielen die Möglichkeit einer Militärkarriere neben dem Berufsleben eröffnen.

Die Verschiebung des Verhältnisses zwischen Wehrpflichtigen und Zeit- und Berufssoldaten ist vielen Militärs recht und wohl Absicht der Regierung, denn das Übergewicht der Soldaten aus Profession wird sich auch auf den „Geist der Truppe“ auswirken: Wer fürs Kämpfen bezahlt wird, fragt weni-

ger, wozu es eigentlich geht. Generalleutnant a.D. Poepfel, Präsident der Gesellschaft für Wehrkunde, bemüht in der Januarausgabe der „Europäischen Wehrkunde“ die Geschichte: „Wie bei den engen Begrenzungen, denen die Reichswehr in den 20er Jahren unterlag, muß der verbleibende aktive Kern durch hohen Ausbildungsstandard die schnelle Vermehrung im Verteidigungsfall ermöglichen und große Beweglichkeit gewährleisten.“ Die Reichswehr, ein durch den Versailler Vertrag Deutschland zugestandenes Berufsheer von 100 000 Soldaten, sorgte dafür, daß die im ersten Weltkrieg gewonnenen militärischen Erfahrungen dem deutschen Imperialismus erhalten blieben, und bildete Kern und Rückgrat für Hitlers Wehrmacht auf Grundlage der Wehrpflicht.

Das neue Heer verspricht der Forderung des CDU-Abgeordneten Wilz in der Bundestagsdebatte vom 7.12.89 ganz zu genügen: „Eine Strukturveränderung muß das Ziel haben, die Armee zwar kleiner, aber feiner, also effizienter zu gestalten.“ Der FDP-Bundesvorstand hält das Kaderungsprinzip bei Erhöhung des Anteils von Zeit- und Berufssoldaten für derart sinnvoll, daß er Mitte Januar gefordert hat, die Zahl der aktiven Soldaten auf 350 000 zu verringern und den Wehrdienst auf zwölf Monate zu reduzieren. Der Wunsch nach einer jederzeit einsatzbereiten, kampfstarken und ausbaubaren Truppe steckt dahinter, keineswegs der Wunsch, dem Frieden näherzukommen. Aber auch SPD und Grüne treffen den Kern ihrer Kritik nicht, solange sie nur für noch weitere Verringerung der Soldatenzahl eintritt. Auflösung größerer Truppenteile und drastische Verringerung des Rüstungsprogramms wären Forderungen, in denen man den Willen zu ernster Abrüstung finden könnte.

Gesamtverteidigung, Rep und Generale

Die rechtsextreme Zeitschrift „Criticon“ brachte den Franz Uhle-Wettler in Zusammenhang mit den Republikanern. Er soll am Programm der Rep mitgewirkt haben. Uhle-Wettler dementiert nicht. Der 1987 pensionierte Generalleutnant stand die letzten drei Jahre seiner Laufbahn dem Nato-Defense-College in Rom vor.

Im „Republikaner“ veröffentlicht der Anfang der achtziger Jahre vom jetzigen Nato-Generalsekretär Wörner aus dem Amt gedrängte General Kießling „Acht Thesen zur deutschen Einheit“. Genauerer Hinsehen ergibt aber, daß die Zeitung eine Dokumentation wie einen Artikel aufgemacht hat. Aber ein Protest Kießlings wird nicht bekannt.

Ist es den Rep gelungen, sich in der Generalszene festzusetzen? Das wäre gefährlich. Generale, auch pensionierte, haben Einfluß in der Truppe. Sie können Laufbahnen fördern oder erschweren. Unter ihrer Schirmherrschaft können sich eine Vielzahl praktischer Verbindungen zwischen Parteibereich und Truppenbereich bilden.

Wieso zieht die Verteidigungspolitik der Rep Berufs- und Zeitsoldaten aller Dienstgrade und Waffengattungen an? Sie formuliert ein Eroberungsprogramm, das alle denkbaren Ansprüche großdeutscher Politik enthält. Die in das Parteiprogramm der Rep integrierte Karte stellt die deutsche Frage einschließlich Danzig, Memelland, Sudetenland, Österreich ... Die großdeutsche Expansion, Haupttrichtung Osten, hat bei den Rep Züge eines Stufenplanes angenommen. Heute, d.h. vor der Wiedervereinigung, halten die Rep die Integration ins westliche Bündnis für unerlässlich. Wenn die deutsche Einheit gekommen ist, wäre dann Neutralität geboten. Neutralität wird oft mit Friedfertigkeit gleichgesetzt. Bei der großdeutschen Neutralität ginge es nur darum, lästige bündnisrechtliche Fesseln abzuschütteln und Bündnisssysteme, die die Ostexpansion gefährlich oder unmöglich machen, zu zerlegen.

Das Expansions- und Eroberungsprogramm der Rep fordert Soldaten höherer Dienstgrade heraus, intellektuell, weil die Aufgabe nicht leicht sein wird, praktisch und persönlich, weil Ostexpansion Ostbesatzung heißt und Ostbesatzung Ostgeschäft. Eine Welt tut sich ihnen auf, wo vernünftige Leute nur Gräber sehen.

Leider ist es nicht so, daß die von den Rep geschürten Expansionsgelüste das Soldatenleben nur bei Gelegenheit von Besäufnissen begeistern. Diese Politik findet Niederschlag in der militärtheoretischen Diskussion. Eben der oben genannte Nato-Studiendirektor Uhle-Wettler kämpft seit Beginn der achtziger Jahre um ein entsprechendes Militärkonzept.

Die Bundeswehr, so meint er, sei der Gefahr der Übertechnisierung erlegen. Sie habe sich in eine fast reine Panzertruppe verwandelt. Panzer könnten im bedeckten und durchschnittenen Gelände (Uhle-Wettler nennt Wald-, Stadt- und Industriegebiete in einem Zuge) nicht wirksam kämpfen. Um solches Gelände „zu halten“, brauche man eine spezielle Truppe, von Uhle-Wettler „leichte Infanterie“ genannt. Diese Truppe („so leicht als möglich und luftverlastbar“) wurde 1980 gedanklich entwickelt am Beispiel der Verteidigung des Raumes der BRD. Es war schon damals zu erkennen, daß die eigentliche Absicht in der Schaffung einer Truppe bestand, die nach einem erfolgreichen Vor- und Durchpreschen von Panzerkräften den „gewonnenen Raum“ zu halten hätte. Das Konzept von hochtechnisierter Panzertruppe und leichter Infanterie ist für den Anschlußkrieg wie erfunden.

Das Konzept ist da, aber wo sind die Truppen? Gesamtverteidigung, das ist die dezente, aber brutale Antwort der Rep. Ihr Programm fordert ein Konzept der engen Zusammenarbeit militärischer und ziviler Dienststellen. Das wäre die Lösung, neu ist sie nicht. Schon die Hitler-SS hatte Truppen, die zum Halten des eroberten Gebietes gebraucht wurden (im Klartext also zur Terrorisierung der Einwohner), aus der Polizei und verwandten zivilen Diensten entnommen.

Quellen: Uhle-Wettler, Gefechtsfeld Mitteleuropa, Verlag Bernard & Graefe 1980; Kommunistische Volkszeitung Nr. 27/80; Die Republikaner, Parteiprogramm 1990, Entwurf; Europäische Wehrkunde 2/88; Der Republikaner 6/89

Internationale Umschau



Nach mehr als drei Monaten Streik konnten die südafrikanischen Eisenbahnarbeiter einen Erfolg erreichen: Die staatliche Eisenbahn- und Transportgesellschaft SATS nimmt die während des Streiks vorgenommenen Entlassungen zurück — 26000 Arbeiter werden wieder eingestellt. SATS hat sich nach diesem innerhalb von drei Jahren zweiten langandauernden Streik endlich bereit erklärt, die Gewerkschaft der Eisenbahnarbeiter SARHWU anzuerkennen und mit ihr über die Lohnforderungen der Arbeiter zu verhandeln. Über die Ergebnisse der Lohnverhandlungen war bei Redaktionsschluß noch nichts bekannt. Die SARHWU fordert einen Mindestlohn von 1500 Rand. Der Kampf der Eisenbahnarbeiter war bitter und hat viele Opfer gekostet: Mehr als 35 Arbeiter sind von bewaffneten Streikbrecherbanden und der Polizei umgebracht worden, viele sind schwer verletzt worden. — (uld)

Griechenland: Generalstreik gegen Lohnsenkungspläne

Mit einem 24stündigen Generalstreik haben die griechischen Lohnabhängigen am 25.1. gegen Lohnsenkungspläne der Regierung protestiert. Sämtliche öffentlichen Verkehrsmittel, Telefon- und Telegrafendienst, Wasser- und Elektrizitätsversorgung, Krankenhäuser, Banken und Industrie wurden fast überall im Land geschlossen bestreikt. OECD und EG hatten in den letzten Wochen mehrfach von der griechischen Regierung ein härteres Vorgehen gegen die Gewerkschaften und eine Verringerung des hohen Haushaltsdefizits verlangt. Der Gewerkschaftsbund GSEE forderte mit dem Generalstreik u.a. eine „demokratische Steuerreform“, eine Änderung des Gesetzes über Gesamtarbeitsverträge und „befriedigende Tarifverträge“. (Quelle: NZZ, 28./29.1.) — (rül)

Kosovo: Polizei erschießt Demonstranten

Im serbisch verwalteten Kosovo ist es erneut zu großen Demonstrationen und Streiks gegen die Unterdrückung der albanischen Bevölkerung gekommen. Am 24.1. demonstrierten 40000 Albaner in Pristina und forderten den Rücktritt der von Serbien eingesetzten Verwaltung. Gleichzeitig begannen in mehreren Betrieben erneut Streiks gegen die serbische Verwaltung der Provinz. Am 28.1. griff die Polizei zahlreiche Demonstrationen mit Schußwaffen an. Dabei sollen mindestens zehn Menschen ums Leben gekommen sein. (Quelle: FAZ, 29.1., NZZ, 28.1.) — (rül)

Kurdistan: Türkei deportiert vier weitere kurdische Dörfer

Ende Januar berichteten türkische Zeitungen über eine weitere Deportationsmaßnahme der türkischen Regierung gegen die kurdische Bevölkerung in den von ihr besetzten Gebieten. Die 125 Bewohner von vier Dörfern in der Nähe von Uludere in der Provinz Hakkari an der türkisch-irakischen Grenze sollen vertrieben werden. Die Zeitung „Cumhuriyet“ schilderte den Vorgang. Faktisch wurde über die vier Dörfer der Belagerungszustand verhängt. Die Bewohner der vier Dörfer sollten ursprünglich gezwungen werden, für die türkische Regierung als „Dorfschützer“ tätig zu werden. Als sie das ablehnten, wurden sie aufgefordert, ihre Dörfer zu verlassen. Als sie sich weigerten, verboten ihnen die türkischen Stellen nach und nach, ihr Vieh auf den Weiden zu versorgen, auf den Äckern außerhalb der Dörfer zu arbeiten, ihre Häuser nach Einbruch der Dunkelheit zu verlassen, und machten jedes Betreten und Verlassen der Dörfer genehmigungspflichtig. Alle Güter, die in die Dörfer gebracht werden sollten bzw. aus ihnen heraus, mußten amtlich gestempelt und genehmigt werden. Einmal im Monat sollten die Bewohner außerdem die Gendarmenwachen mit drei Pferdelaufen Holz versorgen. Inzwischen sollen die ersten Bewohner über die irakische Grenze geflüchtet sein. (Quelle: Kurdistan-Rundbrief 3/90) — (rül)

Türkei: Gegen die Verfolgung der sozialistischen Presse

Mehrere türkische sozialistische Zeitungen haben einen Aufruf gegen die Verfolgung der sozialistischen Presse herausgegeben. In dem Aufruf heißt es u.a.: „... Der Widerstand unserer Völker hat in die bestehenden faschistischen und antidemokratischen Paragraphen Breschen geschlagen. Aber die Zeitschriften, die antidemokratisches Vorgehen dieses Systems kritisiert haben, wurden entweder sofort verboten oder gewaltsam beschlagnahmt. Hier sind zum Beispiel einige dieser verfolgten, revolutionär gesinnten Zeitschriften: Die Monatszeitschrift ‚Yatan Günesi‘ (Die Sonne der Heimat), die seit September 1989 erscheint: Alle vier Auflagen dieser Zeitschrift wurden als separatistisch bezeichnet und beschlagnahmt, die Verantwortlichen angeklagt. Das Büro von ‚Yatan Günesi‘ wurde am 5. Dezember 1989 in Istanbul von der Polizei durchsucht, der verantwortliche Redakteur dieser Zeitschrift Rifat Eroglu und ein andere Verantwortliche der Handelsgesellschaft, Sükran Duran, Inhaberin dieser Zeitschrift, sind verhaftet worden ... Die sieben Mitarbeiter, die in Istanbul und Kirikhan festgenommen wurden, sind nach Verhören mit Folter inhaftiert worden. ‚Yatan Günesi‘ hat sich schwerpunktmäßig in allen Auflagen mit den Problemen der Kurden befaßt ... Die Gerichtsverhandlung von Frau Sükran Duran und Rifat Eroglu, die in Istanbul in Haft sind, beginnt am 23. Januar 1990. Es ist uns bekannt, daß der Gesundheitszustand von Frau Sükran Duran sehr kritisch ist. Die in Kirikhan festgenommenen wurden dem Militär-Kassationsgericht in Malatya vorgeführt. Zwei Drittel von 30 Ausgaben der Monatszeitschrift ‚Yeni Cözüm‘ wurden beschlagnahmt. Drei Mitarbeiter der Zeitschrift befinden sich zur Zeit in Haft. 16 von 20 Ausgaben der Zeitschrift ‚Emegin Bayragi‘ wurden beschlagnahmt, drei Mitarbeiter wurden angeklagt. 19 von 27 Ausgaben der Zeitschrift ‚Toplumsal Kurtulus‘ wurden aus dem Markt gezogen, drei Ausgaben in der Druckerei beschlagnahmt. Der Verantwortliche der Zeitschrift befindet sich in Haft. Fünf von zehn Ausgaben der Zeitschrift ‚Cagdas Yol‘ wurden aus dem Markt gezogen. Vier von fünf Ausgaben der Zeitschrift ‚Hedef‘ wurden aus dem Markt gezogen. Drei von acht Ausgaben der Zeitschrift ‚Güneş Cagri‘ wurden aus dem Markt gezogen. Bis jetzt wurden alle Ausgaben der Zeitschrift ‚Medya Günesi‘ aus dem Markt gezogen. Drei von fünf Ausgaben der Zeitschrift ‚Toplumsal Dirilis‘ wurden ebenfalls aus dem Markt gezogen, die Verantwortlichen festgenommen, die Zeitschrift darf nicht mehr erscheinen. Die Auslandsvertretungen der unten angegebenen Zeitschriften verurteilen das brutale Vorgehen gegen die fortschrittliche Presse in der Türkei und appellieren an die Medien und die Presse in Europa, diesem Unrecht entgegenzutreten. ... Unterzeichnet ist die Erklärung von den Zeitschriften ‚Yatan Günesi‘, ‚Toplumsal Kurtulus‘, ‚Yeni Cözüm‘, ‚Cagdas Yol‘, ‚Emegin Bayragi‘, ‚Güneş Cagri‘ und ‚Hedef‘. — (rül)

Ford Mexiko: Arbeiter getötet — Arbeiter besetzten das Werk

Die Automobilarbeiter-Koordination TIE hat auf eine Betriebsbesetzung bei Ford-Mexiko aufmerksam gemacht: „Arbeiter des Ford-Werkes in Cuautlan, in der Nähe von Mexico-City, haben ihren Betrieb besetzt ... Das Ford-Werk ist von der Polizei umstellt. Die gewalttätigen Auseinandersetzungen begannen am 5. Januar, als bewaffnete Schlägertrupps der gelben Gewerkschaftsführung die Arbeiter im Werk überfielen. Aus Protest streikten die Arbeiter einen Tag lang — blieben aber im Betrieb. Am 8. Januar kamen erneut die Schlägertrupps, bewaffnet mit Eisenstangen, Pistolen und Maschinen-gewehren. Acht Arbeiter wurden angeschossen, einer starb kurze Zeit später im Krankenhaus. Daraufhin beschloßen die Arbeiter, den Betrieb zu besetzen. Die Ford-Arbeiter sind überzeugt, daß die Gewalttätigkeiten von Hector Uriarte, dem Führer der nationalen Ford-Betriebsgewerkschaft, organisiert wurden ... Der Hintergrund für den aktuellen Konflikt bildet die fristlose Entlassung der Ford-Arbeiter, die sich gegen die arbeitgeberfreundliche, sozialpartnerschaftliche Politik der Gewerkschaft organisiert hatten ... Ford plant, die Belegschaft drastisch zu reduzieren, um neue Arbeiter unterhalb der Tariflöhne einzustellen, eine Taktik, die bereits früher mit Unterstützung der Gewerkschaft praktiziert wurde. Die Betriebsleitung versucht eine Entscheidung des „Federal Committee of Conciliation and Arbitration“ am 26. Januar zu erreichen, um die bestehenden Tarifverträge kündigen zu können.“ Solidaritätsbriefe und -telegramme an: Movimiento Democratico de Trabajadores de la Ford, Doctor Lucio 103, Edificio Orion A-4, Despacho 103, Mexico D.F. Proteste an die Ford Motor Company, Paseo de la Reforma 333, Col. Cuauhtemoc 06500, Mexico. — (t.h.)



Die Befreiungsorganisation der Roten Khmer baut ihre Positionen in Kambodscha weiter aus. Nach westlichen Presseberichten haben die Roten Khmer und die mit ihr verbündeten anderen Widerstandsorganisationen des Demokratischen Kampuchea ihre Positionen an der Grenze im Westen und Nordwesten des Landes so gefestigt, daß sie mit dem Aufbau ziviler Verwaltungsstrukturen beginnen konnten. Zusätzlich sollen ca. 40000 Flüchtlinge aus Lagern in Thailand nach Kampuchea zurückgekehrt sein, darunter angeblich Tausende von Guerillas der Roten Khmer. Vertreter der Vereinten Nationen versuchten, die Rückkehr der Flüchtlinge mit einer Umsiedlung ins Landesinnere Thailands zu verhindern. Der Versuch scheiterte. — (rül)

Rumänien: Bericht wird korrigiert

„Opfer der Securitate“ natürlichen Todes gestorben?

Die Bilder wurden von westlichen Fernsehkanälen und Zeitungen ohne jede Prüfung begierig aufgegriffen: Leichen der Securitate, Folteropfer, entdeckt auf einem Friedhof in der Nähe von Temesvar. In einer Sendung des rumänischen Fernsehens wurden am 23.12. etwa zwanzig Leichname gezeigt, teilweise mit Stacheldraht umwickelt, darunter eine Frau und ein Säugling. Im gleichen Film wurde auch die angebliche „Folterkammer“ vorgeführt: ein kahler Raum auf dem Friedhof, mit einer Leiche auf einem Betontisch, die Füße der Leiche noch mit Draht umwickelt.

Nun scheint sich herauszustellen: Die angeblichen Folteropfer waren in Wirklichkeit Opfer von Verkehrsunfällen, von Alkoholvergiftung und Krankheiten, amtlich autopsiert und begrabene Leichen, der angebliche Foltertisch ein Tisch, auf dem stark verwesene Leichen seziiert wurden, die auf dem Tisch mit Draht umwickelte Leiche ein Ertrunkener, der in stark verwesenen Zustand mit Hilfe dieses Drahts aus einem Kanal gezogen worden war. In einem am 23.1. in der Fernsehsendung „RTL-Explosiv“ ausgestrahlten Bericht aus Temesvar schilderten rumänische Ärzte ihre Kenntnisse über die Todesursachen der angeblichen „Folteropfer“. Hier Auszüge aus dem Bericht nach der von RTL zur Verfügung gestellten Abschrift:

„O-Ton Helene Busar, Autopsie Ärtin: „Ich heiße Helene Busar, arbeite im Spital Judezian. Ich bin Autopsierin und war am 22. Dezember auf dem Armenfriedhof, wo ich die Toten gesehen habe. Ich habe probiert zu erklären, daß dies Tote der Spitäler sind, aber es wurde nicht angenommen. Es gibt hier einen Mann bei der Zeitung, der die ganze Atmosphäre gemacht hat und war sehr — ich kann das gar nicht erklären — aufgebracht ... Dieses Kind, das der Mann in der Hand hat, das wurde autopsiert und vom Spital dort begraben, weil die Eltern es wahrscheinlich nicht begraben konnten. Die anderen, die Toten, die hier in der Reihe sind, das sind alles Tote, die von den Spitälern autopsiert wurden, von allen Spitalern von Temesvar, die die Familien nicht begraben konnten oder die unbekannt waren, die gefunden worden sind auf der Straße, in Kanälen und keine Papiere hatten ... Also keine Revolutionsopfer, sondern Menschen, die eines natürlichen Todes gestorben sind ... Ich bin Doktor Dressler, Milan Leonhard von der Gerichtsmedizin Temesvar. Hier war ein sehr kleines Kind begraben. Ich glaube ein oder zwei Monate alt. Aber das war nicht seine Mutter. Eine andere Frau. Wir haben diese Expertise. Sie ist gestorben an einer alkoholischen Intoxikation“ ...“

(Quelle: RTL-Plus, 23.1.1990) — (rül)

Indien: Neue Regierung im Amt

Für die Dorfentwicklung mehr Geld / Schulden steigen

Die neugewählte Regierung unter Premierminister V.P. Singh hat sich bislang erstaunlich gut gehalten. Die „Nationale Front“ vereinigt die hinduistisch-nationalistische BJP und Kommunisten (CPI/M) in einer Regierung. Wie vermutet, sind grundlegende Änderungen im Regierungskurs nicht vorgesehen. Offensichtlich ist aber, daß der Kurs des Vorgängers R. Gandhi, fast ausschließlich auf Konsummittel- und Hochtechnologieimport zu setzen („importierte Pommes frites für die Elite, Personenwagen statt Omnibusse“ lautete ein Vorwurf der Opposition im Wahlkampf), geändert werden soll zugunsten einer verstärkten Unterstützung des ländlichen Sektors. Rund die Hälfte des staatlichen Budgets soll für die Dorfentwicklung ausgegeben werden, wo 80% der Bevölkerung von 850 Millionen Menschen und die meisten der 300 Millionen Armen leben. Damit will Singh die Landflucht eindämmen.

Soviel steht bereits jetzt fest, die Schuldenlast wird sich weiter erhöhen, denn die Handelsbilanz weist für Indien ein Defizit von 5 Mrd. Dollar auf und die „Frankfurter Allg. Ztg.“ behauptet, daß Indien keine andere Wahl

habe, „als schon bald einen Beistandskredit beim Internationalen Währungsfonds zu beantragen“.

Was sagen die revolutionären Kräfte? Ein Artikel in der Zeitschrift „Frontier“ (30.12.1989) behandelt die Empfehlung des Präsidenten Venkataraman vor dem Parlament, die Absicht der Regierung, eine Entwicklung auf der Basis sozialistischer Ideale, ökonomischer Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit zu praktizieren, Föderalismus und Dezentralisation und Menschenrechte zu beherzigen, müsse unterstützt werden. „In Indien äußert sich keine Partei gegen Sozialismus, soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte und Föderalismus, sogar die Feudalherren sprechen von sozialistischer und demokratischer Kultur. Und dennoch wird es für die sozial und ökonomisch untersten Klassen und Minoritäten immer schwieriger bessere soziale Lebensumstände zu finden ... Mit vielen vorbeugenden Haftgesetzen (ausgestattet), genießt die Polizei enorme Macht, den Verwaltungsapparat gegen die Armen tagtäglich mehr zu brutalisieren.“ Die neue Regierung hat nicht vor, diese Gesetze außer Kraft zu setzen. — (cog)

Namibia: Unabhängigkeit am 1.4.!

Schwierige Verhandlungen um Verfassung

Den 1. April als Datum für den vollständigen Abzug Südafrikas, auch den Abzug der immer noch anwesenden südafrikanischen Polizeikräfte und den Rückzug des immer noch regierenden südafrikanischen Generaladministrators, streben fast alle in der Verfassungsgebenden Versammlung vertretenen Organisation und Parteien an. Einzig die eng mit den Rassisten Südafrikas verbundene Nationale Partei tritt für ein späteres, unbestimmtes Datum auf. Ob dieses Vorhaben durchzusetzen ist, hängt nach den bisherigen UN-Vereinbarungen davon ab, daß sich die Verfassungsgebende Versammlung bis dahin mit einer Zweidrittelmehrheit auf eine Verfassung geeinigt hat.

Durch den Wahlausgang ist die SWAPO gezwungen, mit anderen anti-imperialistischen Kräften zusammenzuarbeiten. In Grundzügen herrscht jetzt weitgehende Einigkeit darüber, daß in einem unabhängigen Namibia zwar das Eigentum an Grund und Boden nicht angetastet wird, also zunächst keine Enteignung von Bergwerkskonzernen und weißen Farmern vorgesehen ist. Allerdings soll die Art der Besteuerung, die gesetzlich geregelt wird, sicherstellen, daß der Ausplünderung Namibias Schranken gesetzt werden.

Noch immer gibt es Auseinandersetzungen mit dem rassistischen Generaladministrator um das Schulwesen. Pienaar hat seine Befugnisse voll ausgenutzt und mit dem beginnenden Schuljahr Anfang Januar die Apartheid in den Schulen aufrechterhalten. Über die Aufhebung jeglicher rassistischer Beschränkungen in allen gesellschaftlichen Bereichen herrscht Übereinstimmung bei allen Kräften der Verfassungsgebenden Versammlung. Bei einer Unabhängigkeit im April würden die Schranken für den Schulbesuch fallen, mitten im laufenden Schuljahr. Deshalb hatte die Versammlung den Generaladministrator aufgefordert, die Apartheid-Gesetze für die Schulen bereits zum 1. Januar aufzuheben.

Die Versammlung beansprucht, auch für Walvisch-Bay zu sprechen. Südafrika hält den Hafen mitten in Namibia aber nach wie vor mit starken Militärkräften besetzt und beansprucht Walvisch-Bay als südafrikanisches Staatsgebiet. Nur gegen die Stimmen der Nationalen Partei forderte die Versammlung Südafrika auf, die Stadt zu räumen. Die Rassisten wollen den Hafen sowohl als Faustpfand wie auch als sicheren Hochseehafen vor allem für die Fischer erhalten. — (uld)

Großbritannien: 10,2 % mehr Lohn bei Ford, anhaltender Streik der Krankenwagenfahrer

Widerstand gegen Niedriglöhne bringt Kapitalisten und Regierung Thatcher unter Druck

Mit einer Mehrheit von 59 % der abgegebenen Stimmen billigten am 24. Januar die knapp 32.000 Arbeiter der britischen Ford-Werke einen neuen Tarifabschluß mit dem Konzern. Die Gewerkschaften hatten in der Urabstimmung ihren Mitgliedern die Ablehnung empfohlen, insbesondere, weil sie bei Facharbeitern hofften, noch stärkere Lohnerhöhungen durchsetzen zu können. Trotzdem wird der Abschluß spürbare Lohnerhöhungen zur Folge haben. Der über zwei Jahre laufende neue Tarifvertrag sieht vor: Anhebung der Tariflöhne im ersten Laufjahr, d.h. rückwirkend ab November 1989, um minde-

nach Vereinbarung eines neuen Lohnrahmentarifs erzielen. So planen die Ford-Kapitalisten, an neuen Produktionsanlagen sogenannte „Produktionsteams“ aus je zwei Facharbeitern und zwei angelernten Arbeitern zu bilden. Die Löhne der solchen „Teams“ zugeordneten Facharbeiter sollen zusätzlich um 5 % angehoben werden, während die angelernten Arbeiter eine Lohngruppe höher eingestuft werden. Die Verhandlungen über eine neue Lohnstruktur sind jetzt von den Kapitalisten von 1990 auf November 1991, d.h. nach Ablauf des jetzt abgeschlossenen Tarifvertrags, verschoben worden.

zwei von drei Wochenenden durcharbeiten müssen“, schilderte ein Arbeiter die Situation für viele Ford-Beschäftigte in einer britischen Zeitung. Die hohen Hypothekenraten sind u.a. die Folge der anhaltenden Hochzinspolitik der britischen Zentralbank, die die Zinsen für Hypotheken auf weit über 15 % getrieben hat.

Ursprünglich hatten die Ford-Kapitalisten nur 10,2 % Lohnerhöhung für alle Arbeiter im ersten und 7,5 % im zweiten Tarifjahr angeboten. Nach mehreren Warnstreiks, an denen sich mehrere tausend Arbeiter beteiligt hatten, hatte der Konzern dann sein Angebot kurz vor Auslaufen der tariflichen Friedenspflicht auf das jetzt abgeschlossene Ausmaß erhöht.

Ermütigung für die streikenden Krankenwagenfahrer

Der Abschluß bei Ford bedeutet auch für die Lohnsenkungspolitik der Regierung und der anderen Kapitalisten einen harten Schlag. Sprecher des britischen Kapitalistenverbandes und der Regierung beileiten sich gleich nach Bekanntwerden des Abschlusses mit der Einschränkung, der Abschluß sei keinesfalls auf andere Branchen oder gar den öffentlichen Dienst übertragbar.

Die Regierung hatte bislang bei jeder Gelegenheit betont, die Tarifabschlüsse (in diesem Monat laufen die Lohnverträge für fast ein Viertel der Lohnabhängigen in Großbritannien aus) müßten unter zehn Prozent liegen. Diese Marke ist nun durchbrochen.

Zugleich könnte der Abschluß auch die Lage der Besetzungen der Krankenwagen erleichtern. Die 22.500 Lohnabhängigen in diesem Bereich streiken jetzt seit zweieinhalb Monaten, um ihre Forderung nach einer 7,5 %-Lohnerhöhung und nach Eingruppierung in die gleichen Lohngruppen wie die Besetzungen der Feuerwehrfahrzeuge — was einer Lohnanhebung um 25 % gleichkäme —, mindestens aber 11,4 % Lohnerhöhung sofort durchzusetzen. Sie nehmen nur noch Notrufe an, die von Krankenhäusern, von Ärzten oder von Privatleuten an sie gerichtet werden. Anweisungen ihrer eigenen Leitstellen, zu angeblichen „Notfällen“ zu fahren, lehnen sie ab.

Die Regierung bietet den Streikenden



Krankenwagenfahrer: Seite zweieinhalb Monaten im Streik.

bisher nur eine Lohnerhöhung von 9 % bei einer Tariflaufzeit von 18 Monaten an. Bei einer Teuerung von zur Zeit 7,3 % würde ein solcher Abschluß für die Besetzungen eine neuerliche Reallohnsenkung bedeuten. Um den Streik zu brechen, setzt die Regierung jetzt schon seit Anfang November letzten Jahres immer wieder Polizei- und Armee-Unfall-Ambulanzen als Streikbrecherfahrzeuge ein.

Allein die Polizei im Großraum London wurde in der Zeit vom 7. November bis 31. Dezember im Umfang von über 30.000 Arbeitsstunden zu Streikbrechereinsätzen gerufen. Inzwischen beginnen selbst bürgerliche Zeitungen der Regierung vorzurechnen, daß diese Streikbrechereinsätze die Regierung bisher über 11 Millionen Pfund kosteten — mehr, als eine Lohnerhöhung um 11,4 % für die Krankenwagenbesetzungen ein ganzes Jahr lang kosten würde. Auch den Polizisten wächst der Widerstand gegen diese Einsätze. Polizeioffiziere der Londoner Polizei berichteten dem Innenministerium über „beträchtliche berufliche Unzufriedenheit“ über diese Einsätze. In der Öffentlichkeit ist die Regierung mit ihrem Kurs gegen die Krankenwagenbesetzungen schon länger isoliert. Bei Meinungsumfragen billigen nur knapp ein Fünftel der Befragten ihr Vorgehen.

Der für den Gesundheitsdienst zuständige Minister Clark hat vor kurzem erste Andeutungen gemacht für eine Reform des Krankentransports, die erkennen lassen, warum die Regierung die Forderungen der Beschäftigten so vehement ablehnt. Danach will die Regierung den Krankentransport in mindestens zwei Bereiche unterteilen: einen „echten“ Notfalldienst, der besser ausgerüstet und auch geringfügig besser

bezahlt werden solle, und einen „normalen“ Dienst, der nach ihren Vorstellungen z.B. den Transport von Kranken, alten Leuten, Siechen usw. übernehmen soll, bei denen kein akuter Notfall vorliegt. Dieser Teil des Krankentransports soll nach der Aufspaltung womöglich privatisiert werden. Diese Privatisierungsabsicht aber würde durch einen Erfolg der streikenden Krankenwagenfahrer erheblich erschwert.

Nach Bekanntwerden dieser Regierungspläne Ende Januar ist die Entschlossenheit der Streikenden weiter gewachsen. Zahlreiche Vertrauensleute fordern inzwischen, die bisher eher zurückhaltenden örtlichen Streikaktionen und Dienst-nach-Vorschrift-Aktionen zu verschärfen und eine Urabstimmung für einen landesweiten Streik durchzuführen. Durch den Erfolg der Ford-Beschäftigten werden die Krankenwagenbesetzungen in ihrem Widerstand gegen die Regierungspläne ermutigt.

Auch in anderen Bereichen rechnen die Kapitalisten und die Regierung mit wachsendem Widerstand gegen die Niedriglöhne. So beginnen demnächst die Verhandlungen über die Lohnsätze der 75.000 Beschäftigten bei der staatlichen Eisenbahn. Deren Tarifvertrag läuft am 9. April aus. Die Regierung rechnet mit Lohnforderungen deutlich über 9 %. Die 750.000 Beschäftigten bei den Kommunen, deren Tarifvertrag bereits im Februar ausläuft, fordern Lohnerhöhungen bis 15 %. Auch in der Elektrizitätsversorgung (76.000 Lohnabhängige) und für die 75.000 Lohnabhängigen von British Gas laufen in diesem Monat die Lohnverträge aus.

Quellenhinweis: Guardian, 10.1. bis 25.1.1990; Financial Times, 25.1.1990, Times, 25.1.1990 — (rül)



Protestkundgebung von Ford-Arbeitern während der Verhandlungen

stens 10,2 %. Die am niedrigsten bezahlten Arbeiter am Band bekommen sogar 13 % mehr Lohn. Zusätzlich erhalten alle Arbeiter einen Tag mehr bezahlten Urlaub, einzelne Facharbeitergruppen bekommen zudem zusätzliche Zuschläge. Im zweiten Jahr des Vertrags hat der Konzern einer weiteren Erhöhung der Grundlöhne um 8 % oder aber um 2,5 % über der amtlichen Teuerungsrate zugestimmt — je nachdem, welche Lohnanhebung höher liegt. Gegenwärtig liegt die amtliche Teuerungsrate bei 7,3 %.

Keinen Erfolg konnten die Gewerkschaften dagegen bei ihrer Forderung

Trotzdem bedeutet der Abschluß einen wichtigen Erfolg. Bisher verdient ein ungelernter Bandarbeiter in den britischen Ford-Werken nach Gewerkschaftsangaben etwa 12,60 DM brutto die Stunde bzw. im Monat durchschnittlich 1925 DM (ohne Zuschläge für Nacht- und Schichtarbeit). Ein Facharbeiter (Elektriker z.B.) kommt auf ca. 2270 DM brutto. „Wir haben eine Menge junger Leute, die unglaubliche Hypothekenzahlungen wie z.B. 500 Pfund (ca. 1400 DM im Monat) aufzubringen haben. Die Dinge haben sich dahin entwickelt, daß einige Leute ständig Überstunden und womöglich noch

Tarifplattform der Metallgewerkschaften

Italien: Einigung von „Löhnern“ und „Zeitlern“/Unternehmerverband vorab erfolgreich

Für mehr als sieben Millionen Lohnabhängige waren zum Jahresanfang die in der Regel dreijährigen Tarifverträge abgelaufen und Verhandlungen über neue Tarife eingeleitet oder in Vorbereitung. Betroffen sind neben der Metallindustrie unter anderem die chemische Industrie, Textilindustrie, Papiererzeugung, Banken, Post, Gesundheitswesen, Polizei, Feuerwehr und viele kleinere Bereiche.

Bei den Einkommen sind die Gewerkschaften mit einer anziehenden Teuerung konfrontiert: Um 6,6 % stiegen die Lebenshaltungskosten im letzten Jahr. Vieles deutet darauf hin, daß die konservativ-liberale Wirtschaftspolitik auf diesem Weg gezielt eine Senkung der Einkommen betreibt. In der ersten Hälfte der achtziger Jahre war die Inflation von 21,1 % im Jahr 1980 auf schließlich 4,7 % im Jahr 1987 gedrückt worden. Dann wurden die Preise wieder stärker erhöht. Das „Dach“ von 4 %, das die Regierung 1989 als Obergrenze gesetzt hatte, wurde kräftig durchstoßen. Allerdings nur bei den Preissteigerungen. Bei Einkommenssteigerungen und Wachstum staatlicher sowie kommunaler Ausgaben wurde die 4 %-Marke durchgesetzt. Eine Senkung von Realeinkommen und eine Reduzierung öffentlicher Dienstleistungen waren die Folge.

In der Metallindustrie, der größten Branche, haben sich am 18.1.1990 die drei Branchengewerkschaften FIM (Branchenverband der CGIL, Hauptströmungen: kommunistisch, sozialistisch und andere Linke), FIM (Bran-

chenverband der CISL, christdemokratisch) und UILM (UIL, sozialistisch, sozialdemokratisch) auf eine gemeinsame Verhandlungsplattform geeinigt. Vorausgegangen waren zahlreiche Verhandlungen und zum Schluß auch nachdrückliche Forderungen von regionalen Gliederungen und Delegierten der drei Verbände, sich über die Differenzen zwischen sogenannten „Zeitlern“ und „Löhnern“ hinweg zu verständigen.

FIM und FIM wollten das Schwerk Gewicht zunächst auf eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 37,5 Wochenstunden legen und bei den Einkommen für drei Jahre durchschnittlich 200.000 Lire (umgerechnet ca. 270 DM) fordern. Die UILM dagegen verlangte die Ausklammerung der Arbeitszeitverkürzung zum jetzigen Zeitpunkt und eine Lohnforderung von durchschnittlich 300.000 Lire (entsprechend ca. 405 DM). Für die unterste tarifliche Einkommensgruppe war dabei ein 220.000 Lire, für die höchste an 484.000 Lire gedacht. Eine Verkürzung der Arbeitszeit wollte die UILM auf einen späteren Zeitpunkt verschoben haben, wobei sie ausdrücklich Bereitschaft zu Nacht-, Samstags- und Sonntagsarbeit erklärte. Jeder Flexibilisierung sollte dabei ein „Preis“ in Arbeitszeitverkürzung entsprechen: konkret z.B. 35-Stunden-Woche als „Preis“ für Samstagsarbeit.

Die gemeinsame Plattform formuliert nun folgende Zielpunkte:

— Bei der Arbeitszeit wird eine 37,5-Stunden-Woche angestrebt. Sie soll erreicht werden mit einer Verkürzung der jährlichen Arbeitszeit um 56 Stunden

und mit der Durchsetzung schon früher vereinbarter Verkürzungen, die bisher nur auf dem Papier stehen.

— Bei den Einkommen wird eine Erhöhung um durchschnittlich 263.000 Lire auf drei Jahre (umgerechnet etwa 355 DM) gefordert. Der Abstand zwischen der höchsten und der niedrigsten tariflichen Einkommensgruppe soll dabei deutlich wachsen, um die „Professionalität“ unterer Führungskräfte besser zu prämiieren. Dieses Verhältnis beträgt bisher 250 zu 100 (zum Vergleich: In der Metallindustrie der BRD beträgt es bei den Löhnen etwa 170 zu 100, bei den Gehältern 250 zu 100).

— Im „politischen Teil“ der Tarifverträge sollen Gewerkschaftsrechte im Betrieb erweitert werden. Ein eigener Abschnitt soll Bedingungen der Arbeit von Frauen regeln. Die dabei vorgesehenen Maßregeln gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz sind auch unter den Gewerkschaften umstritten.

Die Elemente von Arbeitszeitflexibilisierung und Lohndifferenzierung und das Auseinanderklaffen zwischen tariflichen Regelungen und betrieblicher Praxis, die in der Plattform deutlich werden, dürften die Verhandlungen schwierig machen. Hinzu kommt, daß der Unternehmerverband Confindustria im Vorfeld der Tarifverhandlungen die Position der Gewerkschaften schwächen konnte.

Nach vier Monaten wurden nämlich Ende Januar 1990 die Verhandlungen über die „Arbeitskosten“ zwischen Confindustria und den drei Gewerkschaftsbündnissen CGIL, CISL und UIL,



Ende Dezember 1989 streikten die Bankbeschäftigten für einen neuen Tarifvertrag (Bild: bestreikte Bank in Rom). Weitere — zumeist mehrstündige — Arbeitsniederlegungen fanden statt u.a. bei Bahn, Post, Gesundheitswesen, Weltraumbehörde.

die den Tarifverhandlungen vorgelagert sind, mit Ergebnissen abgeschlossen, die an der Widerstandskraft der Gewerkschaften zehren müssen. Pininfarina, der Präsident von Confindustria, hatte die Verhandlungen mit der Forderung geführt, ein verbindliches „Dach“, also eine Obergrenze, für Lohnforderungen zu vereinbaren. Dieses „Dach“ sollte der Teuerungsrate plus ein Prozent entsprechen. Als Teuerungsrate sollte dabei nicht die tatsächliche, sondern die von der Regierung „geplante“ angesetzt werden, die 1989 um 2,6 % unter der realen lag. Eine massive Senkung der Realeinkommen wäre die Folge gewesen. Diese Forderung hat Pininfarina schließlich zurückgenommen. Vereinbart wurden aber eine Reihe gemeinsamer „Verpflichtungen“. Zunächst die Verpflichtung beider Seiten, „die Verringerung der Inflationsrate zu fördern“. Das bietet den Unternehmerverbänden Ansatzpunkte für Propaganda gegen die Lohnforde-

runge und der Regierung Andreotti Ansatzpunkte für die Einschränkung von öffentlichen Leistungen, die den Lohnabhängigen nützen. Weiter haben sich beide Seiten verpflichtet, die „Bedingungen der Wettbewerbsfähigkeit“ des „Unternehmens Italien“ zu fördern. Im Mittelpunkt steht dabei die gemeinsame Forderung nach einer Senkung der Abgabenbelastung der Unternehmen. Insbesondere Abgaben zugunsten der Gesundheitsversorgung sollen fallen. Pininfarinas Urteil über die Vereinbarungen, die die Gewerkschaftsbünde auf die Unterstützung zentraler Forderungen der Konzerne und Unternehmerverbände festlegen: „Die Einigung ist sehr wichtig für die Unternehmen.“ Den Gewerkschaften blieb als positiver Aspekt lediglich die Feststellung, daß mit der Vereinbarung endlich der Weg für die Tarifverhandlungen freigemacht worden sei.

Quellenhinweis: L'Unità, div. Ausgaben Dezember 1989/Januar 1990 — (rok)

Kommunalwahlen Bayern: In Schweinfurt will ein linkes Wahlbündnis kandidieren

Autonome, DFG/VK, DKP, MLPD, VSP, Volksfront und andere treten im Wahlbündnis an

Schweinfurt. Bei den Kommunalwahlen am 18. März in Bayern wird es in der Landeshauptstadt München zu keiner ausgesprochenen linken Kandidatur kommen. Die DKP wird keine Liste einreichen. Das Angebot einer linken Bündniskandidatur in Form DKP/Offene Liste war bereits vorher von der DKP abgelehnt worden. Auch in Würzburg wird die DKP zu den diesjährigen Kommunal-

wahlen nicht mehr antreten. In anderen großen bayerischen Städten — Nürnberg, Augsburg, Regensburg — wird die DKP mit eigenen Listen bei den Kommunalwahlen antreten, dazu wohl noch in weiteren Städten — Fürth, Ingolstadt. In Nürnberg geht es dabei um die Verteidigung des Stadtratmandats der DKP. Eine linke Bündniskandidatur wird in Schweinfurt angestrebt. — (cls)

Seit über einem Jahr arbeiten alternative und linke Kräfte in Schweinfurt in einem Arbeitskreis „Kommunalpolitik von unten“ zusammen, um lokale Initiativen zu koordinieren und um eine Kandidatur zu den Stadtratswahlen vorzubereiten. Mitte Januar 1990 wurde die Liste „Kommunalpolitik von unten“ mit zwanzig Kandidaten eingereicht. Die Liste wird unterstützt von: AG Deserteurenkmal, Bunte Hilfe Nordbayern (Autonome), DFG-VK, DKP, JungdemokratInnen, MLPD, Volksfront und VSP. Etwa die Hälfte der Kandidaten kommt aus dem Kreis der sozialistischen Organisationen, die anderen Kandidaten sind mehr dem alternativen, grünen Spektrum zuzurechnen, darunter auch mehrere Mitglieder der Grünen. Sechs der Kandidaten sind Arbeiter, acht Angestellte, zwei haben akademische Berufe und vier sind Schüler bzw. Studenten. Unter den Kandidaten sind fünf Frauen, das Durchschnittsalter liegt bei ca. 32 Jahren.

Bei den letzten Kommunalwahlen 1984 war Schweinfurt die einzige kreisfreie Stadt in Bayern, in der es den Grünen nicht gelungen ist, eine eigene Liste einzureichen. Im Vorfeld der Wahlen 1990 lehnten die Grünen ab, eine Bünd-

niskandidatur mit den linken Kräften einzugehen, umgekehrt fanden sich diese nicht bereit, auf einer Grünen-Offenen Liste zu kandidieren. Erfreulicherweise hat die Aufstellungsversammlung der Grünen-Offenen Liste (17 Kandidaten) jetzt das Angebot der alternativen, linken Liste auf eine Listenverbindung angenommen. Bei einer Listenverbindung wird zwar getrennt kandidiert, bei der Berechnung der Sitze werden die Stimmen der verbundenen Listen jedoch zusammengerechnet. Es kann so eventuell ein zusätzlicher Sitz gewonnen werden. Die Sitze der verbundenen Listen werden dann nach d'Hondt untereinander aufgeteilt. Die Listenverbindung bewirkt, daß keine Stimmen der linken Opposition verloren gehen, grenzt die Konkurrenz ein und schafft bessere Bedingungen für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit über den Wahltag hinaus.

Eine weitere Besonderheit der Bayerischen Gemeindeförderung sorgt dafür, daß vor der Zulassung zur Wahl eine große Schikane überwunden werden muß: Von neuen Wählervereinigungen wird im Gegensatz zu Parteien verlangt, daß sich viermal soviel Wahlbe-

rechtigte, wie Stadträte zu wählen sind, — in Schweinfurt 176 Wahlberechtigte — in eine Unterstützungsliste eintragen müssen, die auf dem *Städtischen Wahlamt* ausliegt. Da die Kandidaten selbst nicht unterzeichnen dürfen, heißt das, daß sich ca. 200 Wahlberechtigte (entspricht 0,7 % der abgegebenen Stimmen bei den letzten Kommunalwahlen) in mehr oder weniger öffentlicher Form zur Liste bekennen müssen.

Die Liste „Kommunalpolitik von unten“ wird in dieser Woche ihr Wahlprogramm verabschiedet. Das Programm erstreckt sich auf verschiedene Bereiche: Kritik am kommunalen Marketing/Wirtschaftsförderungsprogramm; Unterstützung von Arbeiterinteressen und von gewerkschaftlichen Kämpfen; Gegen eine Sparpolitik auf dem Rücken des kommunalen Personals; Forderungen zur kommunalen Frauen-, Sozial- und Wohnungspolitik; Ausarbeitungen zu einer antifaschistischen Kommunalpolitik, zur kommunalen Friedenspolitik und für politische und soziale Gleichberechtigung von Ausländern; Kritik an der Großdeutschland-Politik. Wir dokumentieren untenstehend Auschnitte daraus.



1988: Mit Standortdrohungen will SKF von den Arbeitern Samstagsarbeit und drastische Lohnkürzung erzwingen. Die Zumutungen werden im Streik (Bild: IG Metall Aktion bei SKF in Stuttgart Bad Cannstatt) abgewehrt. 1989: Die Stadt kauft vom SKF-Konzern Baugelände zurück und verschreibt es zum halben Preis an Mannesmann als Grundstück für ein neues Werk. Der Mannesmann-Konzern fordert vom Fichtel & Sachs-Betriebsrat Streichung von betrieblichem Jubiläumurlaub und Betriebsrentensenkung. Den Drohungen wurde bisher nicht nachgegeben. 1990: SKF will den Konzern weiter in kleinere selbständige Unternehmen aufspalten. Für SKF Handel wird die Standortfrage gestellt. Die Stadt Schweinfurt bietet an, den Standortwünschen des Konzerns durch das Angebot eines besonders günstigen Baugrundstücks nachzukommen.

Steigerung der Attraktivität des *Wirtschaftsstandorts Schweinfurt* angesichts der Herausforderung des europäischen Binnenmarkts, der Attraktivität der Einkaufsstadt Schweinfurt, der Attraktivität des Wohnorts Schweinfurt für Leute mit höherem Einkommen, das sind die Ziele des „Schweinfurt Marketing“. Sicher ist in Schweinfurt auch vor Marketing-Zeiten keine wesentliche Entscheidung gefallen, die den Konzernen nicht ins Konzept paßte, dennoch: „Schweinfurt-Marketing“ hebt die kommunale Förderung privater Wirtschaftstätigkeit auf eine neue Stufe. Vor allem: Das Konzept kommunales Marketing stammt aus der reaktionären angebotsorientierten Wirtschaftspolitik, für reformistische Berücksichtigung von Arbeiter- und Gewerkschaftsinteressen läßt es keinen Raum.

Vorrang der lokal ansässigen Wirtschaft — den Konzernen!

Zu diesem erwartungsgemäßen Ergebnis gelangt „Schweinfurt Marketing“.

Die entsprechenden Projekte wie „Förderung unvermeidbarer Betriebsverlagerungen durch kommunale Hilfen“ wurden von der Stadtverwaltung dann rasch und mit Erfolg angegangen. Beispiele: Rückkauf ungenutzten Geländes von FAG Kugelfischer im Hafengebiet und Verkauf der Georg-Schäfer-Straße an FAG (später Schließung der Straße für den öffentlichen Verkehr).

Rückkauf ungenutzten Geländes von SKF (Preis 90 DM/qm) im Hafengebiet und Verkauf an Star/Mannesmann (Preis ca. 45 DM/qm?). (Macht bei einem Areal von 160000 qm einen Preisnachlass für Mannesmann allein von 7,2 Mio. DM beim Bau des neuen Star-Werks im Hafen!)

Aufgaben der kommunalen Marketingstelle

Das Handbuch „Schweinfurt-Marketing“ beschreibt die Aufgaben der Stelle so: „Neben kommunalen Informations-, Beratungs- und Koordinationshilfen zur Unterstützung von

Auszüge aus dem Wahlprogramm der Liste

Unternehmensentscheidungen bieten Wirtschaftsförderungsdienststellen materielle Unterstützung an:

— Beschaffung und Verkauf von gewerblichen Bauflächen unter *Gestehungskosten*, Vergabe langfristiger Nutzungsrechte mit *unterdurchschnittlichen* Pachtzinsen sowie *subventionierter* Grundstückstausch als Mittel der kommunalen Boden(vorrats)politik
— *Stundung* von Investitionsbeiträgen zur Herstellung öffentlicher Infrastruktureinrichtungen bzw. *Stundung* von Vorauszahlungen auf Investitionsbeiträge ...
— Bildung von Wirtschaftsförderungs-, Träger- und Betriebsgesellschaften für wirtschaftsbezogene Infrastruktureinrichtungen zur Erzielung von *Steuerbefreiungen und -erleichterungen*, ... *Gewährung von kommunalen Krediten, Darlehen und Zinszuschüssen*.

„Schweinfurt Marketing“ als großes, offenes Ohr für diskrete Service- und Finanzierungswünsche der Industrie!

Wird die Stadt Schweinfurt Dienstleistungsunternehmen?

„Die für die künftige Entwicklung der Stadt Schweinfurt verantwortlichen Kommunalpolitiker müssen davon überzeugt sein, daß aktive Wirtschaftspolitik heute als mindestens gleichgewichtiger Bestandteil zu den klassischen kommunalen Aufgaben (Kultur-, Sozial-, Ordnungs-, Bau- oder Finanzpolitik hinzuzutreten hat.“

„Wirtschaftsförderung“ „tritt“ „mindestens gleichberechtigt“ „hinzu“! Und was soll angesichts anhaltender Finanzprobleme der Stadt dafür „hinweggetreten“ werden? Denn darüber ist man sich im klaren:

„Abgesehen von wenigen Ausnahmen kostet Wirtschaftsförderung ... zunächst Geld ... Die Voraussetzungen organisatorischer, institutioneller und personeller Art ... zur kommunalen

Wirtschaftsförderung müssen unverzüglich geschaffen werden. Dabei ist von „halbherzigen Lösungen“ abzurufen ...“

Deutlicher an anderer Stelle: „... ergibt sich für die Wirtschaftsförderung der Stadt Schweinfurt ...“

— Dabei müssen unkonventionelle Wege beschritten werden. Diese kosten Geld, was gegenwärtig nur beschränkt zur Verfügung steht. Angesichts der Dringlichkeit der zu lösenden Aufgaben müssen Akzente gesetzt werden, notfalls auch auf Kosten anderer Bereiche.“ Die These 6 der Problem- und Potentialanalyse Bereich Umfeld und Umwelt lautet denn auch: „Im Vergleich zu weniger entwickelten Bereichen (z.B. Erschließung von Gewerbegebieten ...) sollte geprüft werden, ob das bisher vorgesehene Investitionsprogramm im Bereich der Bildungs-, Kultur-, Sportbauten nachhaltig die Gesamtentwicklung der Stadt voranbringt (vor dem Hintergrund begrenzter Haushaltsmittel).“

Streichungen, z.B. in den Bereichen Bildung, Kultur und Sport, werden eine der Folgen des „Schweinfurt Marketing“ sein. Das Bergl-Bad als *öffentliche Einrichtung der Stadt* ist bereits ins Wasser gefallen. Im Marketing-Handbuch hieß es dazu noch verschämt vieldelutig: „Der Neubau eines kombinierten Freizeit- und Sportbades (als Hallenbad) verbessert den Ausstattungsstandard im Stadtgebiet Schweinfurt. Dies bedeutet bei relativ hohen Kosten (Investitionskosten und Folgekosten) eine (a) große Wirkung für die Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung und (b) eine relativ geringe Steigerung der Attraktivität für die Wirtschaft. Dieser Zusammenhang ist von Bedeutung bei der Festlegung des Investitionskosten- und Betriebskostenvolumens.“ Fällt das Bergl-Bad also der „relativ geringen“ Attraktivitätssteigerung für die Wirtschaft zum Opfer? Die Wirtschaftsförderer haben auch dafür eine Lösung parat:

„Vielfalt als Ziel der Stadtpolitik verlangt mehr Phantasie und Kreativität, aber auch Toleranz gegenüber alternativen Vorgehensweisen, Handlungskonzepten oder Entwicklungsstrategien ... Denkbar wäre beispielsweise eine Welle der Gründung gemischtwirtschaftlicher Träger für inhaltlich neue Maßnahmen oder Projektansätze. Neu zu definierende Mischformen von privatwirtschaftlichen und öffentlich-rechtlichen „Unternehmen“ können taktische Vehikel sein, um Innovationen in folgenden Strategiebereichen zum Durchbruch zu verhelfen ...“

„Gemischtwirtschaftlicher Träger“, das war bereits die Lösung beim GKS! Stefan Funk (JU) war es nun vorbehalten, den Vordenker in Sachen Bergl-Bad als Erlebnisbad in privater Regie — mit funkenden Eintrittspreisen — abzugeben. Die Schweinfurter SPD freundet sich mit diesem Gedankengang mittlerweile an.

„Gemischtwirtschaftlicher Träger“, besser bekannt auch unter der Bezeichnung „Privatisie-

rung“, das ist die andere Seite des „Schweinfurt Marketing“. Der organisierte Rückzug aus den gesellschaftlichen Aufgaben der Kommune, der Daseinsvorsorge für die Bevölkerung wird angetreten — als ein Projekt von dieser Tragweite sollte man das „Schweinfurt Marketing“ betrachten.

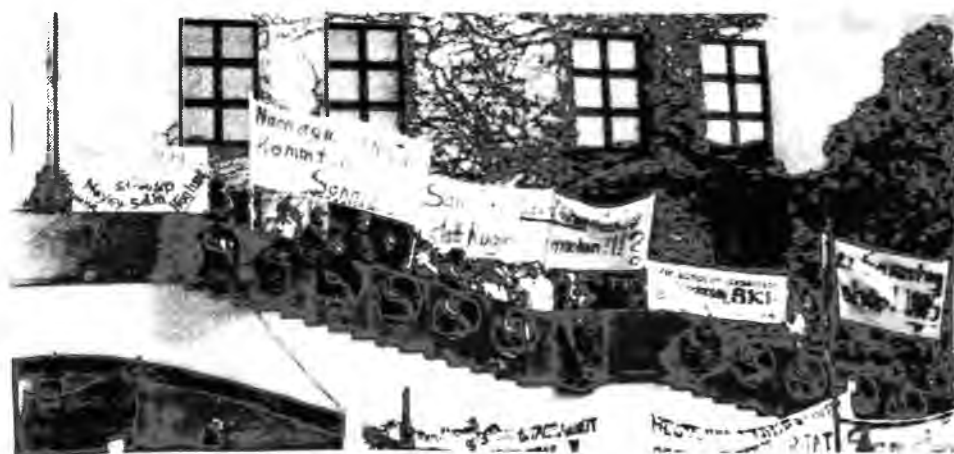
Auf Vorschlag der WiBera-Leute wurde die Stadtverwaltung Schweinfurt jetzt umgetauft in „Dienstleistungsunternehmen Stadt Schweinfurt“. Ein Unternehmen hat bekanntlich Profit zu machen. Und ließen sich manche der bisher von der Stadt wahrgenommenen Aufgaben der Daseinsvorsorge nicht in privater Trägerschaft profitabel verwirklichen — als hervorragendes Beispiel kommunaler Wirtschaftsförderung? Aus Daseinsvorsorge wird dann Dienstleistung, die sich leistet, wer eben kann!

Wozu noch Stadträte?

Das Marketing-Handbuch mit seinen 130 Projekten, die fortgeschrieben werden sollen, gleicht nach OB-Worten einem großen Kochbuch — reichsübergreifende (Grundstücks-, Wohnungs-, Kulturpolitik ...), vielfältige Rezepte. Stadträte u.a. können welche rausgreifen, probieren, verfeinern, abschmecken. Der große Rahmen der Schweinfurter Politik aber ist vorgegeben.

Im Hintergrund zieht der Marketing-Lenkungsausschuß bzw. Marketing-Beirat, in dem die Konzern-Vertreter (Unternehmer, Manager i.R.) sitzen, die Fäden. Die Zeitschrift „Absatzwirtschaft“ 8/89 weiß in ihrem Report „Kommt Marketing ins Rathaus?“ über Richard Humer (pensionierter SKF-Direktor und Vorsitzender des Schweinfurter-Marketing-Beirats) zu berichten: „Die Sitzungen des Marketing-Beirats hat er fest im Griff. Er schafft es, daß auch die Politiker nicht länger als zwei Minuten reden. Im Stadtrat ist das noch keinem gelungen.“ Humer wiederum meint: „Wir hoffen alle, daß der Stadtrat sich nicht um Ergebnisse herumdrückt, sondern zügig zur Umsetzung schreitet.“ Die dahintersteckende Idealvorstellung wird in diesem Report dann so skizziert: „Doch werden sich die Politiker dieser Herausforderung (Marketing) wohl oder übel stellen müssen, wenn sie in Zukunft überhaupt noch bei der Gestaltung der Kommunen mitreden wollen. Den Beweis, daß es auch ohne Volksvertreter geht — und vielleicht sogar besser — zeigt ein Experiment, das in England schon seit über 20 Jahren läuft: gemeint ist Milton Keynes, eine englische Stadt mit 140000 Einwohnern, 1967 „entstanden aus der Retorte“. „Die Besonderheit: Stadträte und -beamte haben nichts zu melden. Alle Belange bestimmt die Milton Keynes Development Corporation. Und die handelt strikt nach Management-Kriterien.“

Die Schweinfurt-Vision des dritte Jahrtausends: Eine Marketing-GmbH der Konzerne Kugelfischer, Mannesmann. SKF fällt die kommunalen Entscheidungen nach Marketing-Prinzipien. Die Stadtverwaltung wird geführt als gemeinsame übergreifende Konzernabteilung?



Streik bei SKF Schweinfurt 1988 gegen Samstagsarbeit und Lohnkürzungen.

Unwürdige Zustände

JVA Dortmund: Selbstmord eines Gefangenen?

Dortmund. Am 11.12.1989 legte der Leiter der JVA Dortmund (Lübecker Hof), Reiner Heideborn, der Öffentlichkeit die Jahresbilanz dieser Anstalt vor. Die Platz für 416 Gefangene vor- sieht und im Schnitt mit 390 bis 400 Gefangenen (größtenteils Türken, Italiener und Jugoslawen) belegt ist. davon knapp die Hälfte in U-Haft. Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz sei mit 50 Einsitzenden das häufigste Delikt, rund 130 Häftlinge seien rauschgiftabhängig. 1989 hätten acht Personen einen Selbstmordversuch unternommen, zwei mit Erfolg. Als er seinen Bericht vortrug, lag in den Städtischen Kliniken in Dortmund der Häftling Necmettin Candemir, der am 5.12. nach erlittenem Hirntod aus der JVA dorthin transportiert worden war, im Koma. Am 13.12. wurde den Eltern der Tod durch Selbstmord mitgeteilt. N.C. war, ehe er etwa zwei Jahre zuvor in U-Haft, dann in Regelhaft kam. NRW-Landesmeister in Karate. Er habe, so seine Bekannten, einen gewissen Stolz als Türke gehabt und Beleidigungen wegen seiner Herkunft nicht ertragen. In einem Lokal kam es zu einer Auseinandersetzung mit sechs Stammgästen, die danach z.T. im Krankenhaus lagen. Eine Polizeistreife wurde trotz gezogener Waffe mit ihm nicht fertig, erst eine Mannschaftswagenbesatzung überwältigte ihn. Zum Prozeß bekam er einen Pflichtanwalt, der die Version seines Mandanten nicht zur Kenntnis nahm und gegenüber Klagen über den Lübecker Hof untätig blieb, aber außer dem Geld für seine Pflichtbetrauung 4000 DM von dessen Vater kassierte. N.C. lernte zahlreiche Haftanstalten von NRW kennen. Die Unterbringung im Lübecker Hof kam für ihn einer Sonderstrafe gleich. Er war dort einmal, weil er nicht „spürte“, von sechs Wärtern krankenhaushausreif geschlagen worden. Seine Erfahrungen ließen bei ihm den Wunsch aufkommen, lieber in jedes andere Gefängnis zu kommen als dorthin. Bei seinem ersten Einsitzen dort war ihm aufgefallen, daß sein Essen nicht aus dem gemeinsamen Topf kam. Zunächst verweigerte er das Essen, aber der Hunger war stärker. Seine Persönlichkeit erfuhr derart massive Veränderungen, daß er in Eickelborn in geschlossene Verwahrung als psychisch Kranker kam. Doch ließen die Befunde bald nach, und er wurde wieder in den sogenannten normalen Vollzug überstellt. Seine Erfahrung veranlaßte ihn, alles daranzusetzen, um in eine andere Haftanstalt zu kommen. Im Juli 1989 wurde er bei Aussetzung seiner Reststrafe zur Bewährung freigelassen. Wenige Tage danach saß er erneut in Haft. Er hatte eine Frau geschlagen: die Mutter seiner deutschen Freundin. Vorausgegangen war eine lautstarke Auseinandersetzung, bei der die Frau schreiend aus der Wohnung lief und er ihr in Panik nachrannte, um sie zum Schweigen zu bringen, aus Angst, seiner Bewährungsvorteile verlustig zu gehen. Laut Polizeiprotokoll habe er versucht, sie zu vergewaltigen. Das hatte die Frau auch unterschrieben, jedoch zuvor nicht gesagt. Sie rückte davon später auch ab. Er bat zwar darum, nicht wieder nach Dortmund zu kommen, da er dieses Gefängnis allenfalls als Leichnam wieder verlassen würde. wurde aber dorthin verlegt. Bei Besuchen stellten seine Verwandten eine erhebliche Störung seiner Persönlichkeit fest. Er selbst flehte sie an, alles zu tun, damit er von dort wegkäme, man mische ihm Psychopharmaka ins Essen. Sein Vater sprach bei der türkischen Botschaft in Bonn und beim türkischen Konsulat in Essen vor, war auch bei den Grünen und bei der SPD in Witten, wo die Familie wohnt. Eine besonders krasse Abfuhr erlebte er beim türkischen Konsulat: Eine Handhabe, um bei den deutschen Stellen vorstellig zu werden, gebe es nicht. Am 5.12. fand man ihn erhängt in seiner Zelle, sein Tod wurde aber erst acht Tage später amtlich festgestellt, denn bis dahin hatte man ihn trotz Hirntod künstlich „am Leben“ gehalten. Über das Erhängungswerkzeug gab es unterschiedliche Versionen der Gefängnisbeamten: Er habe regelmäßig mit Briefen kleine Stücke eines Seils bekommen und diese zu einem ganzen Seil zusammengeknüpft, war die abenteuerlichste Aussage. Eine andere lautete auf seinen Hosengurt, wieder eine auf ein Bettlaken. Die Obduktion ergab Verbandsmaterial, das zu einem Strick gedreht worden war. Die Stelle der Würgemale sprach nicht für Selbsterhängung. Warum auch hätte sich jemand noch erhängen sollen, der wenige Tage später sowieso auf freien Fuß gesetzt worden wäre, was die Anstaltsleitung der Staatsanwaltschaft gegenüber zunächst erklärte. Nach ihrer Version war N.C. nicht als Häftling, sondern als „freier Mann“ verstorben. Die Frau, die er geschlagen hatte, hatte inzwischen ihre Vorwürfe widerrufen. Eine Handhabe, ihn weiterhin festzuhalten, habe nicht bestanden. Später hieß es, N.C. hätte mindestens noch bis Ende 1990 sitzen müssen, da eine Gerichtsverhandlung wegen Vergewaltigung noch ausstand. Das war pressewirksam. Fragen der Dortmunder Gefangeneninitiative: Wurde N.C. mit Medikamenten behandelt? Wenn ja, mit was für welchen? Wer verordnete sie und warum? Wer verabreichte sie? Wie stand es mit der ärztlichen Aufsicht? Wie wirkten die Medikamente? — (kd)

ter seiner deutschen Freundin. Vorausgegangen war eine lautstarke Auseinandersetzung, bei der die Frau schreiend aus der Wohnung lief und er ihr in Panik nachrannte, um sie zum Schweigen zu bringen, aus Angst, seiner Bewährungsvorteile verlustig zu gehen. Laut Polizeiprotokoll habe er versucht, sie zu vergewaltigen. Das hatte die Frau auch unterschrieben, jedoch zuvor nicht gesagt. Sie rückte davon später auch ab. Er bat zwar darum, nicht wieder nach Dortmund zu kommen, da er dieses Gefängnis allenfalls als Leichnam wieder verlassen würde. wurde aber dorthin verlegt. Bei Besuchen stellten seine Verwandten eine erhebliche Störung seiner Persönlichkeit fest. Er selbst flehte sie an, alles zu tun, damit er von dort wegkäme, man mische ihm Psychopharmaka ins Essen. Sein Vater sprach bei der türkischen Botschaft in Bonn und beim türkischen Konsulat in Essen vor, war auch bei den Grünen und bei der SPD in Witten, wo die Familie wohnt. Eine besonders krasse Abfuhr erlebte er beim türkischen Konsulat: Eine Handhabe, um bei den deutschen Stellen vorstellig zu werden, gebe es nicht. Am 5.12. fand man ihn erhängt in seiner Zelle, sein Tod wurde aber erst acht Tage später amtlich festgestellt, denn bis dahin hatte man ihn trotz Hirntod künstlich „am Leben“ gehalten. Über das Erhängungswerkzeug gab es unterschiedliche Versionen der Gefängnisbeamten: Er habe regelmäßig mit Briefen kleine Stücke eines Seils bekommen und diese zu einem ganzen Seil zusammengeknüpft, war die abenteuerlichste Aussage. Eine andere lautete auf seinen Hosengurt, wieder eine auf ein Bettlaken. Die Obduktion ergab Verbandsmaterial, das zu einem Strick gedreht worden war. Die Stelle der Würgemale sprach nicht für Selbsterhängung. Warum auch hätte sich jemand noch erhängen sollen, der wenige Tage später sowieso auf freien Fuß gesetzt worden wäre, was die Anstaltsleitung der Staatsanwaltschaft gegenüber zunächst erklärte. Nach ihrer Version war N.C. nicht als Häftling, sondern als „freier Mann“ verstorben. Die Frau, die er geschlagen hatte, hatte inzwischen ihre Vorwürfe widerrufen. Eine Handhabe, ihn weiterhin festzuhalten, habe nicht bestanden. Später hieß es, N.C. hätte mindestens noch bis Ende 1990 sitzen müssen, da eine Gerichtsverhandlung wegen Vergewaltigung noch ausstand. Das war pressewirksam. Fragen der Dortmunder Gefangeneninitiative: Wurde N.C. mit Medikamenten behandelt? Wenn ja, mit was für welchen? Wer verordnete sie und warum? Wer verabreichte sie? Wie stand es mit der ärztlichen Aufsicht? Wie wirkten die Medikamente? — (kd)

Ergebnisse der Konferenz „Argumente gegen Rechts“

Westberlin. Ein Kongreß zu verschiedenen Themenschwerpunkten fand in Westberlin statt. Vorbereitet wurde er u.a. von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, VVN/BdA und Volksfront. Nach einem Vortrag eines Vertreters von „Searchlight“ (englische Antifa-Zeitung) zum Thema Faschismus in Europa und seine Auswirkungen auf Regierungspolitik fanden fünf Arbeitsgruppen statt: Rechtsextremismus in der DDR; wie wirkt sich Faschismus auf die sogenannte Dritte Welt aus; Ausländerwahlrecht; Ökologie und Faschismus; Schüler AG. Die etwa hundert Teilnehmer des Kongresses, darunter auch DDR-Bürger, hatten besonders starkes Interesse am Thema DDR. Der Vorschlag der Volksfront, Kongresse dieser Art in Westberlin regelmäßig durchzuführen, wurde befürwortet. — (cae)

Repression gegen Angehörige der politischen Gefangenen

Karlsruhe. Christa Klar, der Mutter von Christian Klar (seit November 1989 von Stammheim nach Bruchsal verlegt), wurden zwei Stunden Sonderbesuch in der Vollzugsanstalt Bruchsal nicht mehr genehmigt mit der Begründung, sie sei in der Angehörigengruppe tätig. Mit derselben Begründung wird auch die LKA-Überwachung bei ihr gerechtfertigt, während bei den Besuchen der Mütter von Günter Sonnenberg und Carlos Grosser in Bruchsal kein LKA anwesend ist. Vreni Lauterbach, Mutter von Heidi Schulz, hat als erste von neun Angehörigen wegen der Besetzung des Stuttgarter Justizministeriums am 13.1. 1989 einen Strafbefehl in Höhe von 1200 DM (30 Tagessätze zu 40 DM) erhalten. Die Angehörigen hatten das Justizministerium besetzt, nachdem Günter Sonnenberg einen epileptischen Anfall hatte, und forderten seine sofortige Freilassung. Quelle: Kommunale Berichte Karlsruhe — (map)

Weiterbeschäftigungsantrag der Lehrerin K. Neuber abgelehnt

Stuttgart. Obwohl das Arbeitsgericht die Entlassung der Leonberger Lehrerin Karin Neuber wegen Verschweigens der DKP-Mitgliedschaft im Oktober 1989 aufgehoben hatte, verweigern ihr die Schulbehörden seither die Berufsausübung. Daraufhin beantragte die Lehrerin beim Arbeitsgericht eine einstweilige Verfügung auf Weiterbeschäftigung, weil sie von ein paar Nachhilfestunden ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten könne. Diesen Verfügungsgrund erkannte das Gericht in der Verhandlung am 18.1.1990 nicht an. Es sei dem Land nicht zuzumuten, jemanden weiterzubeschäftigen, der sich mittels arglistiger Täuschung in den Staatsdienst eingeschlichen habe, um Unruhe zu stiften. — (zem)

Demonstration in München: Nie wieder deutsches Reich!

München. Unter dieser Parole rief der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD zu einer Demonstration am 27.1. in München gegen das Großmachtstreben der Bundesregierung auf. 2000 Teilnehmer folgten dem Aufruf mit weiteren Forderungen: Streichung der Wiedervereinigungspräambel des Grundgesetzes! Auflösung und Verbot aller faschistischen Organisationen! Ohne den Führungsanspruch des Arbeiterbundes hätten es mehr Teilnehmer sein können. Auf der Abschlussskundgebung zeigten die Redner auf, daß eine Wiedervereinigung nicht im Interesse der arbeitenden Bevölkerung sein kann. Ein Kollege von Siemens, IGM-Vertrauensleutekörper, wies auf die verschärften Ausbeutungsbedingungen hin, jede ausgepreßte Mark werde gegen uns verwandt. Oskar Neumann von der VVN hob die Bedeutung der DDR als Puffer gegen die Aggression der BRD auf die polnische Westgrenze hervor. Christian Stupka, Vertreter der IG Medien, untersuchte die Rückwirkungen des Wiedervereinigungsstaumels auf die Gewerkschaften. Es fehle nicht an Vorschlägen zu Lohnverzicht und Gratisarbeit zur Kapitalbeschaffung für die DDR. Fortan würden DDRler für die Gewinne westdeutscher Unternehmen arbeiten. Gleichzeitig würde die DDR mit dem Einzug westdeutschen Kapitals behandelt werden wie andere Schuldnerländer auch, dafür sei Polen ein gutes Beispiel. Er forderte die Anerkennung bestehender Grenzen und Staaten. Ein Vertreter eines Leipziger Betriebes enthüllte das Verlangen in der DDR nach Wiedervereinigung als Propaganda. Rd. 30 % der Kollegen stünden nach wie vor hinter der SED/PDS. — (ecg)

NPD feiert Reichsgründung — Kundgebung von Antifaschisten

Villingen. Am 18. Januar marschierte die NPD für die Wiedervereinigung und feierte anschließend den Jahrestag der Bismarckschen Reichsgründung von 1871. Gegen diese Provokation rief der Antifaschistische Arbeitskreis zu einer Kundgebung auf. In einem Flugblatt an die Anhänger der Wiedervereinigungspolitik wandte sich der Arbeitskreis gegen den Wahn, in der Größe der Nation Genugtuung für Opfer und Verzicht zu suchen. An der Kundgebung beteiligten sich ca. 200 Leute. Anschließend folgten die meisten Kundgebungsteilnehmer dem Zug der ca. 50 NPD-Anhänger zu deren Veranstaltungsort. Im Saal entwarfen die Parteivorsitzenden der NPD ihre Vorstellung eines Deutschlands von der Maas bis an die Memel, dem jedes individuelle und kollektive Interesse unterzuordnen sei. — (thk)

Kundgebung für Freilassung von Günter Sonnenberg

Stuttgart. Etwa 80 Leute beteiligten sich an einer Kundgebung vor dem Justizministerium am 15.1. In mehreren Beiträgen wurde u.a. über die verschärfte Repression in den Gefängnissen nach der Aktion gegen Herrhausen, die Kurdenprozesse und die anstehenden Prozesse wegen der Aktion an der Frankfurter Börse berichtet sowie eine Grußadresse an die spanischen Gefangenen im Hungerstreik verlesen. Die Kundgebung war von der Bunten Hilfe organisiert und wurde von etlichen Organisationen und Gruppen unterstützt, darunter ALL, BI Neckarstraße, BWK, Hungerstreikplenum, Infobüro, Kurdistan-Komitee, Palästina-Komitee. Quelle: Kommunale Berichte Stuttgart — (ecg)



Kiel. Am 27. Januar demonstrierten in Kiel 300 Leute aus Anlaß des Jahrestages der faschistischen Machtergreifung. Zu der Demonstration hatten das Antifaschistische Forum Kiel, das Linke Uni-Plenum und der DGB-Kreisjugendausschuß aufgerufen. Die Demonstration richtete sich vor allem gegen die Bestrebungen der westdeutschen Reaktion, die DDR der BRD anzuschließen. — (clm)

Antifaschistische Konferenz Niedersachsen

Koordination soll verbessert werden / Aktionswoche vor den Landtagswahlen

Hannover. 130 Menschen aus 28 Gemeinden und Städten Niedersachsens beteiligten sich am 20./21.1. an der ersten Antifaschistischen Konferenz Niedersachsen. Aufgerufen hatten 32 Gruppen, u.a. lokale antifaschistische Arbeits-

kreise, Naturfreundejugend, JungdemokratInnen, Jungsozialisten, Grüne, DKP, BWK, VVN/BdA, Volksfront. Das einleitende Referat auf der Konferenz definierte Faschismus als eine Folgeerscheinung des Kapitalismus.

In insgesamt neun Arbeitsgruppen wurden an beiden Tagen zu den Themen Nationalismus/Revanchismus, Gewerkschaftsfeindlichkeit/Abbau demokratischer Rechte, Ausländerpolitik/Rassismus, Frauenpolitik/faschistische Mütterideologie, faschistische Jugendpolitik, Ökologiekonzepte und Staatsvorstellungen sowie zu den Themen Verbieten — Zerschlagen — Dulden? und verbesserte antifaschistische Koordination gearbeitet. Die Arbeitsgruppen stellten im Plenum ihre Diskussionsergebnisse vor, aus denen aus hervorging, daß zahlreiche aufgeworfene Fragen strittig sind und weiterer Beratung und Klärung bedürfen. Erfreulich, daß sich gewerkschaftliche Untergliederungen und Kräfte des autonomen Antifaschismus beteiligten.

Deutlich wurde, daß das lokale Zusammenwirken antifaschistischer Kräfte, insbesondere in den großen Städten Niedersachsens, schlecht entwickelt ist. Die Konferenz appellierte, verstärkt lokale und regionale Zusammenhänge antifaschistischer Kräfte aufzubauen. Nachfolgend dokumentieren wir Aus-

züge aus der Abschlusserklärung. — (gec)

Gemeinsam gegen Neofaschismus, Rassismus und Sexismus!

„Um die Erfolge faschistischer, rassistischer, sexistischer und nationalistischer Politik und die Erfolge der faschistischen Organisationen zum Stoppen zu bringen, wenden wir uns gegen jede gesellschaftliche Aus- und Abgrenzung und rufen alle demokratischen, antifaschistischen Kräfte in Niedersachsen nicht nur anläßlich der Landtagswahlen am 13. Mai 1990 auf, Maßnahmen zur gesellschaftlichen Achtung neofaschistischer Politik zu ergreifen.“

1. Organisationen wie DVU, Rep, NPD, FAP dürfen von den Kreis- und dem Landeswahlausschuß gemäß Artikel 139 Grundgesetz nicht zu den Wahlen zugelassen werden ... — die Parteien sind auf Landes- und kommunaler Ebene aufgefordert, gegen eine Zusammenarbeit mit diesen Organisationen öffentlich aufzutreten ...

2. Für einen wirksamen und konsequenten Antifaschismus fordern wir die bewußte Auseinandersetzung mit Ras-

sismus und Sexismus in allen Lebensbereichen, um der Zuspitzung, die diese Problematik im Neofaschismus lediglich erfährt, die Grundlage zu entziehen ... — gleiche Rechte für alle in der BRD lebenden Menschen, die Beseitigung aller diskriminierenden Gesetze u. Verordnungen, das uneingeschränkte AusländerInnenwahlrecht ...

3. Für die unmißverständliche Anerkennung der europäischen Nachkriegsgrenzen durch die BRD. Völkerrechtliche Anerkennung der DDR. Für soziale, wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit, gegen jede Einmischung von außen.

4. Für eine deutliche Arbeitszeitverkürzung, die Absicherung sozialer Mindeststandards (z.B. Löhne, Renten, Sozialhilfe), ein bedarfsdeckendes Wohnungsbauprogramm bei billigen Mieten ... Wir rufen auf: — den Antirassismus-Tag der UNO am 21.3. für Veranstaltungen und Aktionen zu nutzen, — vom 1.-8.5.1990 eine antifaschistische Aktionswoche ... durchzuführen. Wir fordern die Bevölkerung Niedersachsens auf: — alle Aktivitäten für AusländerInnenwahlrecht zu unterstützen ...

Richter als Gehilfe der Rep

Rep-Mitglied diffamiert VVN als „terroristische Vereinigung“

Stuttgart. Am 18.1.1990 sollte vor der 8. Zivilkammer des Stuttgarter Landgerichts die Unterlassungsklage der VVN/BdA Baden-Württemberg gegen das Sindelfinger Rep-Mitglied Horst Proschka verhandelt werden, um diesem zu verbieten, die VVN/BdA künftig als „terroristische Vereinigung“ zu bezeichnen. Der Klage liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

Proschka hat am 12.10.1989 während einer Elternbeiratsitzung im Goldberggymnasium in Sindelfingen die dortigen Schülerzeitungsredakteure als RAF-Sympathisanten und Rauschgiftsüchtige bezeichnet und in diesem Zusammenhang die VVN/BdA vor den versammelten Elternbeiräten der Klassen und der Schulleitung so diffamiert. Dies ist durch die eidesstattlichen Erklärungen von Anwesenden bezeugt. Der Repler weigerte sich, trotz zweimaliger anwaltschaftlicher Aufforderung im November 1989, die Diffamierung zu widerrufen und eine Unterlassungserklärung zu unterschreiben. Vielmehr setzte er den Stuttgarter Rep-Gemeinderat und Rechtsanwalt Dietmar Donnerstag in Marsch, der die beklagten Äußerungen seines Mandanten bestreitet und das Landgericht in einem Schreiben zum Angriff auf die VVN/BdA drängt:

An der Schule werde von der VVN/

BdA einseitig-beleidigende politische Agitation vor allem durch Verteilen von Flugblättern betrieben, in denen die Rep unverblümt als Nachfolger und Gesinnungsgenossen der Nationalsozialisten und als Braune bezeichnet würden. Darüber hinaus sei die VVN/BdA laut Verfassungsschutzberichten eine unter kommunistischer Vorherrschaft stehende verfassungsfeindliche Organisation, die in finanzieller und organisatorischer Auflösung begriffen sei. Proschka wolle als besorgter Vater seiner Kinder diese vor politischer Infiltration und Agitation bewahren und den guten Ruf der Schule schützen. Schließlich habe sein Mandant auf der Elternbeiratsitzung die Frage gestellt, inwieweit links-extreme Gruppen mittels Drogen, Geschenken und Versprechungen Schüler beeinflussen.

Anstatt nun in die Beweisaufnahme über den Klagegegenstand einzutreten, hat der zuständige Richter am Landgericht, Dr. Sannwald, den Termin zur mündlichen Verhandlung mit Beschluß vom 18.12.1989 auf unbestimmte Zeit ausgesetzt; desweiteren das Staatschutzamt angeschrieben und um Auskünfte über VVN/BdA und Rep ersucht und die VVN/BdA aufgefordert mitzuteilen, ob und wann sie sich aus dem Vereinsregister löschen lasse. — (zem)

Gewerbsteuer erhöht

SPD geschlossen dafür/FDP verbreitet Dreistigkeiten

Augsburg. OB Breuer, SPD, hat sich zum Abschluß seiner Amtszeit dafür eingesetzt, die Gewerbesteuer etwas anzuheben: von 420 auf 440 Punkte. Das ist bemerkenswert, hatte er doch bisher oft sein Gewicht dafür in die Schale geworfen, der Geschäftswelt eine Erhöhung zu ersparen. Vor den Kommunalwahlen am 18. März gibt sich damit die SPD ein Profil, das sie für die Lohnabhängigen etwas deutlicher von der CSU abgrenzt.

Bei Gelegenheit der Auseinandersetzung um die Gewerbesteueranhebung wurden Zahlen über die Zusammensetzung des Steueraufkommens veröffentlicht, die sonst kaum bekannt werden. Wir halten fest:

9400 Betriebe sind steuerpflichtig, davon fallen
4778 unter die Freibetragsregelung, bleiben also
4622 Steuerzahler. Davon zahlen
3436 unter 10.000 DM,
1010 10.000 bis 100.000 DM,
154 100.000 bis 1.000.000 DM,
22 über 1.000.000 DM.

Insgesamt geht die Stadt laut Jahresbericht 1989 von 174 Mio. DM Gewerbesteueraufkommen 1989 aus. Diese 174 Millionen Mark könnten sich etwa wie folgt verteilen:

33 Mio. von den 22 ganz großen,
77 Mio. von den 154 großen,
51 Mio. von den 1.010 mittleren,
13 Mio. von 3.436 Kleinbetrieben.

Für die FDP hat ihr OB-Kandidat erklärt, die Stadt ruiniere damit das Kleingewerbe: „Künftig schöpft die Stadt vom Inhaber eines Tante-Emma-Ladens mit einem Monatsbrutto von 4000 Mark sage und schreibe 440 Mark Gewerbesteuer ab. Und das noch ohne jede Gegenleistung.“ („Stadtzeitung“, 28.12.1989) Wie jeder weiß, wurden die Tante-Emma-Läden von den Supermarktketten längst ruiniert. Ferner fallen die Kleinbetriebe mit niedrigem Ertrag und Kapital unter die Freibeträge und zahlen keine Gewerbesteuer. Und 440 Mark Steuer auf 4000 DM brutto sind so wenig, daß Lohnsteuerzahler dabei glänzende Augen kriegen.

Noch dreister ist seine Behauptung, die Besteuerung erfolge „ohne jede Gegenleistung“. Wenn das so wäre, würden sich die Betriebe in der Wildnis ansiedeln. Sie brauchen aber die Verkehrsverbindungen, Energielieferungen und Abfallentsorgung der Großstadt. Sie brauchen gut ausgebildetes Personal, das lebenswerte Bedingungen vorfinden muß. All dies ist nur möglich durch umfangreiche Dienstleistungen der Stadt, die in erster Linie den Betrieben zugute kommen. — (ael)

IG Medien München gegen Großdeutschland

München. Der Ortsverein München der IG Medien faßte auf seiner Mitgliederversammlung am 23.1.90 einen äußerst fortschrittlichen Beschluß zur Wiedervereinigung. Es wird ausführlich begründet, warum es „keinen Anlaß für die Beschäftigten der Bundesrepublik, Einverleibungsbestrebungen irgend einer Art zu unterstützen“, gibt. Der Beschluß wurde nahezu einstimmig verabschiedet. Dies zeigt, daß durchaus breiter Widerstand gegen die Einverleibungspläne der BRD vorhanden ist. Die IG Medien rief auch zur Demonstration am 27.1.1990 in München unter der Losung „Nie wieder Deutsches Reich“ auf, der Beschluß der IG Medien München wurde dort als Redebeitrag vorgelesen. Widerstand aus den Gewerkschaften könnte die Wiedervereinigung durchaus verhindern. — (chl)

IG Bau: 13. Monatsgehalt 8,7 Prozent mehr Lohn

Kiel. Nach dem letzten zweijährigen Lohntarifvertrag — 1.4.1988: 3,6%, 1.4.1989: 3,3% und einer Verkürzung der Arbeitszeit auf 39 Stunden (freitags sieben Stunden) ab 1.1.1990 mit 2,6% Lohnausgleich — hat die Tarifkommission am 25.1. für das Bauhauptgewerbe zum 1.4.1990 eine Lohnerhöhung von 8,7% mit einjähriger Laufzeit gefordert. Des weiteren soll das 13. Monatsgehalt von bisher 102 (60%) auf 169 (100%) Stundenlöhne erhöht werden. Ebenfalls soll bereits jetzt über die Forderungen für den am 31.12.1991 auslaufenden Rahmentarifvertrag mit den Baukapitalisten gesprochen werden, um insbesondere ein gesichertes ganzjähriges Einkommen zu erreichen. — (kaq)

Nixdorf will 4880 Beschäftigte entlassen

Paderborn. Bevor der Siemens-Konzern Nixdorf übernimmt, hat der Nixdorf-Vorstand am 22.1. verkündet, daß bis zum 1. Juli 4880 (davon ca. die Hälfte in der BRD) der weltweit 28300 Beschäftigten entlassen werden sollen. Allein in Paderborn sollen 1300 (Produktion 750, Entwicklung 340, Verwaltung 140 und Vertrieb 70) gehen müssen, um „die Ertragskraft wiederherzustellen“. Schließung der Werke in Irland und Singapur, Reduzierung der Geschäftsstellen von 83 auf 37, Wegfall des Fuhrparks sind weitere wesentliche Maßnahmen. Selbst das verlustreiche US-Geschäft soll bis auf den Handelsbereich gestrichen werden.

Der Konzernbetriebsrat und die IG Metall lehnen die Entlassungen ab. Sie fordern stattdessen ein Gesamtkonzept für die Sanierung des Nixdorf-Konzerns und für den Zusammenschluß des Siemens-Bereiches Daten- und Informationstechnik. Nixdorf stecke mit einem Eigenkapitalanteil von 48% nicht in einer Finanz-, sondern in einer Führungs- und Organisationskrise. Verfehlte Ansätze zur Umstrukturierung und ein undurchdachter Personalabbau von mehr als 2000 Beschäftigten 1989 hätten den Konzern nur noch tiefer in die roten Zahlen getrieben. Zudem fordert die IGM Strukturverbesserungen und die Fortschreibung des Beschäftigungsplans. Weiter kritisiert die IGM den Nixdorf-Vorstand, der „zum wiederholten Male Beratungs-, Unterrichts- und Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer mit Füßen tritt“. Der Vorstand hat bereits am 23.1. die Entlassungen beim Paderborner Arbeitsamt offiziell angezeigt, ohne die Meinungen des Betriebsrats zu hören. — (luf)

Rückenleiden ist eine Berufskrankheit

Der Personalrat des Krankenhauses Barmbek fordert deren Anerkennung

Hamburg. Jede zweite Krankenschwester leidet unter Erkrankungen der Rückenwirbel. Die ÖTV hat ihre Mitglieder in der Pflege aufgerufen, den behandelnden Arzt bei Rückenleiden zur „Meldung des Verdachts auf Vorliegen

einer berufsbedingten Erkrankung“ zu veranlassen. Dies soll Druck für die Erforschung der Zusammenhänge zwischen Arbeitsbedingungen und Erkrankungen und letztlich zur Verhütung solcher Erkrankungen entfalten.

Auf der letzten Personalversammlung im AK Barmbek hielt der Personalrat einen Vortrag über die Notwendigkeit der Anerkennung von Rückenschmerzen als Berufskrankheit des Pflegepersonals. Er unterstützte damit eine Kampagne der ÖTV, die die Pflegekräfte auffordert, Ansprüche geltend zu machen und das Berufskrankheitenverfahren einzuleiten.

Anerkannt wird eine Krankheit dann, wenn sie nach medizinischen Erkenntnissen durch besondere Einwirkung verursacht wird, zweitens die Personengruppe, der der Betroffene durch seine berufliche Tätigkeit angehört, in erheblich höherem Grade als die übrige Bevölkerung ausgesetzt ist. So werden die meisten Ansprüche abgeschmettert: Z.B. ist nach langen gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen bei den Hamburger Gaswerken der Lungenkrebs, der bei den Kokereiarbeitern durch Kokereirohgas auftritt, als Berufskrankheit anerkannt. Die Substanz, die den Krebs hervorruft, ist der Teer in den Gasen. Im Straßenbau wird mit haargenau dem gleichen Teer gearbeitet, Straßenbauarbeiter sind gehäuft von

Lungenkrebs betroffen. Aber wissenschaftliche Erkenntnisse wurden im Straßenbau nicht gewonnen, ihr Krebs nicht als Berufskrankheit anerkannt.

Krankheiten, die durch schweres Heben und Tragen verursacht werden, sind schon seit über zehn Jahren Gegenstand arbeitsmedizinischer Untersuchungen. Trotzdem hat es die Bundesregierung wieder abgelehnt, diese Erkrankungen in die Liste aufzunehmen. Die Zusammenhänge seien zu wenig wissenschaftlich erforscht. Ein erstes Ziel der Kampagne der ÖTV ist daher, für eine so breite arbeitsmedizinische Klärung zu sorgen, daß auch die „Experten“ der Bundesregierung sie für „ausreichend“ befinden müssen.

Schon 1976 errechnete der Arbeitsmediziner Kretschmar, daß Rückenbeschwerden beim Krankenpflegepersonal ebenso viele Arbeitsunfähigkeitstage verursachten wie bei den Beschäftigten auf dem Bau. Verschärfend kommt hinzu, daß nach Kretschmar 43% aller Krankenschwestern wegen gesundheitlicher Beeinträchtigungen den Beruf wechseln. Sie tauchen ebensowenig in den Untersuchungen vor Ort auf wie die

Kolleginnen, die wegen ruinierter Gesundheit frühverrentet werden.

Der Berufsgenossenschaft liegen kaum Meldungen über Wirbelsäulenerkrankungen des Pflegepersonals vor. Bislang zählt die Krankenkasse der Betroffenen die Behandlung berufsbedingter Krankheiten. Erst wenn die BG — also die Arbeitgeber — zur Kasse gebeten werden, rechnet sich die Verhütung. Sie könnte eine zweite Nachtwache, einen zeitgemäßen Lifter oder höhenverstellbare Krankenbetten vorschreiben und wird das auch tun, weil die Kosten dafür geringer sein werden als die Entschädigung der entstandenen Berufskrankheiten.

Ein Grund für die Ausführungen des Personalrates waren Unfallmeldungen über „Verheben“ und über Verletzungen, die sich Nachtschwestern bei Arbeiten zugezogen hatten, die eigentlich nur zu zweit zu bewältigen sind. Eine Krankenschwester hatte sich beim Betten eines Patienten einen Bandscheibenvorfall zugezogen. Der Personalrat hat die Versammlung aufgerufen, ihre Beschwerden nicht länger als Privatangelegenheit zu behandeln. — (flm/AGG)

Dienstleistungsabend abgelehnt

Hannover. Die Personalversammlung bei der Bezirksregierung Hannover hat sich einmütig gegen die Einführung eines Dienstleistungsabends ausgesprochen bzw. hat dafür Bedingungen gestellt. So müßte der Bedarf für einen Dienstleistungsabend vorher unter Einbeziehung der Beschäftigten und ihrer Personalvertretung festgestellt werden. Durch Arbeitszeitregelungen (für einen Dienstleistungsabend einen arbeitsfreien Nachmittag pro Woche) müßte die zusätzliche Belastung ausgeglichen werden, heißt es in einer Entschliebung. Der Personalrat wurde beauftragt, bei Fehlen einer vorherigen Bedarfsermittlung und bei Vorliegen nicht zufriedenstellender Arbeitszeitregelungen der Einführung eines Dienstleistungsabends gemäß seinem Mitbestimmungsrecht über die Lage der Arbeitszeit nicht zuzustimmen. — (kar)

Arbeitsniederlegung wegen Strafversetzung

Hannover. In der Nacht vom 12. auf den 13.1.90 nahm in einem Bereich des Gifhorner Tewes-Werkes — Bremsenhersteller mit 3000 Beschäftigten — die Nachtschicht nicht die Arbeit auf. Stattdessen versammelten sich die zu etwa 90% aus türkischen Beschäftigten bestehende Abteilung in der Kantine und verlangte nach einem Gespräch mit dem Betriebsrat. Erreicht werden sollte die Rücknahme der Strafversetzung eines türkischen Beschäftigten. Dieser hatte gegen die Aussage eines Schichtführers protestiert, daß ein DDR-Bürger besser sei als drei Türken, und wurde postwendend einer anderen Schicht zugeteilt. Nach zweieinhalb Stunden war die Versetzung zurückgenommen. Nach Aussage des Betriebsratsvorsitzenden hat es in jüngster Zeit fünf weitere solcher Strafversetzungen gegeben. Vor allem türkische Beschäftigte sind in dem Betrieb Beleidigungen und Drohungen einiger Vorgesetzter ausgesetzt. — (rog)

Mercedes-Benz: Protest gegen Werksschließung

Esslingen. Die Verlautbarung der Mercedes-Benz AG, die Verhandlungen mit dem Betriebsrat über die Schließung des Werkes Köngen einseitig für beendet zu erklären, hat erneuten Protest der Beschäftigten hervorgerufen. Schon während der letzten drei Verhandlungstermine hatte die Belegschaft protestiert. Im Werk Köngen mit 136 Facharbeitern und 72 Auszubildenden ist ein Teil des Sondermaschinenbaus untergebracht. Der Betriebsrat will nun den Landesarbeitsratschef anrufen, die IG Metall empfiehlt den Gang vors Arbeitsgericht. Mercedes-Benz will das Werk 1991 schließen und den Sondermaschinenbau in die Hauptwerke Metzingen und Untertürkheim verlagern. — (ros)

Milliardengrab Wackersdorf

Verschiedene Kapitalisten machen trotz allem Kasse

München. Nach dem Scheitern des WAA-Projektes in Wackersdorf hat die Bayerische Staatsregierung 225 Millionen Mark zur Förderung von Wirtschaft und Infrastruktur in der Oberpfalz zur Verfügung gestellt. Die 225 Millionen Mark entsprechen dem fünfzigprozentigen Anteil des Freistaates an der ursprünglich für die WAA bereitgestellten Investitionszulage. Auf dem gerodeten und teilweise bebauten Gelände im Taxöldener Forst soll Industrie angesiedelt werden, so hat sich u.a. die BMW AG einen erheblichen Anteil gesichert.

Es hat den Anschein, als entwickle sich alles zum Besten für die oberpfälzer Bevölkerung, die umweltgefährdende WAA ist weg, trotzdem gibt es Geld und Arbeitsplätze. Doch wer sind die wirklichen Gewinner und Verlierer?

Auffallend ist, daß bereits zu Beginn der achtziger Jahre der Standort Schwandorf für das vierte BMW-Werk ins Auge gefaßt worden ist. Damals allerdings auf dem brachliegenden Industriegebiet des Braunkohletagebaus. Stattdessen wurden jetzt Millionen Quadratmeter Wald gerodet und dort der BMW AG zum Billigpreis ein Werksgelände zur Verfügung gestellt.

Die Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen, die WAA-Betreiberin DWK, hat bereits zugegeben, 2,6 Milliarden Mark in den Sand gesetzt zu haben. Der VEB-Finanzchef Klaus Piltz sprach in Zusammenhang mit der WAA aber bereits von einem Abschreibungsbedarf von 4,2 Milliarden DM. 2,6 oder 4,2 Milliarden, damit sind aber in jedem Fall nur die Kosten gemeint, die über die DWK abgerechnet wurden. In diesen Beiträgen sind eine Reihe von Kosten nicht enthalten, die der Staat direkt zahlte. So 11,3 Millionen DM für wasser- und abwassermäßige Erschließung sowie für Straßenbau, wovon 2,1 Millionen DM die Kommunen tragen mußten. 12 Millionen DM fielen als Kosten in Infrastrukturbereich für Strom- und Gasversorgung an. 3,4 Millionen DM kostete die Öffentlichkeitsarbeit. 58,4 Millionen DM kosteten die sinnlosen Polizeieinsätze, und 16,6 Millionen fielen an Kosten im Justizbereich an. Dabei sind das nur die geschönten Zahlen der Bayerischen Staatsregierung, die den Unterwertverkauf des Baugebietes, die Arbeit für die DWK durch Behörden, Ministerien usw. nicht enthalten.

Da der Verkauf des ehemaligen WAA-Geländes der DWK überlassen wurde, die DWK hatte es zum Subventionspreis von 2 Millionen DM erstanden, verschenkt die Staatsregierung faktisch ein riesiges Grundstück und steigert es durch Infrastrukturmaßnahmen in seinem Wert auf das Vielfache, ohne diese Gewinne dann abzuschöpfen. Von seinem Rückkaufrecht hatte

der Freistaat Bayern unverständlicherweise nicht Gebrauch gemacht. Die Industrieansiedlungsfunktion wurde ebenfalls der DWK überlassen. Ist es normal, daß ein Unternehmen, das in der Oberpfalz nichts mehr zu suchen hat, über viele Hektar Industrie- und Gewerbegebiet verfügen kann?

Am schlimmsten ist, daß die Milliardensummen für Bau und Planung der WAA nicht einmal die Atomwirtschaft belasten, sondern entweder bereits durch öffentliche Mittel abgedeckt waren oder einfach so schnell wie möglich, mit Erlaubnis der Genehmigungsbehörden, über den Strompreis direkt auf die Bevölkerung abgewälzt werden.

Das ehemalige Baugebiet wurde größtenteils insgesamt vier Firmen zugeschanzt: BMW, Wilden, Stahl und Sennebogen. Die Firma WNW-Wilden will zwar auf ihrem neuen Betriebsgelände zunächst 100, später vielleicht 500 Arbeitsplätze „schaffen“. Inzwischen wurde aber bekannt, daß diese Firma nun ihr Nürnberger Werk, wo Formen für Kunststoffspritzmaschinen hergestellt werden, schließen will. Die 80 Beschäftigten sollen auf die Straße gesetzt werden. In Wackersdorf wird also der Firma auf Staatskosten ein billiges Werksgelände zur Verfügung gestellt. Die Firma wird dabei gleichzeitig in eine für das Kapital vom Arbeitsmarkt her günstige Region verlagert, das Lohnniveau in der Oberpfalz ist nämlich niedriger als in Nürnberg. Und auch, ob das Engagement von BMW unter dem Strich neue Arbeitsplätze schaffen wird, ist nicht unbedingt wahrscheinlich.

Die Stromversorgungsunternehmen haben WAA-Rücklagen in Höhe von 15 Milliarden DM gebildet, die allein bei den Bayernwerken 5,3 Milliarden und beim VEB-Konzern 4,3 Milliarden DM betragen. Die Stromversorgungsunternehmen, die die Oberpfalz als Spielball ihrer wirtschaftlichen Interessen benutzt haben, müssen gezwungen werden, sich mit Geldern aus diesen Mitteln angemessen an der Förderung der ganzen Region beteiligen. Für die Abholungen im Taxöldener Forst müßte dringlich durch Sanierung und Aufforstung ehemaliger Tagebaugelände der Schaden für die Natur verringert werden. Daß die Bodenwöhler Senne mit ihrem Trinkwasserreservoir im ganzen Landkreis Schwandorf zur Industrieansiedlung fast am wenigsten geeignet ist, weiß jeder Politiker und jeder Aufsichtsratsvorsitzende. Aber Mensch und Natur sind, auch wenn die WAA jetzt nicht in Wackersdorf steht, so oder so auf der Strecke geblieben.

Quellen: Bulletin der Bayer Staatsregierung 18/89; Pressedienst die Grünen in Bayern 1989; Sozialdemokratische Pressekorrespondenz Nr. 45, 60, 64, 72, 84 (1989); 4 (1990) — (chl)



Frankfurt. Weiter tarifloser Zustand bei der Merchantsbank. Den weiblichen (US-)Beschäftigten in den Kasernenfilialen wird mit „unehrenhafter“ Entlassung ihrer Männer aus der Truppe gedroht. Die Zerschlagung der vier Betriebsratsbereiche zugunsten zersplitterter Betriebsoblete konnte über Arbeitsgerichte in Fürth und Kaiserslautern bisher verhindert werden. — (gst)



Köln. Verschiedene Zusammenschlüsse führen inzwischen Aktionen und Demonstrationen gegen das Ausländergesetz durch: In Hannover demonstrierten am 27.1. mehrere hundert gegen das Ausländergesetz, in Köln soll am 3.2. eine örtliche Demonstration stattfinden, am 10.2. sollen regionale Demonstrationen stattfinden. RDBF und andere Organisationen bereiten eine zentrale Demonstration vor. — (uld)

Aus Ländern und Gemeinden

Senat will Direktwahl zum Bundestag erzwingen

Westberlin. Erst im Dezember hatten die vier Alliierten sich im Kontrollrat getroffen und eine Direktwahl der Westberliner Bundestagsabgeordneten, die jetzt vom Abgeordnetenhaus delegiert werden und kein Stimmrecht haben, abgelehnt. Momper hat mit Unterstützung Kohls weitere Vorstöße unterlassen. Die Westalliierten sollen Genehmigung, die Sowjetunion stillschweigende Duldung signalisiert haben. Die Westberliner CDU verlangt darüber hinaus, daß das Verfassungsgericht für Westberlin zuständig wird und BRD-Gesetze nicht vom Abgeordnetenhaus, sondern durch Erklärung des Regierenden Bürgermeisters übernommen werden. Dazu müßte das Vier-Mächte-Abkommen aufgehoben werden. Ein Initiativantrag der Bundestagsfraktionen zur Änderung des BRD-Wahlgesetzes ist für den 14.2. geplant. Der AL-Delegiertenrat hat sich mit knapper Mehrheit gegen die Direktwahlinitiative ausgesprochen, insbesondere wegen Dieppens Hinweis, daß die Frage der Einführung der Wehrpflicht nunmehr geprüft werden müsse. — (chk)

Bayern ist Schlußlicht bei der Kinderversorgung

München. Zu diesem Ergebnis kommt die SPD aufgrund einer Umfrage unter betroffenen Eltern. Demnach fehlen in Bayern rund 50000 Kindergartenplätze. Während in Frankreich, Belgien und Dänemark rund 95 Prozent aller Kinder einen Kindergarten besuchen können, sind es in Bayern gerade 80 Prozent. Eine Krabbelstube ist für jedes hundertste Kind im Alter bis zu drei Jahren da, in anderen EG-Ländern für jedes zweite Kind. Kinderhortplätze zur Betreuung von Schulkindern bis 12 Jahren außerhalb der Unterrichtszeit stehen in Bayern nur für jedes dreißigste Kind zur Verfügung. Die SPD fordert ein Sofortprogramm für die Schaffung der fehlenden Kindergartenplätze sowie einen Rechtsanspruch für jedes Kind auf einen solchen Platz. — (baf)

Chemieunfall: Produktion lief unvermindert weiter

Alfeld. Am 17. Januar kam es bei der Firma Hannover Papier in Alfeld zu einem schweren Chemieunfall, bei dem 10 Tonnen Chlorgas freigesetzt wurden. Chlorgas wurde noch im Zweiten Weltkrieg als Kampfstoff eingesetzt, ist schwerer als Luft, hochgiftig und ätzend. Weit über 200 Verletzte wurden in den Alfelder Krankenhäusern registriert. Die Verletzten hatten schwere Reizungen der Atemwege sowie der Bindehaut, Verätzungen der Haut und Lungenödeme. Die Werksleitung informierte Polizei und Behörden erst nach einer halben Stunde. Trotz des Unfalls ist die Produktion voll weitergelaufen. Lediglich das Verwaltungsgebäude wurde geräumt. Viele Arbeiter hatten Atembeschwerden, einige mußten sich übergeben. Am 19. Januar demonstrierten mehr als 700 Menschen gegen diesen menschenverletzenden und vermeidbaren Unfall in Alfeld. Auf der Kundgebung wogelte Bürgermeister Köbler (SPD) ab: Hannover Papier habe „alles Menschenmögliche getan“, die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Er mußte unter Blaulärmen abbrechen. — (ret/AGCH)

Roma und Sinti sind Verfolgte des Nazi-Regimes!

Essen. Die rund 90 Teilnehmer einer Veranstaltung des Antifaschistischen Forums am 24.1. gegen die von der Landesregierung NRW eingeleiteten Ausweisungsmaßnahmen gegen aus Jugoslawien zugewanderte Roma verabschiedeten eine Resolution an Stadt und Landesregierung. Darin heißt es: „Insgesamt wurden von den Nazis nach unterschiedlichen Angaben zwischen 220000 und 500000 Roma und Sinti ermordet ... Es gibt in Europa kaum eine Roma-Familie, die unter dieser Verfolgung nicht gelitten hätte ... Wir fordern Sie auf, Roma und Sinti als Verfolgte des Nazi-Regimes anzuerkennen und sich hierfür einzusetzen. Auf dieser Grundlage müßte das von den Roma geforderte allgemeine Bleiberecht gewährt werden ...“ — (wof)

Oberbürgermeisterwahlen: SPD kandidiert nicht gegen Rommel

Stuttgart. Mit 78-70 ist die Kreisversammlung der SPD dem Vorstand gefolgt und verzichtete auf eine Kandidatur für die OB-Wahlen im November. Der jetzige OB Rommel, so die Begründung, vertrete in vielen Dingen SPD-Positionen. Bündnispolitische Spekulationen in Richtung Landespolitik lassen Lohnabhängigeninteressen unwichtig erscheinen. Ob sich bei der Linken Kräfte für eine Kandidatur finden? Für die Stärkung von Arbeiterinteressen in der Kommunalpolitik wäre es ungünstig, wenn Rommel womöglich noch als einzige Alternative zu einem Faschisten antreten würde. — (alk)

IGM-Tagung über Zukunft der Arbeit in Westberlin

Westberlin. Ungefähr 150 Teilnehmer hatte die Konferenz der IGM über die „Zukunft der Region Berlin“. Betriebsräte aus der Elektroindustrie kritisierten, daß Entscheidungen in den Konzernen zentral gefaßt werden und betriebliche Änderungsvorschläge z.B. bei Fernschreibern bei Siemens mit dem Hinweis, es handle sich um keine strategisch wichtigen Produkte, abgelehnt werden. Mit den Berlinförderungsmitgliedern seien die Unternehmen nicht regional zu beeinflussen, die jetzige Form der Förderung sei dazu ungeeignet. AEG-Vorstandsvorsitzender Dürr wurde mit der Forderung konfrontiert, die Fabrik in der Holländerstr. nicht zu schließen und stattdessen die Vorfertigung der AEG-Werke, die im Zuge der Fertigungsverflachung überall abgebaut wird, hier zu konzentrieren. Er zog es vor, deutschlandpolitische Aspekte zu behandeln: AEG habe mit sämtlichen ehemaligen AEG-Fabriken des Umlandes Kontakt aufgenommen, viele Direktoren, Angestellte und Arbeiter hätten noch Bindungen und Verbindungen zur AEG. Der IGM-Bevollmächtigte Foede und der DGB-Landesvorsitzende Pagels bemängelten, daß die Umsatzsubventionierung des Berlinhilfegesetzes dazu führen kann, daß manche Firmen mehr Förderung kassieren, als sie Löhne zahlen. Wirtschaftsminister Mitzscherling und Dürr erklärten, es gebe bereits Stimmen, daß die Nachteile, die die Förderung rechtfertigen, weggefallen seien. Pagels forderte erneut, die 470-DM-Regelung für Geringverdienende abzuschaffen, weil sie eine Einladung zur Schwarzarbeit ist. — (chk)

ÖTV und GEW: Kita-Streik geht weiter

Auch nach vier Wochen Streik für Tarifvertrag bleibt der Westberliner Senat stur

Westberlin. Einstimmig haben die Tarifkommissionen von ÖTV und GEW am 25.1. die Fortsetzung des unbefristeten Streiks zur Durchsetzung eines Tarifvertrags über die Arbeitsbedingungen in den städtischen Kitas beschlossen. Damit geht der Streik in die dritte aufeinander folgende Woche, insgesamt dauert er damit bereits vier Wochen an.

Nach wie vor weigert sich Innensenator Pätzold, die Tarifverhandlungen wieder aufzunehmen. Er versteckt sich dabei hinter der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, die den Senat bereits im Herbst durch ihre Vorsitzende, Frau Breuel, wissen ließ, daß Tarifverträge (oder auch nur Dienstvereinbarungen) über Personalbemessung unerwünscht seien. Die TdL fürchtet zu recht, daß andere Bereiche des öffentlichen Dienstes dem Beispiel der Erzieher und Erzieherinnen folgen würden und damit dem Dienstherrn das Mittel der Rationalisierung durch Personalabbau weitgehend aus der Hand genommen würde.

Die starre Haltung des Senats, insbesondere die strikte Ablehnung von Tarifverhandlungen durch die SPD-Fraktion, hat eine Steigerung der Streikbereitschaft zur Folge. Nicht nur, daß die Gewerkschaften aufgrund des Drucks aus den Bezirken von der beschlossenen Taktik, immer nur für eine Woche zu streiken, abgegangen sind; die Folge ist auch eine stetige Zunahme der beteiligten Kitas. Streikten in der zweiten Woche (also vom 15.—19.1.) schon 358 von 396 städtischen Kitas, so hat sich die Beteiligung in der vergangenen Woche (22.—26.1.) noch erhöht auf insgesamt 364. Das sind 92 %!

Ebenso hat seit Beginn des Streiks die gewerkschaftliche Organisation noch einmal zugenommen. Nach Angaben der ÖTV sind 85 % der Erzieher und Erzieherinnen gewerkschaftlich organisiert, ein im sozialen Bereich noch nie erreichter Organisationsgrad! Seit Beginn der zweiten Streikwoche nimmt auch die DAG mit ihren Mitgliedern am Streik teil.

Streikbereitschaft zeigen inzwischen auch die Beschäftigten in den Kitas freier Träger. Noch hindern rechtliche Gründe sie daran, sich am Streik zu beteiligen. Am 18.1. legte der Senat den Streikenden ein Angebot vor. Ab 1991 sollen 248 zusätzliche Erzieherstellen geschaffen werden. Nicht nur, daß mit diesem Angebot die Forderung nach tarifvertraglicher Regelung als erledigt betrachtet wird, es ist auch völlig unzureichend. Darüber hinaus versucht der Senat, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst gegeneinander auszuspielen, denn die 248 Stellen sollen in den Bezirken und in der Hauptverwaltung eingespart werden.

In einem Flugblatt schreiben die Beschäftigten: „248 neue Stellen — Das klingt gut, nur wird der Öffentlichkeit leider nicht gesagt, daß Berliner Kindertagesstätten von 6.00 bis 17.30 Uhr — das sind 11,5 Stunden am Tag — geöffnet sind. Das heißt, bei dem jetzt geltenden Personalschlüssel von 1,47 pro Gruppe sind nicht 1,5 ErzieherInnen den Tag über anwesend, sondern 8 Stunden ist eine Erzieherin anwesend, die restlichen 3,5 Stunden ist eine andere Erzieherin anwesend. Vom 1.4.1990 an arbeiten wir 38,5 Stunden (statt 39) die Woche! Wenn wir also die Stellen, die wir zum Ausgleich der Arbeitszeitverkürzung brauchen, das sind für alle städtischen Kindertagesstätten ca. 80 Stellen, von den 48 Stellen abziehen, bleiben nur noch ca. 170 Stellen übrig. Verteilen wir diese 170 Stellen jetzt auf die 396 Kindertagesstätten, bleiben für jede Kindertagesstätte 16,5 Stunden pro Woche. Oder genau gerechnet, für jede Gruppe gibt es pro Tag für 6 Minuten eine Erzieherin zusätzlich. Vielleicht kann die Gruppenleiterin in diesen 6 Minuten mal aufs Klo gehen!“

Die Unterstützung der Streikenden durch Solidaritätsbekundungen ist sehr groß. Im Bezirksamt Kreuzberg gab es einen ersten „wilden Streik“ in Form einer bewußt überzogenen Pause. Die Eltern beteiligen sich nach wie vor tagtäglich an Kundgebungen und Protestmärschen mit Kindern durch die Bezirksamter und das Rathaus Schöneberg. Auch Momper wurde frühmorgens zuhause besucht. Eine Aktion der Beschäftigten der Eigenbetriebe wurde auf einer ÖTV-Veranstaltung gefordert und ist zu erwarten. Während der Geschäftsführer der Zentralvereinigung Berliner Arbeitgeberverbände den Senat zu einer arbeitsgerichtlichen Prüfung des Kita-Streiks aufforderte, haben viele Firmen inzwischen Notkitas einrichten müssen, um Auswirkungen auf die Produktion zu verhindern.

Neben vielen SPD-Gliederungen haben sich jetzt auch die Jusos der Forderung nach Tarifverhandlungen angeschlossen. Pätzold dagegen scheint die Konfrontation zu suchen und auf die Spitze zu treiben. Kurz nach Bekanntgabe des o.g. Angebots ließ er öffentlich verkünden, daß die Arbeitszeitverkürzung ab 1. April um eine halbe Stunde mit der bezahlten Pause von sechs Minuten pro Tag verrechnet werde, so daß kein Anspruch auf früheres Arbeitsende, geschweige denn auf Personalausgleich bestehe. Darüber hinaus wurden in einem Rundschreiben die Dienststellen angewiesen, freie Stellen für drei Monate nicht zu besetzen, wovon auch die Stellen für Erzieher und Erzieherinnen nicht ausgenommen sind.

Die Empörung über die Haltung des Senats nimmt zu. An der Demonstration am Samstag, den 27.1., zu der der Landeselternausschuß aufgerufen hatte, nahmen rund 11000 Beschäftigte und Eltern teil. Für Donnerstag, den 1.2. ruft die ÖTV ihre Abteilungen zu einer Demonstration auf. — (har)



Bereits drei Wochen dauert der Streik für einen Tarifvertrag. Während die Presse recht positiv über den Streik berichtet, kommen beim SFB nur der Senat zu Wort. Dagegen führten Kita-Beschäftigte am 26.1. eine Kundgebung vor dem SFB durch.

Schleswig-Holstein ändert Kommunalverfassung

Vor den Kommunalwahlen: Regierung Engholm legt Reformgesetz mit Widerhaken vor

Flensburg. In Schleswig-Holstein werden am 25. März Wahlen zu den Kommunalvertretungen stattfinden. Die SPD hatte schon vor den Landtagswahlen 1988 eine Änderung der Kommunalverfassung zum Bestandteil ihres Regierungsprogramms erklärt. Einen Entwurf dafür legte sie im Frühjahr 1989 vor. Nach breiter öffentlicher Diskussion wurde er im Dezember im Landtag eingebracht.

Der Entwurf ist zweischneidig. Er erweitert die Möglichkeiten der „Bürgerbeteiligung“. Neu eingeführt wird eine Bürgerversammlung, die allerdings nur beratende Funktion haben soll. Die bereits bestehende Einwohnerfragestunde zu Beginn der Gemeinderatssitzungen darf sich jetzt auch auf Punkte beziehen, die auf der Tagesordnung stehen. Wesentlich ist die vorgesehene Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen und die Möglichkeit eines Bürgerantrags sowie das Recht der Bürger, die Sitzungsprotokolle der Gemeindevertretungen einzusehen. Das sind Rechte, die für die Opposition gegen die herrschende Politik in den Kommu-

nen gut genutzt werden können. Nützlich ist auch, daß jeder Gemeindevertreter das Recht erhalten soll, Akteneinsicht in Verwaltungsvorgänge beim Bürgermeister bzw. beim Magistrat zu erhalten, was bisher nur als Kann-Bestimmung galt. Da die SPD selber in fast allen kreisangehörigen Gemeinden in der Opposition sitzt, weiß sie sehr gut, worauf es ankommt.

Ein Pferdefuß des Entwurfs besteht in der Änderung der Amtsordnung. In der neu zu schaffenden Amtsversammlung wird das Gewicht der kleinsten Gemeinden, die bisher automatisch mit einem Vertreter im Amtsausschuß vertreten waren, zugunsten der größeren Gemeinden geschwächt. Mit der Einführung einer „Richtlinienkompetenz“ soll die Stellung des Bürgermeisters in Städten mit Magistratsverfassung (das sind die großen, kreisfreien Städte) erheblich gestärkt werden.

Die CDU-Opposition im Landtag und im Gemeindetag kritisiert — wie sollte es auch anders sein — diejenigen Veränderungen des Kommunalrechts, die mehr Bürgerrechte beinhalten. Das bis-

her geltende Recht habe sich bewährt. Im Hauptausschuß des Gemeindetags (dem Zusammenschluß aller Ämter und Gemeinden in Schleswig-Holstein) brachte der Landrat des Kreises Schleswig-Holstein die Befürchtung, die die CDU bewegt, zum Ausdruck: es könnten sich künftig Randgruppen mit Gewalt in den Gemeinderatssitzungen Gehör verschaffen, und die repräsentative Demokratie werde ersetzt durch plebiszitäre Elemente. Eine „Vorstufe des Chaos“ sah er auf die kommunale Selbstverwaltung zukommen.

Auch bei Teilen der SPD ist der Entwurf nicht unumstritten. Nur wenige haben zu Beginn der Diskussion die Richtlinienkompetenz angegriffen. Dagegen, daß die Bestimmungen über die Kommunalaufsicht überhaupt nicht geändert, das Verhältnis zwischen Kommunen und Land weiterhin einseitig Weisungsbefugnisse enthält, hat sich keine Stimme erhoben. Nach allen Erfahrungen mit SPD-Regierungen muß man vermuten, daß positive Bestandteile stark verwässert und zentralistische Elemente erweitert werden. — (ans)

Vorgeschichte, Bedingungen, Ansätze revolutionärer Jugendpolitik

Bericht der Arbeitsgruppe der Delegiertenkonferenz des BWK, Teil II: Zur Geschichte und heutigen Bedingungen revolutionärer Jugendpolitik

Nachdem wir in „Politische Berichte“ 1/1990 im ersten Teil des Berichts der Delegiertenkonferenz-Arbeitsgruppe revolutionäre Jugendpolitik die reaktionäre Jugendpolitik der letzten Jahre aufgearbeitet und Betrachtungen zur bürgerlich-moralischen Vereinnahmung der Jugend angestellt haben, folgen in diesem zweiten Teil abschließend speziellere Fragestellungen zu früherer und heutiger revolutionärer Jugendpolitik. Wir wollen die Untersuchungsarbeit weiter fortsetzen, weil uns dringend geboten scheint, daß in den Reihen der revolutionären Sozialisten konkretere Vorstellungen entwickelt werden, wie man sich diesen Problemen zu stellen hat. — (clm, dpe, lir, tja, uga)

Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre gab es in der BRD eine recht breite Bewegung unter der Jugend, die gegen die Herrschaftsstrukturen in Familie, Gesellschaft und Betrieb aufbegehrte. Es gab relativ heftige Auseinandersetzungen mit der Staatsgewalt z.B. um unabhängige Jugendzentren. Es konnten einige Rechte erkämpft werden, die die Abhängigkeit vom Elternhaus etwas lockerten, es drang eine recht starke Bewegung der Arbeiterjugend hinein in die Gewerkschaften und hier hin zu einem konsequenteren Eintreten für die eigenen sozialen Interessen. Aus diesen Bewegungen entstand zu einem wesentlichen Teil die „neue kommunistische (K-Gruppen-)Bewegung“. Diese konnte aus den gesellschaftlich stattfindenden Bewegungen Erfahrungen und Schlüsse ziehen, sich in gewisser Hinsicht auf sie stützen, fand nicht wenig Interesse in ihnen und konnte sich an mancher Stelle, zumindest teilweise, zu ihrem Sprecher machen. Insofern gab es eine soziale Basis für kommunistische Jugendorganisationen und -zirkel, die es denn auch reichhaltig gab. Geschlußfolgert aus der damals gängigen Anschauung, erste Notwendigkeit des Fortgangs der proletarischen Revolution in Westdeutschland sei es, das jeweils eigene Programm — zur Not auch in Vernichtungskonkurrenz mit anderen kommunistischen Kräften — durchzusetzen, entstanden diese Jugendorganisationen in nahezu allen Schattierungen mit jeweils starkem Abgrenzungsbedürfnis nach allen Seiten. Dennoch waren alle für sich eher auch örtliche Sammelbecken von jungen Leuten, die der Auffassung waren, radikaler Fortschritt wäre nötig. Sie waren wahrscheinlich nie zentrale Arbeiterjugendorganisationen, zu denen der überhöhte Anspruch und in der Folge ihre organisatorische Form hätte irgendwie passen können. Ihre Funktion konnten sie nicht lange aufrechterhalten, sie entsprach aber durchaus einer günstigeren Situation im Klassenkampf. Sie war aber in ihrer spezifischen Form auch Ausdruck der Tatsache, daß die Intelligenz noch keine eigenständige politische Partei hervorgebracht hatte.

Über die 70er Jahre hinein in die 80er Jahre gelang es der bürgerlichen Klasse in der BRD, diese Bewegung weitgehend zu spalten und zu isolieren. Viele ehemalige Mitstreiter, vor allem aus der Intelligenz, betonten die Aussichtslosigkeit all der damaligen gemeinsamen Unterfangen. Indem der Ansatz der radikal kollektiven Interessenvertretung und auch kollektiven politischen Entwicklung von Einzelpersonen zu einer schrecklichen, letztlich eher einer Art „Massenhypnose“ geschuldeten Erscheinung verklärt wurde, wurde eine neue politische Herangehensweise unter vielen jüngeren Leuten gefördert, die den Ausgangspunkt allen Glücks oder Übels in der eigenen Person, dem Individuum, dem „eigenen Ding“, sieht. Nicht zufällig kam dann die christliche Ideologie, man müsse stets bei sich selbst anfangen, wenn man irgendwelche Verbesserungen wolle, so richtig auf und fand ja auch in der Grünen Partei ihren Platz. In Friedens- und Umweltbewegung, die die politische Entwicklung vieler junger Leute stark beeinflussten, fanden sich vielfältig Resultate dieser Ideologie.

Heute können sich die immer noch vielzähligen revolutionären (Kleinst-)Jugendgruppchen kaum auf eine wirkliche soziale Basis stützen, weil die Arbeiterjugendbewegung doch erheblich zurückgedrängt wurde. Erörterungen und Verhandlungen um revolutionäre Programmatik und Organisation in diesem Bereich werden zur Würschtelei von Klüngeln großteils „alter Jugendpoliti-ker“. „Altjugend“politiker treiben ein unehrliches und gefährliches Spiel: Sie verkaufen jetzt in großen Teilen des revolutionären Spektrums „neues Denken“, das Resultat ihrer politischen Entwicklung in Zeiten grünen

Hegemoniestrebens und weitgehender Erfolge der Reaktion ist, als „eher jugendgemäß“ und wollen dementsprechende Gruppen aufbauen, die nur noch jung und alt, kaum noch arm und reich kennen. Beispielsweise ist der Konflikt derer, die meinen, wer nicht „neu denken“ wolle, müsse folglich konservativ oder sonst was Schlimmes sein, mit denen, die an Subjekt und wesentlichen Teilen der kommunistischen Weltanschauung festhalten wollen, in der SDAJ durchaus fast identisch mit jenem in der DKP. Unter autonomen Jugendlichen fruchtet eine „Völlig-Losgelöst“-Theorie (jeder ist seines Glückes Schmied) nicht wesentlich ergiebiger als unter den „Altautonomien“.

Um auf diese Entwicklungen, in deren Zuge der Arbeiterjugend einmal mehr der eigenständige Kampf um ihre sozialen Interessen ausgetrieben werden soll, die richtige politische Antwort zu finden, wird es noch viel Nachdenkens, vor allem aber auch der Verbreitung der Feststellung bedürfen, daß es wesentlich die Jugendlichen selbst sind, die ihren Kampf entwickeln müssen. „Jugendverantwortliche“ und ähnliche Unsitten werden diesem Prozeß eher hinderlich sein.

Wenn man sich die heute bestehenden Ansätze linksradikaler Jugendpolitik in der BRD ansieht, muß all dies ebenso berücksichtigt werden wie die fortwährende diskriminierende und spaltende Politik der Reaktion gegenüber weiten Teilen der Jugend, auf die wir im ersten Teil des Spezialberichts eingegangen sind.

„Linksgrüne“, KB-Jugend, ehemalige SDAJler

Von ehemals in festen kommunistischen Jugendorganisationen Organisierten, vor allem vom KB und einigen trotzkistischen Jugendlichen (größtenteils ehemalige Rote Maulwürfe, GIM-Jugend), wurde längere Zeit versucht, Einfluß im „grün-alternativ-bunt-autonomen (gaba)-Jugend-Spektrum“ zu nehmen, um dort eigene Inhalte zu verbreiten und die Auseinandersetzung zu suchen. Nachdem klar wurde, daß sich auch hier nichts viel anderes als der grüne Parteibildungsprozeß auf den Jugendbereich übertragen vollzieht (der erste offizielle grüne Jugendverband existiert bereits in Schleswig-Holstein), ließ das Interesse etwas nach. Auch der Versuch eigener Jugendzeitungen bei KB-Jugend und „Maulwürfen“ fruchtete nicht. Ein neues Feld ward in den „ErneuerInnen“, „VerwirrerInnen“ etc.pp. der SDAJ gesichtet. Die Kontakte zu im Zuge der Spaltungsentwicklung aus der SDAJ Ausgestiegenen werden intensiver. Es entsteht dem Anschein nach eine Art Parallelstruktur zum „großen linken Projekt“ der „erwachsenen Neudenker“, „Feminisierung“, „Entstalinisierung“, „Ökologisierung“ können

als typische Schlagworte gelten. Zu diesem politischen Ansatz bekennen sich seit einiger Zeit auch VSP-Jugendpolitiker. Die Tatsache, daß mit der Spaltung der SDAJ auch ein letzter Rest an Vertretung von Arbeiterjugendinteressen verlorengeht, wird jedenfalls nicht problematisiert, wenn überhaupt, dann noch in der SDAJ selbst.

SDAJ

Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) befindet sich in einem sehr ähnlichen Stadium wie ihre „Mutterorganisation“, von der sie offiziell unabhängig ist, die DKP. Im Zeichen v.a. der „Gorbi-Begeisterung“ werden „Erneuerern“ usw. die alten programmatischen Aussagen „zu starr“, „Neu denken“ ist angesagt, wie im Abschnitt „Linksgrüne ...“ schon weiter ausgeführt. Die SDAJ war lange Jahre eine zahlenmäßig recht starke Organisation, in der viele Arbeiterjugendliche organisiert waren. Die SDAJ betrieb auch Frontpolitik in Betrieben, der imperialistischen Armee und anderen öffentlichen Einrichtungen. Auf dem Bundeskongreß 1989 standen sich Erneuerer und Nichterneuerer ca. hälftig gegenüber, woraufhin die Erneuerer auszogen. Derzeit brechen in vielen Orten die Organisationsstrukturen zusammen, mit dem Namen SDAJ wird — je nach regionalen Mehrheitsverhältnissen — derzeit alles mögliche getrieben, nur fand bislang kaum sachliche Auseinandersetzung mit programmatischen Fragen statt. Jedenfalls gibt es eine wesentlich stärkere innerverbandliche Diskussion, wobei allerdings leider eher von ziellosem Pluralismus als von demokratischer Meinungsbildung gesprochen werden muß. Ob sich aus dem derzeitigen Tief eine Strömung für die Vertretung der Arbeiterjugendinteressen (somit das Festhalten am revolutionären Subjekt) herausretten kann, ist ungewiß.

„armes deutschland“

An der äußerst unregelmäßig (drei-, viermal im Jahr) erscheinenden „linken, radikalen Zeitung, gemacht von jungen Menschen vorwiegend für ebensolche“ mit dem Titel „armes deutschland“ arbeiten teilweise sporadisch verschiedene anarchistische und rätekommunistische Gruppen, Unorganisierte sowie Mitglieder der VSP, des BWK und der „Antifa-Jugendfront“ aus vielen Orten der BRD mit. Das Heft erfreut sich stark wachsender Beliebtheit, was sich in einer auf rund 5000 angewachsenen Auflage ausdrückt. Für viele Leute aus diesem Spektrum ist diese Zeitungsarbeit aber fast schon alles, regionale Arbeit an Schulen oder in Betrieben ist recht gering entwickelt. Dementsprechend wird auch beim Heftinhalt allzuwenig auf die konkreten Interessen der Masse der Jugendlichen (schon gar nicht in analytischer Form) eingegangen, ziemlich viel stattdessen auf die optische (Lay-out) und „entspannende“ (Schlagwort „Kultur aus dem Widerstand“) Seite. Das Zeitungsprojekt scheint aber dennoch zumindest ein möglicher Ansatz zur Auseinandersetzung über Fragen der revolutionären Jugendpolitik. Ein programmatisches Näherücken durch solidarische sachliche Diskussion ist bisher leider kaum



Kämpfe um selbstverwaltete Kultur- und Wohnzentren — wie hier in der Hamburger Hafenstraße — unter der Jugend vielbeachtete Vorgänge, die von den bürgerlichen Medien nur verlogen dargestellt werden.

zu verzeichnen. Das mag auch wesentlich daran liegen, daß sich ein nicht unerheblicher Teil des Spektrums über die gerade aktuellen Themen der (v.a. autonomen) „Szene“ definiert und weniger konsequent konkrete Fragen der (Arbeiter-)Jugendpolitik analytisch behandelt. Anders gesagt: Es zeigt sich hier deutlich das Problem, daß es noch keine bundesweite grüne Jugendzeitschrift gibt.

Kämpfende Jugend

Dieser Name steht nicht für eine Organisation an sich, sondern für eine Zeitschrift, die vom Spektrum der „Vereinigungen der revolutionären Jugend“ herausgegeben wird. Diese Vereinigungen werden im wesentlichen vom Bund Deutscher Pfadfinder e.V. im Bund Demokratischer Jugend (BDP/BDJ) gebildet. Die Anregung für die Schaffung eines revolutionären Jugendverbandes kam ursprünglich vom „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“, wird aber eigenständig vom BDP/BDJ verfolgt, der damit an die Tradition der Freien Deutschen Jugend (FDJ) anknüpfen will. „Weiterhin wollen wir mit einer Grundsatzklärung die Diskussion mit fortschrittlichen Jugendlichen, ob organisiert oder nicht, verstärken. Um andere Organisationen für gemeinsame Aktivitäten zu gewinnen, ist es nötig, eine klare politische Grundlage zu schaffen, auf der diese Einheit beruht. Gleichzeitig gilt es auch, unsere unterschiedlichen Vorstellungen zu diesen anderen Verbänden festzuhalten, um in eine gezielte und solidarische Auseinandersetzung über unsere Aufgaben treten zu können ... Unsere große Aufgabe, den Aufbau eines parteiunabhängigen Jugendverbandes, werden wir in dem Maße erfüllen, wie es uns gelingt, die Einheit über diese grundsätzlichen Fragen herzustellen.“

Das KJ-Spektrum betätigt sich stark in Richtung Wehrkraftzersetzung, es gab einige Prozesse in dieser Richtung, herausgegeben wird auch eine Soldatenzeitschrift. Bekanntgeworden ist die KJ durch die Aufführung der „Legende vom toten Soldaten“, eines Stücks von Brecht. 1985 wurde die Aufführung in Bitburg verboten, eine Beschwerde vor

dem Bundesverfassungsgericht wurde zurückgewiesen. Solidarität gegen dieses Verbot kam aus einem breiten Spektrum von VVN, Gewerkschaften, Grünen, Sozialdemokraten, SDAJ u.a.

MLPD-Jugendpolitik

Es gibt drei Organisationen, die dem Jugendbereich der MLPD zuzuordnen sind:

— Der Arbeiterjugendverband/Marxisten-Leninisten, der 1985 aus dem RJVD heraus entstanden ist. Die Namensänderung entstand mit dem Anspruch, den RJVD zur Massenorganisation zu machen und erfolgte, weil „unser bisheriger Name RJVD ... nicht die Masse der Arbeiterjugend angesprochen, die sich noch nicht mit ‚revolutionär‘ verbunden fühlt.“

— Die Rotfüchse, mit dem Zusatz: Kinderorganisation im Arbeiterjugendverband/ML. Es gilt die Devise „ab 6 Jahren bei den Rotfüchsen, ab 13 Jahren im Arbeiterjugendverband/ML“. Ziel ist es, „die Masse der Arbeiterkinder anzusprechen, sie in der Kinderorganisation, im Jugendverband zu organisieren und zu sozialistischen Kämpfen zu erziehen“.

— Der Marxistisch-Leninistische Schüler- und Studentenverband (MLSV), der den Anspruch erhebt, „an Oberschulen und Unis als einzige Organisation den Arbeiterstandpunkt“ zu vertreten, der also nicht unbedingt jugendspezifisch ist.

Alle drei Organisationen sind organisatorisch unabhängig von der MLPD. Ihr Organ ist seit Ende 1989 eine sechswöchentlich erscheinende „Jugendbeilage“ der Roten Fahne. Bei politischen Auseinandersetzungen treten sie nicht in Erscheinung, sie sind auch zahlenmäßig nicht besonders stark. Allerdings waren sie in der Lage, zum Pfingstjugendtreffen der MLPD 1989 „Tausende Jugendliche“ zu mobilisieren. Inwieweit z.B. der Arbeiterjugendverband/ML Betriebsarbeit leistet, ist nicht bekannt.

Antifa-Jugendfront

Im Laufe des Jahres 1989 entwickelten sich in der ganzen BRD unabhängige Antifa-Jugendgruppen. Besonders organisiert trat seit längerem die „Antifa-Jugendfront“ Westberlin auch an die Öffentlichkeit, half beim Aufbau von Gruppen an einzelnen Schulen etc. Es entstand in der Folge ein Netz von ähnlichen Gruppen im Bundesgebiet, die auch eine bundesweite Struktur und Propaganda entwickeln wollen. In den inhaltlichen Bestimmungen der Antifa-Jugendfront wird betont, daß Antifaschismus revolutionär verstanden, v.a. Wert auf die Aspekte der kapitalistischen und patriarchalischen Unterdrückung gelegt werden müsse. Es wird jedoch nicht deutlich auf ein revolutionäres Subjekt, schon gar nicht auf die Arbeiterklasse, Bezug genommen. Als notwendige Aktionsformen werden ebenso „direkte“ („Bildet Banden!“) wie auch öffentlich-legale benannt. Die weitere Entwicklung ist noch nicht abschätzbar. Es zeigt sich jedoch bereits, daß es ein durchaus verbreitetes Interesse unter der Jugend gibt, in solchen selbständigen antifaschistischen Jugendzusammenhängen aktiv zu werden. Dies ist eine der wichtigen Entwicklungen, die bei jugendpolitischen Erwägungen zu berücksichtigen ist.



Bei Aktivitäten gegen Auftritte von Faschisten machen viele Jugendliche Erfahrungen mit massiven Aufgeboten des Staatsapparates, die oft einschüchternd wirken. Foto: B. Maus

Klassiker zur Jugendfrage: Die Besonderheiten der Jugend berücksichtigen

Für die Kommunisten stellte sich die Jugendfrage immer als Frage der Organisation der Jugend. Vor dem Ersten Weltkrieg stritt man sich noch darum, ob sie organisiert bzw. in ihren organisatorischen Bestrebungen unterstützt werden sollte oder nicht. Untrennbar verbunden war diese Diskussion mit der Frage des revolutionären Antimilitarismus. Sie wurde aus dieser Verbindung heraus zum frühen Scheidepunkt zwischen revolutionärer Gesinnung und dem verräterischen Reformismus, der im Deutschen Reich seinen Höhepunkt in der Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD fand. Später, als sich die Kommunisten von der Sozialdemokratie abgespalten hatten, rückte die Frage nach der Form der Organisation in den Vordergrund, wobei wieder von selbständigen organisatorischen Bestrebungen der Jugend ausgegangen wurde. Die Selbständigkeit wurde denn auch ein zentraler Punkt der Auseinandersetzungen. Ziel dieses Artikels ist es, Standpunkte bedeutender Kommunisten bzw. kommunistischer Organisationen in diesen Auseinandersetzungen zu beleuchten, um für die heutige Situation zu einigen eventuell brauchbaren Schlüssen für unsere Arbeit zu kommen.

Karl Liebknecht: Antimilitarismus und Selbstständigkeit

Als einer der ersten in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie erkannte Karl Liebknecht vor dem Ersten Weltkrieg die Bedeutung der Gewinnung der Jugend für die Partei der Arbeiterklasse. Darüber, wie sich die Jugendfrage damals der SPD stellte, gibt eine Äußerung von ihm über die Entstehung der Arbeiterjugendbewegung Aufschluß. Zitat: „Sie (die Arbeiterjugendbewegung) ist kein Kunstzeugnis parteiamtlicher Perücken, sondern eine Schöpfung des revolutionären Geistes, der in der doppelt bedrängten und ausgesetzten Arbeiterjugend emporloderte. Ihre Geburt, ihr Aufstieg vollzog sich unter Blitz und Donner. Die herrschenden Klassen schäumten auf; der Bannstrahl der offiziellen sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaftsbürokratie sauste auf sie herab. Mißtrauen und Engherzigkeit suchte sie zu knebeln, zu kirren und zu dressieren. Vergeblich!“ Von einer Unterstützung der politischen Aktivitäten der Jugend, die sich 1904 in Mannheim mit der Gründung des „Verbandes junger Arbeiter Süddeutschlands“ erstmals eine Organisation gegeben hatte, war die SPD weit entfernt. Zu sehr war sie auf Wahlpropaganda fixiert, die damals an der Jugend vorbeigehen mußte, da das Wahlalter 25 Jahre betrug. Noch in dem Jahr, in dem sich der „Verband junger Arbeiter Süddeutschlands“ gegründet hatte, richtete Karl Liebknecht an den Bremer Parteitag der SPD einen Antrag über antimilitaristische Agitation in der Jugend. Der Antrag wurde abgelehnt. In der Debatte hatte Liebknecht seinen Antrag folgendermaßen verteidigt: „Man hat darauf hingewiesen, daß der Kampf gegen den Militarismus besonders bei den Wahlen mit großem Nachdruck geführt worden sei. Da zeigt sich gerade ein Hauptmangel der Agitation. Bei den Wahlen, die gewissermaßen den Grundstock unserer großzügigen Propaganda bilden, wendet man sich naturgemäß hauptsächlich an Leute, die bereits über das militärpflichtige Alter hinaus sind; es handelt sich aber gerade darum, schon vorher die Jugend zu packen.“ In der Ablehnung des Antrages offenbarte sich die Halbherzigkeit der SPD in der Frage des Antimilitarismus, dem starke sozialchauvinistische Tendenzen entgegenstanden. In dem Maße, in dem diese sich in der SPD durchsetzten, versuchte sie auch die Selbständigkeit des Arbeiterjugendverbandes einzuschränken. Denn der war konsequent antimilitaristisch und eher dem revolutionär gesinnten Flügel der Partei zuzurechnen. Die linken Sozialdemokraten verteidigten die Selbstständigkeit und das Selbstbestimmungsrecht der Jugend, allen voran Liebknecht, Lenin und Zetkin. Sie taten das nicht nur, um fortschrittliche Standpunkte zu verteidigen, sondern auch, wie Lenin schreibt, „dem Wesen der Sache nach“. Gegen den Vorwurf der Zersplitterung verteidigt sich Liebknecht kurz und bündig, indem er auf die besondere Aufgabe des Jugendverbandes hinweist: „Von Zersplitterung keine

Rede; wo sich's um Kampforganisation handelt, ist stramme Zentralisation ohne Besinnen Pflicht. Anders, wo Bildung und Schulung im Vordergrund stehen, da müssen die Zügel etwas lockerer gelassen werden, Selbstverwaltung.“

Clara Zetkin: Schulung und Ausbildung

Schulung und Ausbildung der jungen Arbeiter für die politische Auseinandersetzung werden immer wieder als dringlichste Aufgabe des Arbeiterjugendverbandes hervorgehoben, wenn es um die Abgrenzung der Aufgaben von Partei und Jugendorganisation geht und um die unterschiedlichen organisatorischen Formen, die den unterschiedlich gearteten Schwerpunkten gerecht werden sollen. In diesem Zusammenhang reibt sich aber erneut ein Widerspruch, nämlich der zwischen dem Erziehungsanspruch der Partei und dem Selbstbestimmungsrecht der Jugendorganisation. Und wieder stellt sich die Frage nach der Beziehung zwischen Partei und Jugendorganisation. Clara Zetkin läßt sich über diese Beziehung im Jahre 1908 wie folgt aus: „Die sozialistische Jugendbewegung kann die ihr gestellten Aufgaben nur erfüllen als spezifisches Organ beziehungsweise Glied des allgemeinen proletarischen Emanzipationskampfes, von dem sie Ziel und Inhalt empfängt. Sie muß daher im engsten geistigen und, soweit das möglich ist, auch organisatorischen Zusammenhang mit den reifen Trägern dieses Kampfes bleiben, auf deren Unterstützung durch Rat und Tat sie als eine Bewegung reifender Kräfte angewiesen ist. Gleichzeitig bedarf sie aber zur Erfüllung ihrer spezifischen Aufgaben der eigenen Organisation. Diese muß entsprechend dem Ziel — der Erziehung der proletarischen Jugend zum bewußten und organisierten Handeln im modernen Klassenkampf — volles Selbstbestimmungsrecht besitzen. Die Schranke ihres Selbstbestimmungsrechts bildet nicht die Autorität der Organisation Erwachsener, welche das alte Familienverhältnis zwischen Eltern und Kindern sozial reproduzieren würde, sondern lediglich das Interesse der Gesamtbewegung.“ Eine darüber hin-

Gesellschaft war.“ Es geht nicht nur um das bloße Lernen, dem mit einer Unterrichtung wohl besser beizukommen wäre. Es geht um eine umfassende Ausbildung der Jugend, die dafür eine eigene, selbständige Praxis braucht, die die Erwachsenen mit „freundschaftlicher Kritik“ und durch „Rat und Tat“ unterstützen sollen. Nach der Gründung der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Parteien sieht die Kommunistische Jugendinternationale (KJI) ihre Aufgabe anders. Sie setzt in den harten Klassenausschüttungen voll auf strammen Zentralismus und Führung durch die Partei.

Kommunistische Internationale: Avantgarde, Führungsanspruch

Über die veränderte Situation nach Gründung der KI heißt es in einer Resolution ihres dritten Weltkongresses: „... Ihre Rolle (die der Jugendverbände) als Avantgarde im Sinne des selbständigen politischen Auftretens und der politischen Leitung übernehmen die kommunistischen Parteien.“ Da wird von hinten durch die Brust ins Auge der Führungsanspruch definiert. War es doch bei Lenin, Liebknecht und Zetkin eben nicht die „Rolle als Avantgarde“ gewesen, die die Selbständigkeit begründet hatte. Die eben schon zitierte Resolution des III. Weltkongresses der KI sieht in der politischen Selbständigkeit der Jugendorganisation eine Gefahr für die Schlagkraft der „kommunistischen Kampffront“. „Ein Weiterbestehen der kommunistischen Jugendorganisationen als politisch selbständige und führende Organisationen müßte zur Entstehung zweier miteinander konkurrierender kommunistischer Parteien führen, die sich nur durch das Alter ihrer Mitglieder unterscheiden.“ Da wird aus Angst vor Zersplitterung in den harten Klassenausschüttungen das Selbstbestimmungsrecht der Jugend wieder über Bord geworfen. Die KJI selbst degradiert sich in ihrem Programm aus dem Jahre 1928 zur Vorschule der Erwachsenenorganisation: „Insbesondere bedarf die KP, die Führerin der Arbeiterklasse, einer Reserve, die ihren Reihen die Verstärkung und Ablösung durch junge Kräfte sichert, einer Vorschule, die die junge Arbeiter-

können. Die KPD zieht 1935 auf ihrer Brüsseler Parteikonferenz aus der Kritik ihre Konsequenzen: „Haben wir denn in der Vergangenheit die Stimmungen, Bestrebungen und Wünsche der Jugendlichen studiert und in Rechnung gezogen? Was bewegt sie denn vor allem? Der Lohn, die Arbeitszeit, ihre Rechte, ihr Fortkommen im Leben, ihre Aussichten im Beruf. Sie will lernen, sie will sich kulturell betätigen, Sport treiben, wandern und sich unterhalten. Sie will vor allem leben. Wir haben leider all dies oft unbeachtet gelassen. Unser Jugendverband betrachtet sich ausschließlich als politische Organisation. Die wirtschaftlichen Teilforderungen, die kulturellen und sonstigen Bedürfnisse der Jugend haben wir meist ignoriert. Das muß anders werden.“

Schlußfolgerungen für heute

Welche Schlüsse kann man nun für die heutige Situation aus der Geschichte ziehen? Die Jugendlichen können sich heute in der BRD nicht auf die entfaltete Praxis eines Jugendverbandes stützen. Sie finden nicht einmal eine einheitliche KP vor, die mit der Klärung grundlegender Fragen aufwarten könnte. Was sie vorfinden, sind vielmehr einige Gruppen von Kommunisten, die untereinander zerstritten sind und alle nicht richtig wissen, wie sie den „modernen Klassenkampf“ entfalten sollen. Die Gründung eines Jugendverbandes kann in dieser Situation nicht angemessen sein, zumal es die örtliche Praxis, die er zusammenfassen sollte, nur vereinzelt gibt. Was aber als Konsequenz aus Fehlern der Vergangenheit und den Lehren unserer Klassiker, die diese Fehler in ihrer Zeit erkannt haben, gezogen werden kann, ist für die Jugendlichen die Notwendigkeit, das Selbstbestimmungsrecht für sich in Anspruch zu nehmen und eine eigenständige Politik zu entfalten. Die Praxis wird sich dabei vorerst auf die örtliche Ebene konzentrieren müssen. Auf Landes- bzw. Bundesebene bieten sich nur Diskussionszirkel Jugendlicher an, die mit kommunistischer Politik nur dem Anspruch nach etwas zu tun haben und die örtliche Praxis nicht ersetzen, vielleicht aber beflügeln können. An den Orten sind es antifaschistische Bündnisse bzw. Zusammenschlüsse von Jugendlichen, die sich als Organisationen anbieten, in denen junge Kommunisten ihre politische Praxis entfalten können. Eine Kollektivität von Kommunisten können sie nicht ersetzen. Die theoretischen Fragen werden im engen Zusammenhang mit der Praxis, aus der sie entstanden sind, in den sozialistischen Organisationen geklärt werden müssen, wobei die Erfahrungen der erwachsenen Genossen nutzbar gemacht werden können. Die Attraktivität der sozialistischen Organisationen für die Jugendlichen wird in entscheidendem Maße davon abhängen, inwieweit sie die Klärung der theoretischen Fragen unterstützen bzw. vorantreiben können. Beim Rat kann es trotzdem nicht bleiben. Es bedarf der Tat. Die Jugendlichen müssen in ihrer politischen Tätigkeit praktisch unterstützt werden, z.B. durch die Bereitstellung von Satzgeräten für die Erstellung von Zeitungen. Die praktische Unterstützung soll die Selbständigkeit der Jugendlichen dabei nicht beeinträchtigen, sondern fördern. Zentrale Bedeutung nimmt die schriftliche Äußerung ein. Sie will erlernt sein. Die erwachsenen Genossen müssen den Jugendlichen helfen, sich schriftlich zu äußern. Sei es, indem sie ihnen die deutsche Grammatik erklären; sei es, indem sie ihnen zeigen, wie man eine elektronische Schreibmaschine oder eben ein Satzgerät bedient. Ohne diese Fähigkeiten werden die Jugendlichen nicht selbstständig Politik machen können. Politische Selbständigkeit erwächst für sie nicht aus Isolation, sondern aus einer guten Ausbildung, die von den erwachsenen Genossen gefördert werden muß. Genau wie die Politik der Jugendlichen selbst muß diese Ausbildung auf Jugendliche zugeschnitten sein. Sie darf vor allem nicht mit Kosten verbunden sein, die ein Taschengeldempfänger nicht tragen kann. Die Teilnahme taschengeldabhängiger Jugendlicher an Delegiertenkonferenzen und Sitzungen muß möglichst unentgeltlich sein. Jugendliche können sich im allgemeinen auch kein Ferienhaus mieten, um eine längere Schulung durchzuführen. Man muß ihnen einen Raum zur Verfügung stellen. Da kann in den Sommer- oder Winterferien z.B. die etwas größere Wohnung eines verrenteten Genossen herhalten, wenn der damit einverstanden ist. Auf jeden Fall

ist der Jugend auf allen Ebenen Rechnung zu tragen, wenn man für sie erreichbar und attraktiv sein will. Das gilt natürlich insbesondere für die Politik der Jugendlichen selbst, für die sich auf örtlicher Ebene z.B. Zeitungen anbieten, die umsonst verteilt werden (zur Not durch Anzeigen finanziert). Selbst dem etwas größeren Feierbedürfnis muß hier unbedingt Rechnung getragen werden. Es setzt sich sonst urwüchsig durch und macht dabei auch vor Sitzungen keinen Halt, die man lieber nicht Freitagabend 20 Uhr oder Sonntagmorgen um neun Uhr anberaumen sollte, wenn man auf die Teilnahme jugendlicher gesteigerten Wert legt.

Quellen: Karl Liebknecht, „Die Jugend und der Kampf gegen das Militär“, aus „Gesammelte Reden und Schriften“, Bd. I; Clara Zetkin, „Die Jugendorganisation“, aus „Ausgewählte Reden und Schriften“, Bd. I; W.I. Lenin, „Die Aufgaben der Jugendverbände“, aus „Ausgewählte Werke“, Bd. III; Thesen und Resolutionen des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale; „Programm der Kommunistischen Jugendinternationale“ von 1928; Georgi Dimitroff, in „VII. Kongreß der Internationalen“, Anton Akkermann, in „Die Brüsseler Parteikonferenz der KPD 1935“.

Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntägig
Herausgeber: Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226
Tel.: 0221/21 64 42
Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider. Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/21 65 58. Konten: Postgironum Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 1144 39 3600.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52,- DM. Bestellungen bitte an die unten angegebenen regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lotzer; für Aus Verbänden und Parteien: Martin Lopp; für Reportagen und Berichte regional: Gunter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler. Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband Baden-Württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen. Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie, AG, der AG Medien in der Volksfront, AG, des NH Chemische Industrie, AG, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, AG, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, AG, der AG Jugend, Militär und Gefängnisse in der Volksfront, AG, der AGs für antifaschistische Bildungspolitik und für revolutionäre Hochschulpolitik, AG, der AG für Kommunalpolitik, AG, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF. Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Im GNN-Verlag erscheinen ebenfalls vierzehntägig:

Nachrichtenhefte, hrsg. von AG Stahl- und Metallindustrie, 8 S., 1,20 DM
AG Medien in der Volksfront, 4 S., 0,50 DM
Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie, 4 S., 0,50 DM
AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, 6 S., 0,80 M
AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, 8 S., 1,20 DM
AG Jugend, Militär, Gefängnisse, 8 S., 1,20 DM
AG für antifaschistische Bildungspolitik und AG für Revolutionäre Hochschulpolitik, 8 S., 1,20 DM
AG für Kommunalpolitik, 8 S., 1,20 DM

Antifaschistische Nachrichten, hrsg. Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 16 S., 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestelladressen:
GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1
GNN Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlag Hessen
Postfach 11 0822, 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Gutenbergr. 48, 7000 Stuttgart 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Holzstr. 2, 8000 München 5

Kurdistan-Rundbrief, Hrsg.: Kurdistan-Komitee in der BRD, Feyka Kurdistan und versch. Solidaritätsgruppen, 4 S., 0,80 DM. Jahresabo: 30 DM.

Angehörigen-Info, Hrsg.: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, 8 S., 0,80 DM. Halbjahresabo 26 DM.

Bestellungen für die beiden zuletzt angeführten Zeitschriften bitte nur an GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1.



Demonstration von Arbeiterkindern in Berlin im Jahr 1920, die gegen die kirchliche Bevormundung durch konfessionelle Bindung der Schulen protestieren.

ausgehende Bevormundung wird von den genannten drei Denkern der kommunistischen Weltbewegung als der Sache des Sozialismus abträglich erkannt. Lenin schreibt 1916: „... ohne vollständige Selbständigkeit wird die Jugend nicht im Stande sein, sich zu guten Sozialisten zu entwickeln ...“ und bringt es damit auf den Punkt.

So sehr immer wieder hervorgehoben wird, daß Ausbildung und Schulung im Vordergrund stehen, so wenig ist damit die Beschränkung des Jugendverbandes auf die Theorie gemeint. Die Ausbildung und Schulung der Jugend soll, genau wie die Arbeit der Partei selbst, in der Dialektik zwischen Theorie und Praxis stehen. Lenin führt das in seiner Rede an den III. Gesamtrussischen Kongreß des Kommunistischen Jugendverbandes Rußlands grundlegend aus: „Heute enthalten unsere Reden und Artikel nicht einfach eine Wiederholung dessen, was früher über den Kommunismus gesagt worden ist, denn unsere Reden und Artikel sind mit der tagtäglichen und allseitigen Arbeit verbunden. Ohne Arbeit, ohne Kampf ist das aus den kommunistischen Broschüren und Werken geschöpfte Wissen keinen Pfifferling wert, denn es würde nur die alte Kluft zwischen Theorie und Praxis neu aufreißen, jene alte Kluft, die der widerlichste Zug der alten bürgerlichen

generation für die KP erzieht, und einer Organisation, um die Massen der arbeitenden Jugend in den Kampf um den Kommunismus zu führen.“ In der Auseinandersetzung zeigt sich, daß die undialektische Herangehensweise der KJI fehlerhaft war.

Georgi Dimitroff ist es, der auf dem VII. Weltkongreß der KI die KJI wieder auf ihre besondere Aufgabe hinweist, aus der die Notwendigkeit einer eigenständigen Politik allzu sichtbar wird: „Die kommunistischen Jugendverbände müssen in jeder Weise die Vereinigung der Kräfte aller nichtfaschistischen Massenorganisationen der Jugend anstreben bis zur Bildung verschiedener gemeinsamer Organisationen für den Kampf gegen den Faschismus, gegen die unerhörte Rechtlosigkeit und Militarisierung der Jugend, für die wirtschaftlichen und kulturellen Rechte der jungen Generation.“ Georgi Dimitroff spricht diese Worte 1935, als sich herausgestellt hatte, daß die mangelnde Selbständigkeit der Jugendverbände eine Schwäche im Kampf gegen den Faschismus bedeutet hatte, der sich mit seinen Jugendmassenorganisationen in Deutschland und Italien jahrelang auf dem Vormarsch befunden hatte. Die Rolle als „führende Organisation“ in der Vereinigung der antifaschistischen Kräfte hatte nicht übernommen werden



Beschränkt psychologische Deutung von Feindbildern

Im Abschnitt „Feindbilder — Ausgegrenzte Gruppen“ geht die Ausstellung auch in die Gegenwart hinein. Sie versucht, Hetzparolen wie die links abgebildete (Sportwissenschaftliches Institut, Bonn 1985) durch Analyse um den Arbeitsplatz, Wohnraum usw. — psychologisch eben — zu erklären. Dadurch kann sie eine Kritik an der Regierungspolitik umschiffen, die ja teilweise selbst diese rechten Tendenzen hat und solche, wo immer sie kann, fördert. Deshalb fällt den Ausstellungsmachern auch nichts besseres ein, als diese Hetzparolen einer antisemitischen von 1937 gegenüberzustellen, so einfach ist der Vergleich. Gleichzeitig warnen sie davor, von optischen Paral-

lelitäten auf inhaltliche zu schließen, ohne selbst eine konkrete Analyse zu geben. Im Dritten Reich war die Hetze in allen Medien wie Film, Rundfunk, Zeitungen etc. zu finden. Diese Art der Verbreitung erreichte jeden einzelnen Staatsbürger. Ölbilder waren lediglich für die schönen Künste vorgesehen. Bei den Produkten kam es oft zu einer Vermengung von tatsächlichen Gegnern der Faschisten wie z.B. Kommunisten und Sozialdemokraten und einem universellen Feindbild wie z.B. Bolschewisten = Untermensch, der Jude. Gerade bei dem antisemitischen Feindbild konnten die Faschisten auf eine lange Tradition des Antisemitismus zurückgreifen und sie ziel-

bewußt einsetzen. Ergebnis solcher Propaganda ist das rechts abgebildete Plakat „Hinter den Feindmächten der Jude“ von Henrich, 1941. Hier wird Kapitalismus = USA, Plutokratie = Großbritannien, Bolschewismus = UdSSR mit Hilfe des Juden als Verursacher wie Drahtzieher der gegebenen Widrigkeiten dargestellt. Dem Juden sind wulstige Lippe, übergroße Hakenase, fliehende Stirn, Fettleibigkeit, gekrümmte dicke Augenbrauen zugeordnet. Was der Ausstellungsteil nicht sagt, daß diese Feindbilder ihre Funktion in der Volksgemeinschaft erfüllten zur Rechtfertigung der brutalen Unterdrückung jeglicher Opposition sowie der Expansion nach Osten.



NS-Kunst ins Museum? Ohne Kritik wird das nur verherrlichend wirken!

Vom 17. September bis 16. Oktober 1989 war die Ausstellung „Rollenverständnis im Nationalsozialismus — Menschenbilder heute“ im Städtischen Museum Flensburg zu sehen. Ausgearbeitet wurde sie von der „AG für Struktur und Didaktik des Kunstmuseums am Kunsthistorischen Institut, Bonn.“

Vorausgegangen war die Rückgabe von ca. 6000 NS-Kunstwerken durch die US-Regierung, Sonderausstellungen mit Nazi-Kunst sowie eine Debatte, ob man NS-Kunst überhaupt zur Schau stellen soll. In den Jahren 1986/87 entbrannte — parallel zum sogenannten Historikerstreit — in der Kunstwelt eine Debatte um die eventuelle Präsentation von NS-Kunst. Der Pralinenproduzent Ludwig setzte sich dafür ein, diese zu zeigen. Er verwies auf mangelnde Liberalität. Gleichzeitig ließ er sich und seine Frau von dem im NS-Reich hoch geschätzten Bildhauer Arno Breker (er galt im NS-Reich als unentbehrlicher Künstler, hatte ein Staatsatellier, war Mitglied des Reichskultur-senats) in Marmor hauen. Ein heftiger Kontrahent ist der Graphiker Klaus Steack, der eine Kampagne gegen NS-Kunst im Museum startete und das zumeist mit der künstlerischen Qualität dieser Bilder begründete sowie mit der damaligen Verfolgung nichtkonformer Künstler. Er fand in der Kunstwelt großen Rückhalt. Weitere Argumente in der Debatte sind, daß selbst durch eine provozierende und kritische Hängung von NS-Werken neben Werke der klassischen Moderne (diejenigen, die von den Nazis verfolgt wurden) die NS-Bilder rehabilitiert würden, eine gut nachvollziehbare Position. Eine feste Ausstellung könnte ein Pilgerort für Faschisten werden. Diese haben ohnehin schon zu viel öffentlichen Raum vereinnahmt können.

Antje Vollmer zettelte im April 1988 bei den Grünen eine kulturpolitische Debatte über den „Kulturbegriff des Faschismus“ an. Gleichzeitig versuchten die Grünen damit, ihren eigenen „grünen Kulturbegriff“ — der noch zu schaffen sei — mit Inhalt zu füllen.

Doch auch anderes beschäftigt die Gemüter — die Freiheit der Kunst nämlich, die von den Grünen ausdrücklich gefordert wird. Sie setzen dabei auf politische Mündigkeit und ästhetische Urteilskraft jedes Menschen (Thesen Kulturdebatte) auch im Umgang mit NS-Kunst. Doch woher soll diese politische „Mündigkeit“ denn kommen? Das verurteilen die Grünen nicht. Anders gesagt: Die NS-Kunst kritisiere sich angeblich selber. Daß dies nicht für faschistische Inhalte in Worten und Taten gilt, ist aus dem antifaschistischen Kampf bekannt. Wie soll es dann für gleiche Inhalte in Form von Bildern gelten können? Mit ihrem Idealismus begeben sich die Grünen aufs Glatteis.

Die Ausstellung will neue Wege gehen. Die Ersteller betonen bei ihrem Ansatz den psychologi-

schen Aspekt, vergessen dabei aber die Politik nicht. In den letzten acht Jahren sind vielfach Kunstmuseen in der BRD entstanden. Diese von der Architektur her modernen Gebäude bedürften eines neuen Ausstellungskonzeptes. „Wir schlagen demgegenüber einen thematischen Aufbau vor, der auch soziale, psychologische, politische Umstände der jeweiligen Zeit berücksichtigt ...“ Es soll vom reinen Hängen weggegangen werden, heißt es dann in der Einleitung zur Ausstellung weiter. Zusammenhänge sollen also klar werden. Eine gute Idee, die gleichzeitig hilft, die Kunst als Ganzes zu entmystifizieren. Sie greifen die Kulturdebatte der Grünen 1988 auf und erarbeiteten eine Musterausstellung. Das Ausstellungskonzept ist von der NS-Thematik bestimmt, will aber darüber hinaus die Zusammensetzung jeder Gesellschaft berücksichtigen. Sie geht aus vom Einzelnen und führt hin zum Leben in der Gesellschaft. Themenbereiche sind: Held — Nicht-Held, Frau als Sexualobjekt, Mann als Sexualobjekt, Mutter, Vater, Führer, Führerin, NS-Volksgemeinschaft, Ausgegrenzte und Verfolgte sowie Architektur. Mit den großen Themenbereichen wird versucht, zu viele Fliegen auf einmal zu schlagen. Jedem Thema ist zumeist eine Tafel von ca. einem Quadratmeter zugeordnet. Dort aufgebracht sind kleinformatige Reproduktionen (manchmal nur Postkartengröße) von Ölbildern, Zeichnungen, Plakaten usw. Einem Bild der NS-Zeit werden ein oder mehrere Bilder nicht-faschistischer Künstler gegenübergestellt und die Bilder jeweils kommentiert. Die Aussteller versuchen damit, die „Besucher zu einer eigenständigen Auseinandersetzung mit der NS-Kunst bzw. den in ihr vermittelten Rollenbildern zu veranlassen und deren Ergebnisse in die Ausstellung zu integrieren“. Durch die Darstellung der einzelnen Themenbereiche als isolierte Vorgänge wird die Volksgemeinschaft — in der jeder seinen Platz hat (siehe „Kämpfendes Volk“) — weder nach Ziel noch Zweck kritisiert. Der Mutterverherrlichung eine leidende Mutter entgegenzusetzen, beinhaltet für sich noch keine Kritik — weder an der Mütterlichkeit noch am faschistischen Mutterbild. Trotz des lobenswerten Ansatzes sollte faschistische Kunst nicht im Kunstmuseum gezeigt werden. Sie gehört dahin, wo ihre verherrlichenden Bilder die Ergebnisse faschistischer Politik zeigen. Wie z.B. in alte Bunkerruinen, in denen dann Arno Brekers arische und schwertzüchtige Helden mit Fotos von Zwangsarbeitern konfrontiert werden könnten. Doch beim Ausstellen darf es nicht bleiben. solche „Stätten“ müßten in den antifaschistischen Kampf einbezogen werden, indem sie z.B. Räumlichkeiten für Veranstaltungen zur Verfügung stellen.

Quellenhinweis: Materialien NS-Kunst ins Kunstmuseum — wie?, Hrsg.: Die Grünen; Die bildenden Künste im Nationalsozialismus, Dumont — (rwe)

Die Vaterrolle: Kämpfer und Zeuger der Nation

„Das Bild des Mannes ist genauso Ausdruck höchster männlicher Kraft und damit seinem Wesen und seiner von der Natur gewollten Bestimmung nach richtig, als das Bild der Frau die Lebensreife und ihrem höchsten Zweck geweihte Mutter verherrlicht.“ (A. Hitler in „Odal“, Oktober 1934). Dementsprechend fällt auch das Bild vom Mann als Vater aus. Als Mann ist er kraftvoll: Der „kämpferische Fackelträger“ der Ideologie. Das schlägt sich in den „Führerbildern“ nieder. Oder er wird als Soldat im Kampf um das „Völkerringen“ gezeigt. Von Raub, Plünderung, millionenfachen Massenmord keine Spur. Im Gegensatz zur Mutter wird der Mann als Vater nie einzeln dargestellt. Nur im Zusammenhang mit den „Familienbildern“ wird er in dieser Rolle gezeigt. Dort werden die Rollen von weiblich/männlich, jung/alt gezeigt. Wie z.B. bei Adolf Wissel, „Kahlenberger Bauernfamilie“ von 1939 (siehe oben). Der Vater ist das Haupt der Familie. Das zeigt sich in der alle überragenden Position im Bild. Alle Mitglieder der Familie sind von ihm abhängig. Er ist derje-

nige, der den Lebensunterhalt verdient. Ihm zugeordnet ist der Junge mit „männlichem“ (Bauern-)Spielzeugpferd. Er überblickt die ganze Szene und verkörpert die Zukunft. Er befindet sich in der Bildmitte, die durch die kreuzartige Anordnung der Figuren seine Position nur noch betont. Sein Blick ist dem Betrachter zugewandt. Keine Person zeigt menschliche Regungen, der Mann ist aufrecht, die Frau gebückt. Jeder ist sich seiner Rolle bewußt, und keiner kann ihr entkommen. Die Figuren haben einen symbolischen Zweck, ihre Starrheit läßt sie wie Figuren aus dem Mittelalter oder der Ikonendarstellung erscheinen.

Real dagegen ist die Expansion des Deutschen Reiches. Für diese brauchte man auch moralische Vorgehensweise. Eine Vaterrolle mit doppelten Boden: in der Ideologie als Beschützer und Familienoberhaupt, tatsächlich: Kriegseinsatz im Expansionsprogramm. Der Mann kämpft an der Front und ist sonst Zeuger von Soldatennachwuchs. Nur innerhalb der Familie sollte es eine Identifikation mit der Vaterschaft geben. Das verdeut-



licht Himmlers SS-Befehl vom 28.10.1939 kurz nach dem Überfall auf Polen. Darin sind die Angehörigen der SS angewiesen zu zeigen, daß sie „das Leben für Deutschland weiterzugeben willens“ seien. Der Befehl hieß, Kinder für Volk und Vaterland zu zeugen. Alles übrige im Text ist eine Freisprechung von moralischen Bedenken, die aufgrund „vielleicht sonst notwendiger bürgerlicher Gesetze und Gewohnheiten“ aufkommen könnten.



Die Mutter: Lebensquell fürs Volk

Mutter und Kind bilden in der Darstellung bei den Faschisten zwei untrennbare Bestandteile. Sie stehen im Zentrum des Bildes „Kämpfendes Volk“ von Hans Schmitz-Wiedenbrück, 1942. Die Mutter bildet den „Lebensquell“ des Volkes. Das ist ihre Aufgabe im NS-Staat. Kinder bilden die Ressource für männliches Soldatenmaterial und weibliche Gebärmaschinen. Diese beiden sollen mit Hilfe der restlichen Volksgemeinschaft, in der alle produktiv tätig sind, die Machtausdehnung des

Deutschen Reiches garantieren. Die Interessen eines jeden einzelnen existieren nicht mehr. Im Gegenteil: Mit verklärtem Blick schaut die Mutter (Maria) aus dem Bild. Sie identifiziert sich mit ihrer Rolle. „Tust auch Du es, deutsche Frau?“ scheint sie zu fragen.

Käthe Kollwitz setzt in „Saatfrüchte sollen nicht vernichtet werden“, ebenfalls 1942 entstanden, einen Gegenpol. Die Mutter versucht, ihre Kinder vor dem mörderischen Staat zu schützen, sie leistet Widerstand